Berlin, 29. Juni 2024 74. Jahrgang | Nr. 27 | Preis 1 € | A 5544 www.das-parlament.de

### **KOPF DER WOCHE**

### Organspenden im Fokus

Sabine Dittmar Wenn es um Gesundheitsthemen geht, kann Sabine Dittmar aus dem Vollen schöpfen: Sie war lange als Ärztin tätig, bevor sie in der



SPD als Gesundheitspolitikerin Karriere machte. Aktuell ist sie Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium von Gesundheitsminister Lauterbach. Zusammen mit Ab-

geordneten anderer Fraktionen hat sie nun eine neue Initiative gestartet, um die Zahl der Organspenden in Deutschland zu erhöhen. Der Gruppenantrag wurde am Montag in Berlin vorgestellt und beinhaltet im Kern eine Widerspruchslösung: Wer einer Organspende nicht widerspricht, soll als Spender gelten. Einfach wird es nicht, wie die umgehende Kritik von Patientenschützern zeigte. Ihr Minister ist jedenfalls dabei.

### **ZAHL DER WOCHE**

8.400

Menschen standen im vergangenen Jahr auf der Warteliste für eine Organtransplantation. Demgegenüber standen 965 Menschen, die ein Organ oder mehrere nach ihrem Tod für andere freigaben. 2020 war der erste Versuch für eine Widerspruchlösung im Transplantationsgesetz gescheitert.

### ZITAT DER WOCHE

### »Das System ist auf Nicht-Spenden gestellt.«

Peter Aumer (CSU) unterstützt eine Widerspruchslösung. Zentral soll darin trotzdem das Recht des Einzelnen sein, sich für oder gegen eine Organspende zu entscheiden.

### **IN DIESER WOCHE**

### **INNENPOLITIK** Bildung Ministerin steht wegen

Fördergeld-Affäre unter Druck Seite 5

**INNENPOLITIK** 

**Asyl** Union und AfD sprechen sich für Verfahren in Drittstaaten aus Seite 6

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN** Konjunktur Union will mit Steuer-

### senkungen Wirtschaft ankurbeln Seite 7

**EUROPA UND DIE WELT USA** Präsident Biden schwächelt

gegenüber Herausforderer Trump Seite 11

### MIT DER BEILAGE



**Das Parlament** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG 64546 Mörfelden-Walldorf



# Kliniken mit Qualität

GESUNDHEIT Kontroverse Debatte über die geplante große Krankenhausreform

igentlich gilt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) als friedlicher Zeitgenosse, neuerdings spricht er aber erstaunlich oft von Revolution. Gemeint ist eine Revolution im Gesundheitswesen, wo es seiner Ansicht nach mit kleineren Korrekturen nicht getan ist. Wenn der Minister über nötige Reformen spricht, dauert die Aufzählung meist länger. Viele Probleme seien über Jahre aufgeschoben worden, nun sei der Anpassungsbedarf enorm, wird er nicht müde zu betonen.

Mit der Krankenhausreform wagt sich Lauterbach tatsächlich auf umkämpftes Terrain, denn die geplanten Veränderungen werden von den jeweiligen Interessengruppen teilweise sehr kritisch und mitunter harsch ablehnend kommentiert. Vor allem haben sich im Verlauf der vergangenen Monate, als die Krankenhausreform langsam Gestalt annahm, Kritiker auf Länderseite formiert, die mehr Mitsprache einfordern, weil die Krankenhausplanung formal Ländersache ist (siehe Hintergrund auf Seite 3 und Interview auf Seite 2).

Level und Leistungsgruppen Das Reformvorhaben betrifft die Struktur der Krankenhauslandschaft sowie die Finanzierung der Häuser und besteht aus zwei Teilen. In einem ersten Schritt, dem bereits verabschiedeten Krankenhaustransparenzgesetz, geht es um die fachliche Einstufung der Häuser über eine Zuordnung von definierten Leveln und Leistungsgruppen. Mit häuser ein bestimmtes Maß an technischer habe offenbar die Orientierung und das Andrew Ullmann (FDP) formulierte die dem weiteren Gesetzentwurf (20/11854), der am Donnerstag erstmals beraten wurde, werden vor allem die Vergütungsstrukturen verändert.

Das Ziel sei die Sicherung und Steigerung der Behandlungsqualität, die Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung, die Steigerung der Effizienz und eine Entbürokratisierung, heißt es im Entwurf für das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG). Das derzeit auf Fallpauschalen (DRG) basierende System der Krankenhausvergütung verleitet nach Angaben von Experten zu vielen Behandlungen, von denen etliche auch unnötig sind. Künftig sollen 60 Prozent der Betriebskosten über Vorhaltepauschalen abgegolten werden, also unabhängig von der Zahl der Behandlungen.

Transformationsfonds Die Krankenhäuser erhalten die Vorhaltevergütung für Leistungsgruppen, die ihnen von der Planungsbehörde der jeweiligen Länder zugewiesen werden. Die insgesamt 65 Leis-



Viele Krankenhäuser sind defizitär und insolvenzgefährdet. Mit der geplanten Reform sollen Sicherheiten für die Betreiber verbunden sein.

© picture-alliance/dpa/Julian Stratenschulte

tungsgruppen sind mit Qualitätskriterien und Mindestvorhaltezahlen verknüpft. So soll sichergestellt werden, dass Kranken-Ausstattung, qualifiziertes Personal und die erforderlichen Fachdisziplinen aufweisen

Qualität entscheidet Nach Ansicht Lauterbachs ist die Reform dringlich. Deutschland weise mehr Krankenhausbetten aus als andere Länder, aber jedes dritte Bett stehe leer. Die Fallkosten explodierten, die Krankenhäuser beklagten Personalmangel. Der Minister warnte, ohne Reform müssten bis 2030 vermutlich rund 25 Prozent der Kliniken in die Insolvenz gehen. Er räumte ein:

"Die Ökonomie ist zu weit gegangen." Der Bund bleibe gesprächsbereit, versicherte der Minister, fügte jedoch hinzu: "Wir werden keine Zugeständnisse bei der Qualität machen."

Die Union findet die Reform grundsätzlich auch sinnvoll, erneuerte aber ihre Kritik am Vorgehen Lauterbachs. Tino Sorge

te: "Wir brauchen mehr gemeinsames Han-Milliardendefizit Ähnlich »Wir machen kritisch äußerte sich Thomas Dietz (AfD), der das keine hochmotivierte Personal

Qualität.«

**Zugeständ**nisse bei der Karl Lauterbach (SPD)

Defizit der Häuser sprach er von einem "totalen politischen Kontrollverlust". Ricarda Lang (Grüne) rügte, jahrelang sei nichts gegen Fehlentwicklungen unternommen worden. Leidtragende seien die

die Überwindung der Sektorengrenzen seien richtig, aber der Gesetzentwurf bleibe hinter den Möglichkeiten zurück. Mit Blick auf das

in Krankenhäusern lobte.

Auch Dietz forderte die

Regierung auf, stärker auf

die Betroffenen zu hören.

Die Defizite vieler Häuser

deuteten auf falsche Rah-

Vorhaltepauschalen und

menbedingungen

(CDU) hielt dem Minister vor, sich mit Mitarbeiter im Gesundheitssystem und die den entscheidenden Akteuren nicht ausrei- Bürger. Die Reform zeige, dass die Koalitichend ausgetauscht zu haben. Lauterbach on sich an große Reformen herantraue.

Koordinatensystem verloren. Sorge beton- Problemlage drastisch und sagte: "Das Gesundheitssystem in Deutschland liegt auf der Intensivstation." Es sei eines der teuersten und ineffektivsten der ganzen Welt. Krankenhäuser seien zu einer reinen Reparaturwerkstatt geworden mit Reparaturen am Fließband. Nun gebe es die Chance, das Gesundheitssystem fair, modern und zeitgemäß zu gestalten. Dazu gehöre auch eine bessere Patientensteuerung im Notfall, die mit einer Notfallreform angegan-

gen werde. Dagmar Schmidt (SPD) erinnerte an die enorme Bedeutung von Krankenhäusern für die Gesundheitsversorgung der Menschen. Wenn Patienten in ein Krankenhaus kämen, werde vielen sofort klar, dass ihre Beiträge zur Krankenversicherung auch ihren Wert hätten. Sie sagte: "Die Hochleistungsmedizin kostet einiges, und das ist es uns auch wert." Viel zu lange seien nötige Reformen aufgeschoben worden. Schmidt mahnte Besserung an. Die Bürger dürften das Vertrauen in ihr Gesundheitssystem Claus Peter Kosfeld nicht verlieren.

Sachleistungen sanktionieren können. Die Gel-

Wie Johannes Fechner (SPD) in der ersten Le-

sung des Gesetzentwurfs am Freitag ausführte,

wird damit die Forderung des Rechnungshofs

nach einer neuen Rechtsgrundlage aufgegrif-

fen. Man folge aber nicht dessen engem Ver-

ständnis von Öffentlichkeitsarbeit. Hendrik

Hoppenstedt (CDU) betonte, es dürfe nicht

einmal der Anschein entstehen, "dass Frakti-

onsmittel für parteipolitische Zwecke miss-

braucht werden". Kritisch äußerte sich auch Ste-

phan Brandner (AfD). Die "ganz große Koaliti-

on der Altparteien" habe die Zeit der Fußball-

EM "hemmungslos" genutzt, um "schamlos"

zuzuschlagen. Er prognostizierte, dass es nie zu

einer Rückzahlung der Gelder kommen werde.

Der Gesetzentwurf, der auch eine Anpassung

der müssen dann zurückgezahlt werden.

### **EDITORIAL**

## Der klinische **Patient**

**VON CHRISTIAN ZENTNER** 

Statt wie geplant etwa eine Stunde debattierte der Bundestag am Ende 90 Minuten in der ersten Runde der parlamentarischen Beratungen der Krankenhausreform von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Neben vielen fachlichen Fragen rund um die Krankenhausversorgung der Zukunft wurde immer wieder auch klar, dass diese Reform eine der wesentlichsten Fragen für die Menschen berührt: Wo

bekomme ich künftig Hilfe? Vor allem in dünnbesiedelten Regionen des Landes entstehen bei dieser Frage leicht Ängste. Es wird bei diesem Gesetzgebungsverfahren also besonders darauf ankommen, alle Beteiligten und vor allem auch die Menschen vom einzuschlagenden Weg zu überzeugen. Im Bundestag waren sich die Abgeordneten zwar weitestgehend einig, dass eine Reform nötig ist. Kontrovers und leidenschaftlich wurde aber über den nun richtigen Weg gestritten. Auch zwischen Bund und Ländern ist der Weg hochumstritten. Argwohn entstand beispielsweise, weil Lauterbach das Gesetz ohne Zustimmung des Bundesrates beschließen möchte. Die Bedenken scheinen mehr als Stimmungsmache zu sein. Ein Gutachten von Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg warnt gar vor einer Verabschiedung des Gesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates (Hintergrund Seite 3). Und der Präsident des Landkreistags, Reinhard Sager, warnte im Deutschlandfunk vor einem ungeordneten Kliniksterben in der Fläche.

Die Dramaturgie wollte es, dass zeitgleich zur Debatte der "Krankenhaus Rating Report 2024" zur wirtschaftlichen Lage der Kliniken im Land erschien. Der Report warnt, dass der Anteil an Häusern im roten Rating-Bereich von aktuell 14 Prozent auf 48 Prozent im Jahr 2030 ansteigen könnte. Ausgewertet wurden die Jahresabschlüsse von 921 Kliniken, etwa die Hälfte aller Krankenhäuser in Deutschland. Ein Handeln erscheint da dringend nötig.

Es wird darum gehen müssen, eine zeitnahe Behandlung mit hoher Qualität überall in Deutschland sicherzustellen. Vor allem in Notfällen muss Hilfe rechtzeitig erreichbar sein. Bei einem Schlaganfall ist aber zum Beispiel nicht in erster Linie entscheidend, wie weit überhaupt eine Klinik entfernt ist, der größere Segen für einen Patienten kann in der Blaulichtfahrt zur etwas weiter entfernten Klinik liegen, wenn diese dafür mit einer Stroke-Unit als Spezialstation ausgestattet ist.

## Fraktionen sollen mehr Spielräume erhalten

ABGEORDNETENGESETZ Breite Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen soll gesetzlich verankert werden

Die Bundestagsfraktionen sollen mehr Freiheiten bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Das sieht ein Gesetzentwurf (20/11944) vor, den die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion vorgelegt haben. Konkret soll im Abgeordnetengesetz definiert werden, was unter "eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit" der Fraktionen zu verstehen ist. Bisher heißt es dort lediglich: "Die Fraktionen und ihre Mitglieder können die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichten."

Wie es in der Begründung des Entwurfs heißt, habe diese Formulierung in der Vergangenheit immer wieder zu "erheblicher Rechtsunsicherheit" geführt. Denn laut Bundesverfassungsgericht dürfen die den Fraktionen zur Verfügung gestellten Steuermittel nicht etwa für Parteiwerbung verwendet werden - die Verfassungsrichter sehen darin einen Verstoß gegen die Chancengleichheit der Parteien.

**Rechnungshof** Tatsächlich war es vor allem der Bundesrechnungshof, der die Grenzüberschreitungen der Fraktionen immer wieder gerügt hatte. Zuletzt hatten die Rechnungsprüfer moniert, dass die Fraktionen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 auf ihren Social-Media-



Grenzüberschreitungen: Der Bundesrechnungshof hatte in der Vergangenheit die

Kanälen in mehreren Fällen unzulässig Parteiund Wahlwerbung verbreitet hätten. Kritisiert wurde auch, dass das Fehlverhalten ohne Konseauenzen blieb, da die Bundestagsverwaltung keine Sanktionen verhängte. Die Rechnungsprüfer führten dies auch auf unzureichende rechtliche Rahmenbedingungen zurück.

Der Gesetzentwurf reagiert darauf. Er stellt klar, dass zu einer "eigenständigen Öffentlichkeitsarbeit" neben der Information "über parla-

mentarische Vorgänge, Initiativen und Konzepte der Fraktionen" auch die "Vermittlung ihrer allgemeinen politischen Standpunkte und der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern über parlamentarisch-politische Fragen" gehören. Ab sechs Wochen vor einer Bundestagswahl soll die Öffentlichkeitsarbeit hingegen eines "besonderen parlamentarischen Anlasses" bedürfen. Außerdem soll der Ältestenrat künftig die unrechtmäßige Verwendung von Geld- und

der Offenlegungspflichten enthält, wird federführend im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung beraten.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper** 

### **GASTKOMMENTARE**

**AUSNAHMEN FÜR KLINIKEN AUF DEM LANDE?** 

## Schwieriger Spagat **PRO**



Timot Szent-Iványi, Redaktionsnetzwerk Deutschland

ie zentrale Herausforderung der Krankenhausreform ist die Frage, wie der Spagat zwischen dem Abbau der Überversorgung in den Ballungsgebieten und dem Erhalt einer wohnortnahen Versorgung in ländlichen Regionen erreicht werden kann. Das ist - anders als zum Beispiel von den Krankenkassen dargestellt - nicht allein ein gesundheitspolitisches Problem. Vielmehr handelt es sich um ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Thema. Schließlich wird zum Beispiel das Erstarken der AfD mit dem Gefühl des "Abgehängtseins" bestimmter Wählerschichten erklärt.

Damit es nicht zu einer Schließung von Kliniken kommt, die eigentlich für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind, muss es zumindest in einer Übergangszeit Ausnahmen von den geplanten strengen Qualitätsvorgaben geben. Genau das ist aber im Gesetzentwurf auch verankert. So sind beispielsweise Abweichungen zulässig, wenn in einer Region Krankenhäuser für die Bevölkerung nicht in einer gesetzlich festgelegten Zeit zu erreichen sind. Generell besteht die Möglichkeit, Kliniken in neuartige Gesundheitszentren umzuwandeln, bei denen zwar die Pflege im Vordergrund steht, aber auch kleinere Eingriffe möglich sind. Sollten die Bundesländer glaubhaft darlegen können, dass weitere Änderungen nötig sind, sollte die Koalition darauf eingehen. Der auf Bundesebene und von den Krankenkassen erhobene Vorwurf, die Länder seien allesamt an einer Reform in Wirklichkeit nicht interessiert und würden diese nur hintertreiben wollen, ist nicht haltbar. Bedingung ist aber, dass die Ausnahmeregelunge nicht zum Dauerzustand werden. Die Zeit der "Gelegenheitschirurgie", die erwiesenermaßen den Patienten schadet, muss vorbei sein.

## Nicht nur die Nähe

**CONTRA** 



Kerstin Münstermann, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Gesetz zur Krankenhausversorgung ist sicher eines der zwischen Bund und Ländern umstrittensten Gesetze der letzten Jahre. Rührt es doch an einer gewissen Urangst: "Wer kümmert sich um mich?" Diskutiert werden unter anderem Ausnahmen für Kliniken auf dem Land. Aber sollte eine Reform, die die Krankenhauslandschaft deutschlandweit umgestalten soll, wirklich von vornherein erneut Ausnahmen mitplanen?

Deutschland hat mit rund 1.700 Krankenhäusern die höchste Krankhaus- und Bettendichte in Europa. In der Folge führen manche Häuser auch solche Operationen durch, für die ihnen die Erfahrung fehlt, oder die am Ende unnötig sind. Manche Patienten wären in der Hausarztpraxis ohnehin besser aufgehoben; andererseits bleiben Betten ungenutzt, was zu vermeidbaren Kosten führt. Die Reform sieht eine wohnortnahe Versorgung bei Notfällen vor. Hier hat sich der Bund einen schlanken Fuß gemacht und die Zuständigkeiten an die Länder übertragen. Es wird hier in den Kommunen noch viele Planspiele geben müssen. Doch klar ist auch: Nicht nur die Nähe ist wichtig. Ein Krankenwagen, gut ausgestattet, der nach einem Schlaganfall sofort eine weiter entfernte Spezialstation anfährt, ist allemal besser als eine überfüllte Notaufnahme in der Nähe, die auf diese Fälle nicht vorbereitet ist. Da geht es im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod. Schätzungen zufolge könnten so mehr als 4.000 Todesfälle jährlich vermieden werden. Und Umfragen zufolge ist für die meisten Menschen in Deutschland ohnehin bei Operationen die Spezialisierung eines Krankenhauses und eine hohe Behandlungsqualität wichtiger als eine kurze Entfernung vom Wohnort.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

### Frau Piechotta, die Krankenhäuser warten auf eine Finanzierungsreform. Was ändert sich durch das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz?

Die Krankenhausreform ist primär eine Qualitätsreform. Es geht vor allem darum, wie es gelingt, dass deutsche Krankenhäuser Patientinnen und Patienten so versorgen, dass wirklich das gemacht wird, was den Gesundheitszustand verbessert.

Für eine höhere Qualität muss sich allerdings das System der Finanzierung ändern. In deutschen Krankenhäusern finden zu viele Operationen statt, die nicht sinnvoll sind, aber sehr gut vergütet werden. Das führt dazu, dass wir in Deutschland eines der teuersten Gesundheitssysteme Europas haben, aber in der Lebenserwartung im Vergleich in Westeuropa immer schlechter werden und Schlusslicht sind.

Auf der Internetseite Ihrer Fraktion heißt es, Sie wollen den Druck auf die Kliniken reduzieren, indem diese künftig keine Fallpauschalen mehr erhalten, die sich an der Zahl der Operationen und Behandlungen orientieren, sondern Vorhaltepauschalen, "die weitgehend unabhängig von der Zahl der behandelten Fälle sind". Was heißt weitgehend?

Die Krankenhausreform will Anreize für die Kliniken setzen, nur Dinge zu tun, die medizinisch sinnvoll sind, ohne den Anreiz, möglichst wenige Patienten zu behandeln. Deswegen soll es nun eine Kombination geben: Krankenhäuser erhalten Geld dafür, dass sie schlicht da sind und Strukturen vorhalten, und zusätzlich gibt es noch einen kleineren Anteil Geld dafür, wie viele Patienten sie behandeln.

Die bestehenden Fallpauschalen sorgen bereits für ein extrem komplexes Vergütungssystem. Wird es durch die Vorhaltefinanzierung noch komplizierter, Stichworte Bürokratie und Dokumentation?

Die Verwaltungs- und Abrechnungskomplexität im deutschen Gesundheitswesen ist bereits riesig. Da künftig 60 Prozent der Einnahmen einer Klinik über die Vorhaltevergütung finanziert werden sollen, müssen Kliniken in der Tat verstärkt nachweisen, dass sie bestimmte Strukturen auch wirklich vorhalten, um Leistungen qualitativ hochwertig zu erbringen.

Andererseits könnte die Streitintensität zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen über die Abrechnung einzelner Fälle sinken, da diese Mengenkomponente an Bedeutung verliert.

### Welche Auswirkungen hat die Reform für kleine ländliche Kliniken?

Die Krankenhausreform beinhaltet unheimlich viele Detailfragen. Dabei geht es auch um dünnbesiedelte Regionen in Ostdeutschland oder an der Nord- und Ostseeküste, und welche Ausnahmeregeln dort gelten sollen. Auch über die neuen Versorgungszentren auf dem Land müssen wir noch diskutieren. Allerdings wurde vieles auch schon in den Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern detailliert verhandelt.

Ist die Reform wirklich ausdiskutiert? Bayern verbittet sich Eingriffe in seine Landeskrankenhausplanung, will notfalls vors Verfassungsgericht ziehen.

Das Bundesgesundheitsministerium sieht in der Reform keinen Eingriff in die Kompetenz der Länder. Bayern macht mit dem Thema Stimmung. Nordrhein-Westfalen dagegen ist sehr konstruktiv.

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hat mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) aber auch nicht nur freundschaftliche Worte gewechselt.

Aber Herr Laumann hat sehr wohl betont, dass wir die Krankenhausreform brauchen.

# »Zeit ist gleich Gehirn«

**PAULA PIECHOTTA** Die schnelle Behandlung von Schlaganfall-Patienten ist ein Ziel der Krankenhausreform, sagt die Grünen-Abgeordnete und Ärztin.



### Aber auch NRW will weiter selbst über Klinikstandorte entscheiden.

NRW hat bereits eine eigene Krankenhausreform eingeleitet, an der wir uns als Bund orientieren. Auch Sachsen wurde hier bereits aktiv. Insgesamt haben 14 von 16 Ländern ihre ureigenste Aufgabe der Krankenhausplanung einfach nicht wahrgenom-

Das führt dazu, dass in den Krankenhäusern viele Dinge gemacht werden, die den Gesundheitszustand der Patienten nicht verbessern, dass Therapien in Abtei-

lungen stattfinden, die dafür keine ausreichende Expertise haben, aber zu enormen Kosten führen und zugleich das dringend benötigte Fachpersonal für Behandlungen binden, die keinem Patienten helfen, aber dem Krankenhaus viel Geld bringen.

Viele Mitarbeiter bekommen einen Burnout, weil sie sich zu Tode schuften und am Ende sehen, dass ihr Einsatz den Patienten zu oft nicht mal etwas bringt, weil sie viele Tätigkeiten nur aus Abrechnungsgründen verrichten sollen. Diese Zustände, die auch durch fehlende Landes-Krankenhausplanungen sind, haben inzwischen ein Ausmaß erreicht, dass diese zu häufig nicht qualitätsorientierten Krankenhausbehandlungen erhebliche Zusatzkosten für die Gesetzliche Krankenversicherung bedeuten. Für die Stabilität der Krankenkassen-Finanzen ist aber der Bund zuständig. Deswegen muss die Bundesregierung jetzt tätig werden.

### Ein Beispiel für Routine und Zentralisierung ist die Schlaganfall-Versorgung. Wie wird sich diese verändern?

Ich habe selbst als Ärztin in der Neurologie gearbeitet und Schlaganfall-Patienten versorgt, zuerst in Baden-Württemberg, dann in Sachsen. Besonders effektiv ist die Behandlung eines Schlaganfalls, wenn ein Katheter zum Einsatz kommen kann, mit dem sich das Blutgerinnsel aus dem Gehirn absaugen lässt und der Schlaganfall gar nicht erst seine Wirkung vollständig entfalten kann. Dabei gilt: Zeit ist gleich Gehirnmasse. Je länger es dauert, bis ein Patient behandelt wird, desto mehr Gehirnmasse stirbt ab.

In Baden-Württemberg habe ich erlebt, wie Schlaganfall-Patienten oft zuerst in eine kleine Klinik, in der es nicht mal einen Neurologen gab, gebracht wurden. Dort lagen dann Patienten bis zu mehreren Stunden, bis ein Schlaganfall erkannt wurde und wurden erst dann in ein Zentrum verlegt. Im Ergebnis verstrichen wertvolle Stunden bis zur Behandlung und die Patienten hatten schlechtere Behandlungsergebnisse.

In Ostdeutschland ist das überraschenderweise oft besser. Es gibt weniger kleine Krankenhäuser. In der Folge werden Schlaganfall-Patienten in manchen Regionen häufiger direkt in ein großes Krankenhaus gebracht, das sie gut behandeln kann. In Leipzig konnten wir Patienten oftmals bereits eine Stunde nach Symptombeginn behandeln und das Gerinnsel aus dem Hirn herausziehen. In Heidelberg kamen sie oft erst nach sechs oder mehr Stunden zu uns, insbesondere dann, wenn sie nicht direkt aus der Stadt kamen.

### Die Zentralisierung führt zur Frage, wie viele Kliniken schließen sollen.

In Regionen, die schon in den 1990er Jahren einen Umbau ihrer Krankenhauslandschaft erlebt haben, wie bei uns in Ostdeutschland, müssen keine Kliniken schließen. Kleinen Kliniken wollen wir mit der Vorhaltefinanzierung helfen, mit klassischer Basisversorgung wirtschaftlich solide zu arbeiten. Dazu gehören beispielsweise Blinddarm-Operationen. Leider ist diese klassische Basismedizin heute für Kliniken finanziell nicht attraktiv. Das soll sich än-

### Wie viele Klinikstandorte sollen im Westen des Landes schließen?

Nochmal: Es geht nicht darum, Krankenhäuser zu schließen, sondern darum, die Behandlungsqualität zu verbessern.

### Die Bedingungen für die Vorhaltepauschalen soll eine Rechtsverordnung festgelegen. Damit wird das Gesetz zu einer Black Box für die Krankenhäuser.

Es ist normal, dass es zu Gesetzen Rechtsverordnungen gibt. Damit sich die Krankenhäuser darauf gut einstellen können, sind sehr lange Übergangsphasen veran-

Das Gespräch führte Stephan Balling

Paula Piechotta (Bündnis 90/Die Grünen) ist Fachärztin für Radiologie und seit 2021 Bundestagsabgeordnete. Sie ist Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages und stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss.

## **Das Parlament**

Herausgeber Deutscher Bundestag

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Platz der Republik 1. 11011 Berlin Telefax (030) 227-36524

Anschrift der Redaktion

http://www.das-parlament.de redaktion.das-parlament@ bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion Dr. Stephan Balling (bal) Carolin Hasse (cha) (Volontärin) Claudia Heine (che) Nina Jeglinski (nki) Johanna Metz (ioh)) Sandra Schmid (sas) Helmut Stoltenberg (sto)

Redaktionsschluss

**Druck und Layout** Frankfurter Societäts-Druckere GmbH & Co. KG 64546 Mörfelden-Walldor

Leserservice/Abonnemer Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhof Telefon (0.89) 85853-832

Telefax (089) 85853-62832 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (089) 85853-62836

Jahresabonnement 25,80 €; für

Schüler, Studenten und Auszubildende Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung ieweils drei Wochen vor Ein kostenloses Probeabonnement Vertriebsabteilung angefordert

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unwerlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Köplen in Klassenstärke annefertigt werden n Klassenstärke angefertigt werden

"Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbrei-tung von Werbeträgern e. V.

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird Recycling-Papier



Wir vermeiden CO₂ durch den

**PARLAMENTARISCHES PROFIL** 

## Der Selbstständige: Kay-Uwe Ziegler

ielleicht lag es an einem Abendessen, weswegen er in die Politik ging. Manche Politiker haben Erweckungserlebnisse, und Kay-Uwe Ziegler widerfuhr es vor ein paar Jahren. Der damals parteilose Einzelhändler hatte vor einem Stadtausschuss in Bitterfeld seine Ideen zur Gestaltung der Innenstadt vortragen wollen, da hob ein FDP-Mann die Hand. "Der stellte den Antrag, dass meine Redezeit verkürzt wird", erinnert sich Ziegler, "weil zuhause das Abendessen warte". In der sich anschließenden Diskussion hörte er sich an, "dass ich mich ja selbst aufstellen lassen könne, wenn mir das nicht passt". Ziegler, heute 60, passte es nicht. Später, im Jahr 2016, trat er in die AfD ein, "die CDU-Leute fand ich zu unsympathisch", und kandidierte sogleich als Oberbürgermeister in Bitterfeld-Wolfen, erhielt aus dem Stand heraus 20,9 Prozent der Stimmen. Der Geschäftsführer in der Textilbranche landete schließlich 2021 im Bundestag, direkt gewählt, und im Gesundheitsausschuss, aus dem er gerade kommt.

Es ist Mittwochmittag, im Paul-Löbe-Haus suchen die Leute Schatten. "Wir reden im Ausschuss viel zu wenig über Themen wie die Krankenhausreform", sagt Ziegler. Die Bundesregierung plant letztere, und nicht alles daran findet der Oppositionspolitiker schlecht. "Wir brauchen eine Krankenhausreform, nur ist vieles noch nicht zu Ende gedacht." Auch Ziegler fordert eine gestärkte Versorgungsqualität. "Ich hab' mich umgeschaut: Ja, eine Spezialisierung ist extrem wichtig", er verweist auf Dänemark mit seinem Modell von "Super-Krankenhäusern". Dass geplant ist, Krankenhäusern durch eine Vorhaltevergütung einigen ökonomischen Druck zu nehmen, begrüßt er. Nur: "Ich fürchte, dass durch Lobbying einiges verwässert wird." Überhaupt sehe er gerade nicht, dass ein Fokus auf Versorgungsqualität zum Tragen komme. "Die Krankenhäuser aber müssen wissen, wohin ihr Weg geht, allein wegen der Planungssicherheit." Er schaut kurz auf sein Handy. Heute Nachmittag muss er mit dem ICE kurz nach Bitterfeld, dem kommunalen Krankenhaus drohe plötzlich die In-



»Wir brauchen eine Krankenhausreform, nur ist vieles noch nicht zu Ende gedacht.«

solvenz, Banken würden Darlehen verweigern. Bei Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und seiner geplanten Reform äußert der AfD-Abgeordnete einen Verdacht: "Früher äußerte er mal den Wunsch, dass in Deutschland auf 600 Krankenhäuser verzichtet wird. Diese Entscheidung will er heute nicht treffen, aber es fühlt sich so an, dass nun entsprechende Fakten geschaffen werden.'

In Gesprächen mit AfD-Politikern landet man schnell bei Gefühlen. Auch Ziegler, blaues Hemd, dunkelblaues Jackett und Jeans (aus dem eigenen Laden? "Natürlich!"), verweist beim Gespräch über den Klimawandel auf die Erdgeschichte der vergangenen Jahrtausende und dass sich damals aus hohem CO2-Anteil heraus eine Eiszeit entwickelt habe – erwähnt aber nicht, dass es damals keine Industrialisierung mit den hohen Emissionen gab. Und zu Corona überzeugten ihn Masken und Impfung nicht, er beklagt, dass man genötigt worden sei.

In einem früheren Leben hatte Ziegler als Veterinär-Ingenieur gearbeitet, aber der Fall der Mauer bescherte ihm das Berufs-Aus, da es diesen Job im Westen nicht gab. "Dabei haben wir alles gemacht, technisch war das Umfeld draußen weitgehend identisch." Es habe ihm wehgetan, sagt er, dass er das nicht mehr machen konnte. Ein Tierarztstudium habe er beginnen können, "aber alles noch einmal von vorn – ich war 26 und dachte daran, wie ich mein Einkommen bestreiten konnte."

Ziegler sattelte um, ein Großcousin aus dem Westen suchte jemanden, der Stoffe im Osten verkauft, "meine erste Negativerfahrung mit Westdeutschen", lächelt er ein wenig grimmig, "er verkaufte mir Stoffreste zu überteuerten Preisen". Irgendwann die Umorientierung und der Aufbau eines eigenen Ladens, er besteht bis heute. Und die Politik: Bei der AfD gilt Ziegler als eigen, er gehört keinen Netzwerken an, was ihm gute Landeslistenplätze 2017 und 2021 verwehrte. Aber es kam ja anders. Ziegler steht auf, er muss zum Bahnhof. I



Die Krankenhäuser bilden das Rückgrat der medizinischen Versorgung in Deutschland und genießen einen guten Ruf. Viele Häuser können aber die hohen Kosten kaum noch stemmen. Eine umfassende Reform soll Abhilfe schaffen.

# Kraftakt Krankenhausreform

### **GESUNDHEIT** Mit einer Struktur- und Finanzreform sollen die Krankenhäuser effizienter aufgestellt werden

nter den vielen Baustellen im deutschen Gesundheitswesen sticht aktuell die Krankenhausreform hervor, die nicht nur ein Kraftakt ist, sondern auch unter Zeitdruck steht. Viele Krankenhäuser ten Fehldarstellungen war die Rede. Die Inflation der vergangenen Jahre mit stark gestiegenen Energiepreisen sowie die Tarifsteigerungen machen den Häusern schwer zu schaffen. Krankenhäuser protestierten 2023 bundesweit und forderten von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ein Vorschaltgesetz mit einer Brückenlösung, solange die Krankenhausreform noch nicht beschlossen ist. Befürchtet wird ein unkontrolliertes

Kliniksterben statt einer planvollen Strukturreform. Die Reformvorstellungen von Bund und Ländern gehen derweil auseinander. Schon der Vorläufer der jetzigen Reform (20/11854), das sogenannte Krankenhaustransparenzgesetz (20/8904), musste den

Umweg über den Vermittlungsausschuss nehmen und wurde erst im März im Bundesrat und nach Zugeständnissen des Bundes verabschiedet.

Sorgen der Länder Hinter dem Widerstand steht die Sorge vor einer vom Bund diktierten Strukturbereinigung, obwohl die Länder für die Krankenhausplanung zuständig sind. Insbesondere in den ostdeutschen Ländern werden Standortschließun-

gen und Versorgungslücken befürchtet.

Manche Gesundheitsexperten weisen aller-

dings darauf hin, dass die stationäre Ver-

sorgung auch mit deutlich weniger Häu-

sern hochwertig und effizient gestaltet werden könnte. In dem Transparenzgesetz werden die Kliniken bestimmten Versorgungsstufen (Level) zugeordnet, abhängig von der Zahl und Art der vorgehaltenen Leistungsgruppen. Vorgesehen sind Level der Stufen 1 bis 3 sowie Level für Fachkrankenhäuser und

sektorenübergreifende Versorger (Level

F und Level 1i). Level-1n-Krankenhäuser

sollen die Basisversorgung inklusive der Notfallmedizin leisten können. Die Bundesländer sehen in den Leveln indes eine Vorfestlegung des Bundes auf die künftige Krankenhausstruktur, was der Bund bestreitet. Auch halten Experten eine Fehlsteuerung der Patienten für wahrscheinlich, die womöglich vermehrt eine Behandlung bei den wenigen Maximalver-

Klinik-Atlas Ein wichtiger Punkt in dem zuletzt beschlossenen Gesetz ist ein Transparenzverzeichnis, das seit dem 1. Mai im Internet freigeschaltet ist (bundes-klinik-at-

sorgern anstreben könnten.

las.de). Mit Hilfe des "Klinik-Atlas" soll die Bevölkerung über die Leistungen und Qualität von Krankenhäusern detailliert informiert werden. Kaum war das Verzeichnis online, hagelte es Kritik. Von einem überflüssigen weiteren Verzeichnis und eklatan-(NKG) sprach von einem "Stimmungskiller", weil sich Mitarbeiter an den Pranger gestellt fühlten, die Patienten seien verun-

Zu den Kritikern zählte pikanterweise der Bruder von Bundeskanzler Olaf Scholz, Jens Scholz, Vorsitzender des Verbandes der Universitätskliniken und Chef der Uniklinik Schleswig-Holstein in Kiel. Er for-

Sorge vor

einer vom

Bund

diktierten

Struktur-

bereinigung.

derte rasche Nachbesserungen und mahnte mehr Sorgfalt an. Das Bundesgesundheitsministerium reagierte mit dem Hinweis, dass der Atlas laufend aktualisiert werde.

Mehr Geld Angesichts der prekären Finanzlage vieler Kliniken vereinbarten Bund und Länder im Vermittlungsausschuss zudem einen milliardenschweren Transformationsfonds, um

die Übergangsphase zu finanzieren, bis die große Krankenhausfinanzreform greift. Um die Strukturreform der Krankenhäuser finanziell abzusichern, sollen über einen Zeitraum von zehn Jahren (2026 bis 2035) 50 Milliarden Euro bereitgestellt werden, jeweils zur Hälfte getragen von den Ländern und aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds des Bundes.

Die Bundesärztekammer (BÄK) rügte, der Bund wolle seinen Anteil am Transformationsfonds offenbar vollständig auf die GKV-Beitragszahler abwälzen. Das stieß auch bei der AOK sauer auf. Die Vorstandschefin des AOK-Bundesverbandes, Carola Reimann, erklärte, der strukturelle Umbau der Kliniken könne nicht zur Hälfte der GKV zugeschoben werden, das sei gleichzusetzen mit Beitragssatzerhöhungen.

Pandemiejahre In der Corona-Pandemie gerieten viele Kliniken unter Druck, weil sehr viele infizierte Patienten aufwendig versorgt werden mussten, zugleich aber planbare Eingriffe verschoben wurden. Vor allem Intensivstationen kamen wegen der Corona-Patienten teilweise an ihr Limit. In der Gesundheitskrise wurde auch der Fachkräftemangel offenbar, denn Intensivbetten, so sie vorhanden sind, können nur betrieben werden, wenn ausreichend Fachpersonal verfügbar ist, Intensivpfleger vor

Die Kliniken wurden in den Pandemiejahren durch staatliche Gelder gestützt. Nach Angaben der Bundesregierung erhielten die Krankenhäuser im Zeitraum zwischen

März 2020 und Juni 2022 Versorgungsaufschläge oder Ausgleichszahlungen in Höhe von rund 21,5 Milliarden Euro. Manche Kliniken beklagen, dass die Zahl der stationären Behandlungen seit der Pandemie gesunken ist und mit ihnen die Erlöse.

Daten des Statistischen Bundesamtes verkenhäusern in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. So gab es 1992 in Deutschland noch 2.381 Krankenhäuser mit rund 647.000 Betten. Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten lag damals bei 13,3 Tagen. 2022 verzeichnete die Statistik noch 1.893 Krankenhäuser, darunter 539 öffentliche Krankenhäuser, 598 freigemeinnützige Krankenhäuser (zum Beispiel kirchliche Träger) sowie 756

private Kliniken. Die Häuser kamen insgesamt auf rund 480.000 Betten und eine durchschnittliche Verweildauer der Patienten von 7,2 Tagen. Die durchschnittliche Auslastung der Betten verringerte sich von 83,9 Prozent im Jahr 1992 auf 69 Prozent 2022.

Warum die Pläne für die künftige Krankenhausversorgung nicht nur in Fachkreisen aufmerksam verfolgt werden, erschließt sich aus Eckdaten der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). So versorgten die Krankenhäuser 2022 stationär rund 16,8 Millionen Patienten (Fallzahlen). Die Häuser beschäftigten 2022 insgesamt rund 965.000 Mitarbeiter in Vollzeit, rund 173.000 Ärzte sowie rund 792.000 Mitarbeiter, die nicht zum ärztlichen Personal zählen, darunter etwa 376.000 Pflegekräfte in Vollzeit.

Größter Bilanzposten Nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes gaben die gesetzlichen Krankenkassen 2022 rund 88 Milliarden Euro für Krankenhausbehandlungen aus, das war der mit Abstand größte Posten in der Bilanz, gefolgt von Arzneimitteln

die ärztliche Behandlung (46 Milliarden Euro). Bei Leistungsausgaben der GKV in aus als in schweren, aufwendigen Fällen. Höhe von rund 274 Milliarden Euro 2022 Das DRG-System führte zu einer verbesserkamen die Krankenhäuser auf einen Anteil von 32,1 Prozent. 2024 rechnet die GKV erstmals mit Ausgaben für Krankenhäuser auch Anreize gesetzt, möglichst viele Leissind defizitär und insolvenzgefährdet. Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft deutlichen die Veränderungen in den Kran- von mehr als 100 Milliarden Euro. Das wä- tungen abzurechnen. So wird nicht ausgere eine Verdopplung seit 2006.

> Die Finanzierung der Krankenhäuser basiert seit 2003/2004 auf den Fallpauschalen, für deren Einführung sich auch der Gesundheitsökonom Lauterbach einst eingesetzt hat. Denn das Problem der hohen Kosten in der Krankenhausversorgung ist nicht neu. Bis 2003 wurde nach tagesbezogenen Pflegesätzen abgerechnet, unabhängig vom Behandlungsaufwand. Die Verweildauer im Krankenhaus war in der Folge damals deutlich länger als heute.

Neue Abrechnung Mit den DRGs wurde die Vergütung von Tagessätzen auf ein leistungsbezogenes, pauschalierendes Entgeltsystem umgestellt. In der sogenannten Konvergenzphase der Jahre 2005 bis 2009 wurden die Krankenhausbudgets angeglichen, um bei ähnlichen Leistungen auch zu vergleichbaren Preisen zu kommen.

Seit 2010 rechnen die Krankenhäuser eines Bundeslandes nach einem einheitlichen Preis ab, dem sogenannten Landesbasisfallwert, der die Entwicklung der Kosten berücksichtigt. Jedes Jahr wird der Landesbasisfallwert von Vertretern der Krankenhäuser und Krankenkassen für das folgende Jahr neu vereinbart. Die Abrechnung über Fallpauschalen ist komplex und enthält zahllose Differenzierungen: Der DRG-Katalog beinhaltet mehr als 1.200 Fallpauschalen, der Basispreis ergibt sich aus dem Landesbasisfallwerten.

Die Eingruppierung in Fallpauschalen orientiert sich an der Diagnose, dem Schweregrad der Erkrankung und den erbrachten

(44,8 Milliarden Euro) und Ausgaben für Leistungen. Bei Patienten mit leichteren Erkrankungen fällt die Vergütung geringer ten Transparenz und Wirtschaftlichkeit, allerdings werden mit den Fallpauschalen schlossen, dass viele Eingriffe medizinisch unnötig sind. Der ökonomische Druck belastet nicht nur die Kliniken selbst, son-

> Pflegebudget Seit 2020 werden die Pflegepersonalkosten bereits aus den Fallpauschalen herausgerechnet und über eine Kombination von DRG und Pflegebudget vergütet. Das soll den Kos-

> > **Geplant**

ist eine

**Abkehr von** 

der rein

ökonomischen

Abrechnung.

tendruck der Kliniken verringern, die in der Vergangenheit oft am Pflegepersonal gespart hatten. Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik werden über das eigenständige PEPP-System tagesbezogen abgerechnet. Lauterbach räumte ein, dass die Abrechnungsökonomie im Gesundheitswesen aus dem Ruder gelaufen sei und will gegensteuern. Mit der Krankenhausreform

dern auch Ärzte und Pfleger.

sind drei primäre Ziele verbunden: Eine Abkehr von der rein ökonomischen Abrechnung, eine bessere Versorgungsqualität sowie weniger Bürokratie. Zudem soll mit der Reform die Versorgungssicherheit gestärkt werden.

Vorhaltepauschalen Das System der Fallpauschalen soll nunmehr abgelöst werden durch Vorhaltepauschalen, genauer gesagt ist vorerst ein Mix geplant aus Fallpauschalen und Vorhaltepauschalen. In einer Konvergenzphase soll ein fließender Übergang von den Fallpauschalen hin zu einer um eine Vorhaltevergütung ergänzte Finanzierungssystematik vollzogen werden, wie es im Entwurf heißt. Ab 2025 sollen 60 Prozent der Betriebskosten im Krankenhaus über die Vorhaltepauschalen abgegolten werden. Nach Ansicht Lauterbachs bekommen die Krankenhäuser damit eine Existenzgarantie, auch wenn sie künftig nicht mehr so viele Behandlungen abrechnen. Die Vorhaltefinanzierung ist unabhängig von den tatsächlich behandelten Fällen und orientiert sich an den zugewiesenen Leistungsgruppen. Geplant sind 65 Leistungsgruppen mit bundeseinheitlichen Qualitätsanforderungen. Die Länder mit ihrer Planungshoheit sollen darüber entscheiden, an welchen Krankenhausstandorten welche Leistungen erbracht werden können.

Die Idee dahinter: In spezialisierten Kliniken sind Behandlungen wesentlich erfolgreicher, die Komplikationsrate ist viel geringer. Künftig sollen Krankenhäuser nur noch solche Behandlungen abrechnen können, für die sie formal qualifiziert sind. Dass die Anfahrt zu spezialisierten Kliniken in der Regel länger sein wird, kann nach Ansicht von Gesundheitsexperten to-

Investitionen Neben der Vorhaltevergütung werden für die Bereiche Pädiatrie, Geburtshilfe, Stroke Unit, Traumatologie und Intensivmedizin sowie für die Teilnahme an der Notfallversorgung zusätzliche Mittel gewährt. Für bedarfsnotwendige ländliche Krankenhäuser sollen die Förderbeträge erhöht werden.

Unter den Bundesländern wird die große Krankenhausreform weiter mit Argwohn

verfolgt, zumal Lauterbach den Entwurf so angelegt hat, dass eine Zustimmung des Bundesrates den Angaben zufolge nicht notwendig ist. Die Länder Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kritisieren, der Bund greife damit in die Planungshoheit der Länder ein. Sie gaben ein Rechtsgutachten in Auftrag, aus dem hervorgeht, dass eine Verabschiedung

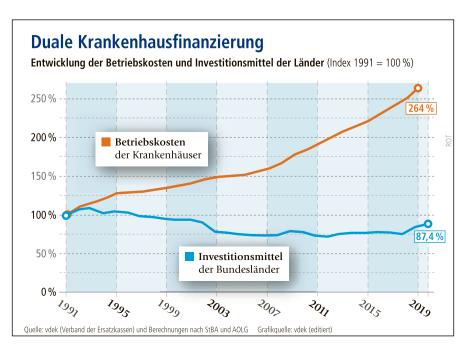
des Entwurfs ohne Zustimmung des Bundesrates "das Risiko einer formellen Verfassungswidrigkeit" birgt.

Die Länder haben nicht nur die Planungshoheit, sondern sind auch für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig, während die Krankenkassen die Betriebskosten übernehmen. Seit Jahren fahren die Länder die Investitionskostenfinanzierung aber zurück (siehe Grafik), was sich auswirken kann auf die Behandlungsqualität, wenn Investitionen aus den DRG-Erlösen querfinanziert werden.

Nach Berechnungen von Experten sind die Länder bei den Investitionsmitteln mit rund 30 Milliarden Euro im Rückstand. Die Investitionsquote der Länder ist nach Angaben der Bundesregierung von 25 Prozent im Jahr 1972 auf rund 3 Prozent 2020 gesunken. Wie der Streit um auskömmliche Investitionskosten ausgeht, ist völlig

Die Krankenhausreform wird auch von Patientenseite mit Interesse und Sorgen begleitet. Nicht wenige Bürger haben Angst, gewohnte Strukturen womöglich nicht mehr nutzen zu können, weil Kliniken vielleicht geschlossen oder umgewidmet werden.

Da die Versorgung in ländlichen Gebieten ohnehin schwieriger ist als in der Stadt, wird der Verlust eines Krankenhauses schnell als gravierender Eingriff wahrgenommen. Auf die Regierung kommt also nicht nur viel fachliche Arbeit zu, sondern auch die Aufgabe, die Bürger zu überzeu-Claus Peter Kosfeld



INNENPOLITIK Das Parlament - Nr. 27 - 29. Juni 2024

as Petitionswesen wird reformiert. Schon ab dem 1. Juli reichen 30.000 Mitzeichnungen, damit eine Petition in öffentlicher Sitzung durch den Petitionsausschuss beraten wird. Bislang waren 50.000 Unterstützerinnen oder Unterstützer nötig. Verlängert wird auch der Zeitraum, in dem die Unterschriften gesammelt werden können - von bisher vier auf nun sechs Wochen. Eine dritte Neuregelung betrifft die internen Abläufe im Petitionsausschuss, wodurch es zu einer Beschleunigung der Petitionsverfahren kommen soll. All dies hat der Ausschuss in seiner Sitzung am Mittwoch auf Antrag der Koalition beschlossen.

Bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts des Ausschusses (20/11600) für das Jahr 2023 am Donnerstag bot sich der Raum für eine Bewertung der Änderungen. Die fiel erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Während es für die Koalition die größte Reform seit Einführung der E-Petitionen vor 20 Jahren ist, sprach Andreas Mattfeldt (CDU) von einem Placebo. Benötigt werde eine wirkliche Reform des Petitionsrechtes, "die den Namen verdient und die die Petenten stärkt", sagte er. Das Absenken des Quorums für öffentliche Sitzungen helfe aber den Petenten "überhaupt nicht".

Die Union hatte bei der Ausschusssitzung am Mittwoch eigene Vorschläge gemacht, die aber keine Mehrheit fanden. Bei Petitionen, die mit dem höchstmöglichen Votum "zur Berücksichtigung" überwiesen wurden, wollte sie die Bundesregierung verpflichten, in einer Ausschusssitzung zu erklären, warum sie keinen Handlungsbedarf sieht. Aktuell sei es so, dass die Regierung selbst höchste Voten nicht umsetzt, beklagte Mattfeldt. Sie führe dazu "lapidare Begründungen" an.

Paradigmenwechsel CDU und CSU hatten außerdem verlangt, dass die ablehnende Haltung eines Fachausschusses schriftlich gegenüber dem Petitionsausschuss begründet werden müsse. Das, so befand Mattfeldt, wäre tatsächlich ein Paradigmenwechsel.

Axel Echeverria (SPD) sah das anders. Die Ampelparteien hätten schon im Koalitionsvertrag vereinbart, das Petitionswesen zu modernisieren. "Immer, wenn die progressiven Kräfte hier im Haus die Mehrheit hatten, haben wir das Petitionsrecht erneuert", sagte der SPD-Abgeordnete mit Blick auf die letzte Reform unter Rot-Grün vor 20 Jahren. Die Union habe hingegen auch diesen Mal die Möglichkeit verpasst, die "historischen Veränderungen" zu unterstützen. Mit der Quorumsabsenkung werde das klare Signal an die Menschen in der Republik gesendet: "Ja, die Ideen und Meinungen der Menschen sind uns wichtig." Wenn die Union hier von einem Placebo rede, liege sie ganz weit daneben.

Corinna Rüffer (Grüne) lobte die Reform ebenfalls. Schneller, transparenter, öffentlicher und wirksamer würden die Petitionsverfahren dadurch werden, sagte sie. "Wir haben es nach 20 Jahren geschafft, endlich wieder Marken zu setzen, die den Weg in Richtung Bürgerfreundlichkeit weisen."

Letzter Strohhalm Die FDP trägt die Änderungen mit, obwohl sie in der Vergangenheit für ein Festhalten am 50.000er Quorum plädiert hatte. Für Manfred Todtenhausen (FDP) sind ohnehin die persönlichen Anliegen von Menschen, "für die der Petitionsausschuss der letzte Strohhalm ist", die wichtigsten. Zwar könne nicht jedem geholfen werden, machte der FDP-Abgeordnete deutlich. "Wir können aber unser Bestes tun, um diesen Menschen zumindest zuzuhören und jedes Anliegen mit gleicher Ernsthaftigkeit zu würdigen."



Mit den LNG-Terminals vor Rügen hat sich der Petitionsausschuss im Jahr 2023 intensiv beschäftigt.

Dirk Brandes (AfD) machte darauf auf- hätten den Ausschuss im Jahr 2023 erreicht so noch Interesse an der Politik vorhanden", resümierte er. Der Petitionsausschuss, so Brandes weiter, erfahre, was die Bürger bewegt. Zahlreiche Eingaben hätten sich kritisch mit den Abgeordnetenvergütungen, der "GEZ-Abzocke" und einer Aufarbeitung des "Corona-Wahnsinns" auseinandergesetzt.

In den 16 Jahren mit einer unionsgeführten Regierung sei es zu keiner Reform gekommen, beklagte die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Martina Stamm-Fibich (SPD). "Mehr als das Verwalten des Status quo war mit Ihnen leider nicht zu machen", sagte sie an die Union gewandt. Erst die neue Koalition habe über einen Wandel nachgedacht und einen Reformprozess angestoßen, "der Petitionen schneller, besser und bürgerfreundlicher machen soll". Stamm-Fibich ging auch auf den vorgelegten Tätigkeitsbericht ein. 11.410 Eingaben

merksam, dass die Zahl der Petitionen - 1.832 weniger als im Jahr davor. Auch zwar gesunken, die Mitzeichnungen jedoch der thematische Fokus habe sich verändert. angestiegen seien. "Glücklicherweise ist al"Betraf in den letzten Jahren ein Großteil der Petitionen das Bundesministerium für Gesundheit, fielen im Jahr 2023 die meisten Zuschriften in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales", sagte sie. Rund zwei Drittel aller Petitionen, so Stamm-Fibich weiter, hätten persönliche Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern enthalten, die mit Entscheidungen oder dem Vorgehen einer Behörde unzufrieden waren.

Bei den sechs öffentlichen Sitzungen sei es unter anderem um die Kindergrundsicherung, den Bundesfreiwilligendienst und die LNG-Terminals vor der Küste Rügens gegangen. Unter dem Applaus aller Fraktionen dankte die Ausschussvorsitzende Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) "für das Wertschätzende, das sie diesem Ausschussdienst zukommen lässt, und dass sie für unsere Anliegen immer ein offenes Ohr hat". Götz Hausding

### **STICHWORT**

**Petitionsausschuss** 

Tätigkeitsbericht Im Jahr 2023 sind 11.410 Petitionen beim Petitionsausschuss eingereicht worden - 1.832 weniger als im Jahr davor. Knapp 1,6 Millionen Menschen haben die Petitionen mitgezeichnet - fast doppelt so viele wie 2022. In 29 Sitzungen wurden 557 Petitionen zur Einzelberatung aufgerufen.

Quorum Statt 50.000 Mitzeichnungen braucht es ab 1. Juli nur noch 30.000 Unterschriften, damit eine Petition in öffentlicher Sitzung unter Anwesenheit der Petentin oder des Petenten sowie Vertretern der Bundesregierung beraten wird.

Mitzeichnungsfrist Bislang mussten die Unterschriften in einer Frist von vier Wochen vorgelegt werden. Jetzt bleiben dafür sechs Wochen Zeit.

## Rechtssicherheit für Betriebsräte

**ARBEIT** Novelle des Betriebsverfassunggesetzes beschlossen

Einstimmig werden die wenigsten Gesetze im Bundestag verabschiedet. Aber die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes durch einen Entwurf der Bundesregierung (20/9496; 20/9875) war so unstrittig, dass sie sogar ohne weitere Änderungen erst am Mittwoch den Ausschuss für Arbeit und Soziales und dann am Freitag das Bundestagsplenum passierte. Alle Fraktionen und Gruppen des Bundestages stimmten der Regierungsvorlage zu, nachdem sie zuvor ausdrücklich den tausenden Betriebsräten in Deutschland für deren ehrenamtliches Engagement gedankt hatten.

Durch die Novelle sollen nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes vom Januar 2023 entstandene Rechtsunsicherheiten beseitigt werden. Betriebsratsmitglieder dürfen laut Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) wegen ihrer Tätigkeit weder benachteiligt noch begünstigt werden. Das gilt auch für ihre berufliche Entwicklung und das Arbeitsentgelt. Das Benachteiligungsverbot wird ergänzt durch einen Mindestvergütungsanspruch. So darf das Arbeitsentgelt nicht geringer bemessen werden als das Arbeitsentgelt vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher Entwicklung. Das Urteil, in dem es um die Frage der Untreue bei Verstößen gegen das betriebsverfassungsrechtliche Begünstigungsverbot ging, hat in der Praxis vermehrt zu Rechtsunsicherheiten hinsichtlich der Vergütung von Betriebsratsmitgliedern und zur präventiven Kürzung der Vergütung durch die Unternehmen geführt. "Um negative Folgen für die betriebliche Mitbestimmung insgesamt auszuschließen, sind klarstellende gesetzliche Maßnahmen notwendig, ohne dabei die Möglichkeit der

Aufklärung und Ahndung von Verstößen gegen das Begünstigungsverbot einzuschränken", begründet die Regierung ihren Gesetzentwurf.

Ohne Angst vor Nachteilen Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) bekräftigte: "Wer sich als Betriebsrat engagiert, muss sicher sein, dass er keine beruflichen Nachteile befürchten muss." Denn auch die Freistellung der Betriebsräte soll sich nicht negativ auf die Lohnentwicklung auswirken, wie es der Gesetzentwurf klarstellt. Für die Grünen betonte Frank Bsirske, "gerade in Zeiten des Umbruchs brauchen wir die Interessenvertretung der Beschäftigten. Sie dürfen nicht ausgebremst werden". Jan Dieren (SPD) fügte hinzu, man stelle nun klar, dass sich die Vergütung der Betriebsräte an der Lohnentwicklung vergleichbarer Beschäftigter orientiere. Carl-Julius Cronenberg (FDP) plädierte trotz seiner Unterstützung für die Reform dafür, mehr "Freiheitsvertrauen" in Betriebe und Beschäftigte zu haben, so stärke man den Standort Deutschland.

"Wir stehen hinter der Mitbestimmung", betonte Axel Knoerig (CDU). Mitbestimmte Unternehmen seien krisenfester und erfolgreicher als andere; deshalb brauche es über die Reform hinaus Regelungen für eine moderne, digitale Betriebsratsarbeit, forderte er. Norbert Kleinwächter (AfD) sagte, die Regierung tue das "Richtige im Falschen", denn viele Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft würden inzwischen mit Füßen getreten. Susanne Ferschl (Die Linke) forderte, die Behinderung von Betriebsratsarbeit endlich als Offizialdelikt anzuerkennen. Claudia Heine

## Lob und Tadel für den Datenschutzbeauftragten

**INNERES** Bundestag debattiert über Tätigkeitsbericht 2023

Der Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) für das Jahr 2023 (20/10800) ist der letzte des bisherigen Amtsinhabers Ulrich Kelber, und so nutzten Vertreter der Koalition wie auch der AfD-Fraktion am Mittwoch die Bundestagsdebatte über die Vorlage dazu, Kelbers Wirken als BfDI zu würdigen. Kritik kam dagegen aus der Unionsfraktion.

Marc Henrichmann (CDU) sagte, Umgang mit künstlicher Intelligenz (KI), die Chancen und Risiken berge, müsse man "gestalten, anstatt Bedenken zu schüren". Kelber spreche indes in seinem Bericht zwar zu Recht von KI als Chance im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich, sage aber dann, dass es unendliche Missbrauchsmöglichkeiten durch KI gebe, kritisierte Henrichmann. Das müsse man "viel positiver angehen", und das hätte er sich auch in Kelbers Bericht gewünscht.

Carmen Wegge (SPD) lobte dagegen, Kelber habe in seiner Amtszeit "alles richtig gemacht" und den Schutz der Bürger und ihre Rechte immer an die erste Stelle gestellt. Sie wünsche sich, dass seine Nachfolgerin Louisa Specht-Riemenschneider "eine genauso kraftvolle Kämpferin für den Datenschutz wird und bleibt".

Misbah Khan (Grüne) attestierte Kelber, mit seiner Arbeit die Wahrung der Grundrechte und das Recht auf Privatsphäre gewährleistet zu haben. Er habe sich um "neue herausfordernde Themen" wie die KI gekümmert, zugleich auch "ohne jeden Zweifel" seine unabhängige Aufsichtsfunktion ausgefüllt und dadurch zur Durchsetzung von Datenschutz geführt.

Manuel Höferlin (FDP) nannte den Datenschutz und die Informationsfreiheit "Teil des Fundaments einer wehrhaften Demokratie in Zeiten der Digitalisierung". Deshalb sei das Amt des Bundesbeauftragten und Kelbers Arbeit in den vergangenen fünf Jahren so wichtig, fügte Höferlin hinzu und attestierte den rund 300 Mitarbeitern des BfDI, täglich für die "liberale Gesellschaft und für den Schutz von Bürgerrechten in der digitalen Welt" einzustehen. Steffen Janich (AfD) sagte, der Bundesbeauftragte weise zu Recht darauf hin, dass der Einsatz einer KI zur automatischen Erkennung personenbezogener Merkmale im öffentlichen Raum verboten gehöre. Seine Fraktion stimme mit Kelber auch darin überein, "dass die KI niemals im Rahmen eines Social Scorings zur Bewertung sozialen Verhaltens missbraucht" werden dürfe, und sage auch Nein zur anlasslosen flächendeckenden Überwachung privater Kommunikationsdaten. Hier habe Kelber "einem weiteren Überwachungsstaat ein klares Veto entgegengesetzt".

## Nach der Corona-Pandemie wird abgerechnet

MASKENBESCHAFFUNG Grüne erheben schwere Vorwürfe gegen Ex-Minister Spahn. Union wittert Skandalisierung

Wie die Corona-Zeit im Bundestag aufgearbeitet werden soll, darüber sind sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP derzeit noch nicht einig. Klar scheint aber, dass sich Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) kritische Fragen unter anderem zur Maskenbeschaffung während seiner Amtszeit gefallen lassen muss. Denn, so befürchten die Koalitionäre, dem Bund droht durch das Beschaffungsverfahren ein Schaden in Milliardenhöhe.

»Open House« Der umstrittene Vorgang fiel in die Anfangsphase der Corona-Pandemie. Das Virus breitete sich weltweit aus, Schutzausrüstungen wie Masken waren Mangelware. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) beschloss, Masken in einem so genannten Open-House-Verfahren zu beschaffen. Es bot jedem Anbieter, der bis zu einem bestimmten Termin und in einer bestimmten Qualität lieferte, 4,50 Euro pro Maske. Das Angebot war lukrativ, mehrere hundert Firmen meldeten sich. Im BMG versuchte man, dem Überangebot durch eine Verkürzung der Lieferfristen zu begegnen. Auch wurden Lieferungen wegen Qualitätsmängeln nicht angenommen, Zahlungen zurückgefordert oder Rechnungen nicht begli-

Dagegen klagten mehrere Unternehmen. Das Oberlandesgericht Köln hat am vergangenen Freitag in einem Verfahren zugunsten der Kläger entschieden. Damit drohen Zahlungen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro – auf diese Summe hat das BMG den Streitwert der anhängigen Verfahren beziffert.

Die Debatte in der Aktuellen Stunde zum Thema am Donnerstag war hitzig, vor allem Grüne und Union attackierten sich heftig. Martina Stamm-Fibich (SPD) betonte, es gehe nicht um eine "Hexenjagd". Dennoch müsse angesichts der Vorkommnisse geklärt werden, was damals passiert und wer dafür verantwortlich gewesen sei. "Das Versagen bei der Beschaffung könnte den Haushalt des BMG auf Jahre lähmen, und die Rückstellungen reichen bei Weitem nicht aus", warnte Stamm-Fibich.

Kontrollverlust Schärfer – und persönlicher - wurde Andreas Audretsch (Bündnis 90/Die Grünen). "Warum hat Jens Spahn die Kontrolle so dermaßen verloren?", fragte der Abgeordnete. Es sei eine Krise gewesen, das dürfe aber "kein Freifahrtschein für völlig unkontrolliertes Handeln sein, für Handeln, ohne dafür Rechenschaft ablegen zu müssen". Es handle sich um einen "der größten Steuerverschwendungsskandale" der Bundesrepublik.

Seine Fraktionskollegin Paula Piechotta ging auf zahlreiche kritische Punkte während der Pandemie ein, etwa die Milliardenzahlungen für betrugsanfällige Corona-Tests oder die Leerhaltepauschale für Klinikbetten, die kontraproduktiv gewirkt habe. Daraus habe niemand Spahn "jemals einen Strick gedreht", so die Abgeordnete. Aber mit Blick auf die drohenden Zusatzkosten aus den Verfahren - Piechotta sprach mit Verweis auf Medienberichte sogar von bis zu acht Milliarden Euro - sei nun die "Schmerzgrenze des Haushaltsausschusses" überschritten. Wichtig für die Bürger im Land sei, dass nicht der Eindruck entstehe: "Die kleinen Diebe werden gehängt, aber die großen lässt man laufen", so Piechotta. Bei der Union zeigte man sich über die Debat-

te erzürnt. Die Koalition habe eine Aufarbeitung ohne "unlautere Schuldzuweisungen" angekündigt, diesen Kurs habe man verlassen. kritisierte Tino Sorge. Es gebe in der Sache noch kein rechtskräftiges Urteil. Das BMG halte die Rechtsauffassung des OLG für falsch, andere Gerichte hätten im Sinne des Ministeriums entschieden "Sie fanatisieren mit Streitwerten, die völlig utopisch sind. Streitwerte sind nicht gleich Schadenersatz beziehungsweise Strafzahlung", führte Sorge aus. Es werde aus Dingen ein Skandal gemacht, der eigentlich keiner sei. "Das ist an Niederträchtigkeit und Doppelmoral nicht zu überbieten", wetterte der Abgeordnete.

Spahn rechtfertigt sich Spahn meldete sich zum Schluss der Debatte ebenfalls zu Wort und sprach - insbesondere in Richtung der

Grünen – von "maßlosem, haltlosem Furor und Vorwürfen". Man habe damals nach der Devise "Haben ist besser als brauchen" gehandelt. Mit dem Wissen von heute würde er manche Entscheidungen anders treffen: "Ich bin nur ganz neidisch auf diejenigen, die im Nachhinein schon alles vorher gewusst haben. Dieses Privileg hatten wir nicht, wir mussten in der Not entscheiden." Der Ex-Minister warb für eine Aufarbeitung, die nicht im "parteipolitischen Kleinklein endet".

Aufarbeitung In Sachen Aufarbeitung hat die Koalition noch nicht entscheiden. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte sich jüngst für einen Bürgerrat ausgesprochen. Aus Sicht von Martin Sichert (AfD) tritt der Kanzler damit die Demokratie mit Füßen. Denn jeder Demokrat wisse, dass die Aufarbeitung in den Bundestag gehöre, nämlich in einen Untersuchungsausschuss. Sichert forderte zudem eine "vollständige Rehabilitierung von Bürgern, die wegen Corona-Maßnahmen bestraft wurden". Die FDP wiederum fordert eine Enquete-Kommission, wie in der Debatte Kristine Lütke erneut betonte. Zur Politik gehöre es, notwendige Entscheidungen zu treffen. Auch gehöre es dazu, Fehler zu machen. "Es gehört aber ebenso dazu, getroffene Entscheidungen und deren Auswirkungen kritisch zu hinterfragen," sagte die Abgeordnete.

## Hausärzte ohne Budgets

**GESUNDHEIT** Reform der ambulanten Versorgung

Von einer Reform der ambulanten medizinischen Versorgung sollen Patienten und Ärzte gleichermaßen profitieren. Das sogenannte Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) (20/11853), das am Freitag erstmals zur Beratung auf der Tagesordnung stand, sieht eine Entbudgetierung für Hausärzte vor. Die Leistungen der allgemeinen hausärztlichen Versorgung sollen demnach von mengenbegrenzenden und honorarmindernden Vorgaben ausgenommen werden, wie es in der Gesetzesvorlage der Bundesregierung heißt.

Neu eingeführt wird eine Versorgungspauschale zur Behandlung chronisch kranker Patienten, die künftig nicht mehr jedes Ouartal einbestellt werden müssen. Mit einer Vorhaltepauschale für die Wahrnehmung eines hausärztlichen Versorgungsauftrags sollen zum Beispiel viele Haus- oder Heimbesuche künftig besonders honoriert

Geringfügigkeitsgrenze Über die Festlegung einer Geringfügigkeitsgrenze bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung ärztlich verordneter Leistungen sollen Mediziner außerdem von bürokratischen Vorgaben entlastet und von drohenden Arzneimittelregressen verschont werden. Die Gründung kommunaler medizinischer Versorgungszen-

tren (MVZ) soll dem Entwurf zufolge erleichtert werden. Dazu können für die Zulassung eines MVZ in der Rechtsform einer GmbH die Sicherheitsleistungen in der Höhe begrenzt werden.

Psychotherapeutische Versorgung Ferner soll die ambulante Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen verbessert und vereinfacht werden. So werden die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen beim Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung durch eine separate Bedarfsplanung berücksichtigt. Außerdem werden zusätzliche psychotherapeutische und psychiatrische Versorgungsaufträge für vulnerable Patientengruppen geschaffen.

Schwer kranke Patienten oder jene mit Behinderungen sollen einen besseren Zugang zu notwendigen Hilfsmitteln bekommen. Dazu sollen die Bewilligungsverfahren beschleunigt werden.

Weitere Regelungen betreffen die Mitbestimmung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA). Im G-BA soll den Organisationen der Pflegeberufe ein Antrags- und Mitberatungsrecht bei Richtlinien und Beschlüssen über die Qualitätssicherung und weitere Aufgabenbereiche zugestanden



Unter Druck: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) musste am Mittwoch im Bundestag Fragen zur Fördergeld-Affäre beantworten.

© picture-alliance/dpa/Hannes P Albert

## Verletztes Vertrauen

### WISSENSCHAFT Bundesforschungsministerin muss sich doppelt zur Fördergeld-Affäre erklären

n der Fördergeld-Affäre steht Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) weiter unter Druck. Nach Auftritten im Bildungsausschuss und in der Regierungsbefragung am Mittwoch zeigten sich insbesondere Abgeordnete der Opposition mit den Antworten der Ministerin nicht zufrieden. Doch auch

aus den Reihen der Koalition wurde vor einem "Vertrauensschaden" in der Wissenschaft gewarnt. Die Fördergeld-Affäre berührt nichts Geringeres als die Wissenschaftsfreiheit. Im Raum steht die Frage, ob das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) prüfen wollte, ob kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern For-

schungsgelder entzogen werden könnten. Außerdem geht es um die Frage, was Ministerin Stark-Watzinger von einer solchen förderrechtlichen Prüfung - und weiteren Prüfaufträgen – wusste. Als Konsequenz aus der Affäre hatte die Ministerin bereits ihre Staatsministerin Sabine Döring in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen – ein Bauernopfer, vermuten Stimmen aus Politik und Forschung.

Auslöser der Affäre war ein offener Brief vom 8. Mai, in dem sich hunderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für das Recht auf friedlichen Protest an Hochschulen ausgesprochen hatten, nachdem die Polizei ein propalästinensisches Protestcamp an der Freien Universität in Berlin geräumt hatte. Stark-Watzinger hatte den

> Brief seinerzeit scharf kritisiert, weil das Schreiben ihder Hamas ausblende.

Am 11. Juni enthüllte dann eine Recherche des NDR-Magazins Panorama einen internen E-Mailverkehr des BMBF, aus dem hervorgeht, dass das Ministerium prüfen wollte, wer von den Unterzeichnenden vom Ministerifinanziell gefördert wird, um möglicherweise Fördermittel zu streichen.

Daraufhin forderten über 3.200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem weiteren offenen Brief den Rücktritt Stark-Watzingers. Sie kritisieren: "Die avisierte Rücknahme von Förderbescheiden widerspricht allen Prinzipien der grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit".

Kaum neue Erkenntnisse Im Ausschuss und während der Regierungsbefragung lieferte die Ministerin kaum neue Erkenntnisse, vielmehr wiederholte sie Aussagen, die sie bereits zuvor in Pressekonferenzen und Statements getätigt hatte. So erklärte Stark-Watzinger erneut, dass sie von einem möglichen förderrechtliche Prüfauftrag erst durch die Medien erfahren habe. Sie habe eine förderrechtliche Prüfung "nicht erteilt und auch nicht gewollt", da dies den Prinzipien der Wissenschaftsfreiheit

widerspreche. Diese sei ein rer Ansicht nach den Terror hohes Gut der Demokratie und müsse verteidigt wer-

> Wie die Ministerin im Ausschuss darlegte, habe die Staatssekretärin Döring am 13. Mai die juristische Prüfung der Aussagen des offenen Briefes telefonisch in Auftrag gegeben. Dieser Auftrag könnte von Mitarbeitenden des **BMBF** fälschlicherweise

auch als Aufforderung zu einer förderrechtlichen Prüfung verstanden worden sein, erläuterte Stark-Watzinger. Eine Prüfung förderrechtlicher Konsequenzen sei aber von Döring nicht beabsichtigt gewesen und auch nicht weiterverfolgt worden. Aufgrund der Vorgänge sei Stark-Watzinger zu der Überzeugung gelangt, "dass die Vertrauensbasis für eine weitere Zusammenarbeit mit Frau Professor Döring nicht mehr gegeben ist".

Neben dem förderrechtlichen Prüfauftrag hatte es einen zweiten Auftrag gegeben, von dem die Ministerin tatsächlich wusste. Dabei sei es um die "rechtliche Einordnung" des offenen Briefes gegangen. Am Ende hat die Prüfung laut Ministerin ergeben, dass der Inhalt von der Meinungsfrei-

»Was muss

noch

passieren,

dass Sie

zurück-

treten?«

Ali Al-Dailami

tens kritikwürdig", so die Ministerin.

Allerdings gab es noch einen dritten Prüfauftrag. Aus Dokumenten, die von der Transparenzplattform "Frag den Staat" veröffentlicht wurden, geht hervor, dass es bereits am 10. Mai einen ersten Prüfauftrag

im BMBF gegeben hatte. In diesem hatten sich ein Abteilungsleiter und das Pressereferat danach erkundigt, welche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des offenen Briefes Fördergelder erhalten. Eine entsprechende Liste wurde erstellt, die laut Stark-Watzinger jedoch nur zur Vorbereitung auf mögliche Nachfragen der Presse dienen sollte und ihr selbst nicht vorgelegt worden sei. Es habe sich um "einen komplett separaten Vorgang" auf der

Fachebene gehandelt, betonte die Minis-

Fehlende Antworten Die Antworten der Ministerin reichten vielen Abgeordneten nicht aus. Der bildungspolitische Sprecher der Union, Thomas Jarzombek (CDU), heit gedeckt sei. An ihrer Kritik an dem zweifelte die Darstellungen der Ministerin Brief hielt die Ministerin an und warf ihr vor, seine Fragen im Ausfest. Forderungen des offe- schuss bewusst nicht zu beantworten. Die nen Briefes, pauschal Poli- Ministerin verweigerte beispielsweise auch zeieinsätze oder Strafen ab- nach mehrmaligem Nachfragen des Abgezulehnen, seien "mindes- ordneten die Auskunft darüber, wer die Liste mit den Namen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Auftrag gegeben habe. "Es geht um den Schutz von Mitarbeitenden, die jetzt unter Feuer stehen", argumentierte sie. Auch Nicole Gohlke (Die Linke) nannte es unwahrscheinlich, dass die Ministerin nur von einem der drei Prüfaufträge wusste. "Es ist unglaubwürdig, dass alle möglichen Mitarbeiter Prüfaufträge zeitgleich aufgegeben haben und Sie davon nichts gewusst haben", so Gohlke.

> Abgeordnete der Ampelfraktion wie Oliver Kaczmarek (SPD) und Anja Reinalter (Grüne) kritisierten den entstandenen "Vertrauensschaden".

> Persönliche Konsequenzen interessierte Ali Al-Dailami (BSW): "Was muss noch passieren, dass Sie zurücktreten". Die Ministerin antwortete auf die entsprechende Frage im Ausschuss: "Ich sehe dazu keine Veranlas-Carolin Hasse sung".

## Aufarbeitung der »Euthanasie«

KULTUR Die Aufarbeitung der "Euthanasie" und der Zwangssterilisationen während der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 soll intensiviert werden. Dafür sprechen sich die Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in einem gemeinsamen Antrag aus, den der Bundestag am Donnerstag erstmals beraten hat. Der Antrag wurde im Anschluss zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss überwiesen. Auch die AfD-Fraktion kündigte ihre Zustimmung zu dem Antrag an.

Die "Euthanasie"-Morde an schätzungsweise 300.000 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen sowie die aufgrund des 1934 in Kraft getretenen "Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" an etwa 400.000 Menschen durchgeführten Zwangssterilisationen seien Ausdruck der menschenverachtenden rassistischen nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, heißt es im Antrag.

Nach dem Willen der vier Fraktionen soll die Bundesregierung ein Projekt initiieren, um bundesweit Patientenakten und Personalunterlagen der Täter zu lokalisieren, zu sichern und zu konservieren, um sie für Forschung, Bildung und Anfragen nutzbar zu machen. Das Projekt soll unter Beteiligung der Gedenkstätten an den Orten ehemaliger "Euthanasie"-Tötungsanstalten, des Instituts für Geschichte der Medizin und Ethik in der Medizin an der Berliner Charité und der Verbände von Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden. Darüber hinaus sollen die Gedenkstätten an den Orten der ehemaligen "T4"-Tötungsanstalten auch in Zukunft nachhaltig unterstützt werden.

## Forschung im Blickpunkt

**BERICHT** Den Bundesbericht Forschung und Innovation 2024 (20/11560) hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals beraten. Die Vorlage wurde im Anschluss zusammen mit einem Entschließungsantrag der AfD-Fraktion (20/11969) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen. Wie aus dem Bericht hervorgeht, haben Staat, Hochschulen und die Wirtschaft im Jahr 2022 rund 121,4 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert. Das entspricht 3,13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Bis 2025 sollen die FuE-Ausgaben auf 3,5 Prozent des BIP steigen.

In ihrem Bericht benennt die Bundesregierung zudem ihre forschungs- und innovationspolitischen Ziele. So wolle die Bundesregierung ihre Forschungs- und Innovationspolitik digital, offen und agil gestalten, um Krisen wie den Klimawandel oder Pandemien bewältigen zu können. Dafür solle insbesondere die Digitalisierung vorangetrieben werden. Außerdem wolle die Bundesregierung die strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung in Deutschland hinterfragen, um "mehr Synergien zu heben". Ein weiteres Ziel ist es der Vorlage zufolge, Spitzenforschung und Infrastrukturen als Wegbereiter für die Technologien von morgen zu betrachten. Exzellente, freie und international vernetzte Grundlagenforschung erweitere "die Grenzen des technisch Machbaren und unseres Wissens" und trage so zur Entwicklung zukünftiger Technologien und Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft bei, schreibt die Bundesregierung. cha 🛮

## **Debattenkultur unter Druck**

»Es geht um

den Schutz von

Mitarbei-

tenden, die

jetzt unter

Feuer stehen.«

Bildungsministerin Bettina

Stark-Watzinger (FDP)

**AKTUELLE STUNDE** Hitzige Diskussion über Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten

Seit dem Überfall der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf Israel beschäftigen Störungen des Hochschulbetriebs durch Aktivisten vermehrt die Öffentlichkeit. Ein Vorfall in anderem Zusammenhang indes hat die CDU/CSU-Fraktion veranlasst, unter dem Titel "Meinungsfreiheit schützen – Boykott von wissenschaftlichen und demokratischen Veranstaltungen an deutschen Hochschulen verhindern" eine Aktuelle Stunde zu beantragen, die am Mittwoch stattfand. Darin erläuterte Nadine Schön (CDU), bei einer Veranstaltung an der Universität Göttingen zum Selbstbestimmungsgesetz mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Mareike Lotte Wulf sei diese unflätig niedergebrüllt und bedrängt worden. Schließlich habe sie unter Polizeischutz aus dem Saal geleitet werden müssen, während "die Randalierer geblieben" seien. Schön bedauerte, dass sie aus den Koalitionsfraktionen und der Regierung keine Stellungnahme zu dem Vorfall vernommen habe. Vor allem vermisse sie eine Distanzierung der Grünen, deren Jugendorganisation mit zu der Aktion aufgerufen und dabei Wulf als Abgeordnete, die "öfter Hetze gegen Transmenschen betreibt", diffamiert habe.

Mehrere Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen nahmen Wulf gegen derartige Vorwürfe in Schutz und lobten sie, bei allen Differenzen in der Sache, als empathische



An der Universität Göttingen wurde die CDU-Abgeordnete Mareike Wulf daran gehindert, einen Vortrag zur Selbstbestimmung zu halten.

und sachorientierte Kollegin. "Wir verurteilen das alle miteinander, dass frei gewählte Abgeordnete nicht mehr sprechen können, wenn sie eingeladen sind", erklärte Lina Seitzl

Marlene Schönberger (Grüne) jedoch schränkte ein: "Was Ihnen passiert ist, ist nicht okay", allerdings seien Tessa Ganserer und Sven Lehman - zwei queere Grünen-Abgeordnete - ganz anderen Angriffen ausgesetzt gewesen, und hier habe sie die Solidarität aus der Union vermisst. Im Gegenteil vergehe "fast kein Tag, an dem nicht Mitglieder der Union die Selbstbestimmung verächtlich machen". An der "hässlichen Debatte rund um Selbstbestimmung" seien die "Kollegen von der Union nicht ganz unschuldig", folgerte Schönberger.

Deren Fraktionskollegin Laura Kraft versicherte Mareike Wulf später allerdings aus-

drücklich ihre Wertschätzung und äußerte den Wunsch, "dass wir alle verbal abrüsten". Ria Schröder (FDP) erklärte, an Wulf gewandt: "Ich möchte ganz klar sagen: Sie tragen keine Verantwortung dafür", was sich in Göttingen zugetragen hatte. Janine Wissler (Die Linke) andererseits hielt der Union vor, nur für Meinungsfreiheit zu sein, wenn es um ihre Meinung gehe. Was Wulf widerfahren sei, sei "unangenehm", aber das Grundgesetz schütze nicht vor Widerspruch "und auch nicht Abgeordnete vor Protest".

Gaza-Konflikt an Hochschulen Breiten Raum in der Debatte nahmen auch die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Gaza-Konflikt ein. Mehrere Abgeordnete bezeichneten es als unerträglich, dass sich viele jüdische Studierende seit Monaten nicht mehr an ihre Hochschule trauten aus Angst vor denen, die davor stehen. "Es geht aber auch nicht", ergänzte Lina Seitzl (SPD), "wenn Menschen pauschal zu Antisemiten erklärt werden, die im Rahmen ihrer freien Meinungsäußerung die israelische Regierung kritisieren". Götz Frömming (AfD) hob hervor, dass der Antisemitismus an den Hochschulen vor allem von links komme: "Da stehen die kleinen Greta Thunbergs und die anderen mit den Palästinensertüchern.



Deutscher Bundestag

### Ausschreibung Wissenschaftspreis 2025

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2025 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 8. Juli 2024 Teilnahmebedingungen unter http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis

**Deutscher Bundestag** Fachbereich WD 1 Wissenschaftspreis Platz der Republik 1 11011 Berlin



E-Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de Telefon: +49 30 227-38630

6 **INNENPOLITIK** Das Parlament - Nr. 27 - 29. Juni 2024

### Große Anfrage zu Sozialsystem

SOZIALES Große Anfragen gehören zu den seltenen Anlässen für Debatten im Bundestag, aber am Mittwoch war es mal wieder soweit: Auf der Tagesordnung stand eine Große Anfrage (20/11131) der CDU/CSU-Fraktion zum Thema "Stabilität und Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialversicherung". Darin kritisiert die Fraktion unter anderem, dass die Summe der Beitragssätze in der Sozialversicherung die "wichtige Marke" von 40 Prozent deutlich überschritten habe und die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung dadurch konterkariert würden. Die Wirtschaft werde belastet und ein neuer Aufschwung erschwert. Die Kritik von Dietrich Monstadt (CDU) an der Ampel ließ nichts zu wünschen übrig: "Diese sogenannte Fortschrittskoalition ruiniert unsere Wirtschaft und sozialen Sicherungssysteme und damit alles, was wir über Jahre aufgebaut haben."

Für die Koalitionsfraktionen, die ihrerseits auf die Versäumnisse der Vergangenheit hinwiesen, erwiderte unter anderem Martin Rosemann (SPD): "Zusammengefasst wollen Sie, dass die jüngere Generation länger arbeiten muss, und zwar alle länger als 67, höhere Beiträge zahlen muss und dafür dann noch ein geringeres Rentenniveau herausbekommt. Das ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit." Gerrit Huy (AfD) forderte, "dass die kompletten versicherungsfremden Leistungen vom Staatshaushalt, vom Bundeshaushalt, zu finanzieren sind" statt aus Beiträgen der Versicherten und warf der Union "Schönfärberei" vor.



Die CDU/CSU fordert in ihrem Antrag auch, bis zu einem funktionierenden Grenzschutz an den EU-Außengrenzen an den deutschen Binnengrenzen zu kontrollieren wie hier in Frankfurt (Oder).

© picture-alliance/dpa/Patrick Pleu

### **KURZ NOTIERT**

### **Digitalisierung des** Beurkundungswesens

Das Beurkundungsverfahren soll weiter digitalisiert werden. Dazu hat die Bundesregierung den Entwurf eines "Gesetzes zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung" (20/11849) vorgelegt. Ziel des Entwurfes sei es, "Möglichkeiten zur Errichtung elektronischer Dokumente zum Zwecke der Beurkundung durch Notarinnen und Notare wie auch durch andere Urkundenstellen" erheblich auszuweiten. Bislang sehe das Beurkundungsgesetz nur punktuell die Errichtung elektronischer Dokumente zum Zwecke der öffentlichen Beurkundung vor. Nach erster Lesung im Plenum am Donnerstag befasst sich nun federführend der Rechtsausschuss mit der

### Terrorstrafrecht soll an **EU-Vorgaben angepasst werden**

Die Bundesregierung will das Terrorismusstrafrecht nachbessern und an EU-Vorgaben anpassen. Wie die Bundesregierung in dem "Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung" (20/11848) anführt, habe die Europäische Union eine mangelnde Umsetzung der Vorgaben gerügt. "Mit dem Gesetzentwurf werden diese Rügen – soweit sie nachvollziehbar erscheinen – unter Wahrung der deutschen Strafrechtssystematik ausgeräumt", heißt es weiter. Nach erster Lesung im Plenum am Donnerstag wurde die Vorlage an den federführenden Rechtsausschuss und andere Ausschüsse überwiesen.

### **Rechtshilfevertrag nach** 15 Jahren vor Ratifizierung

Deutschland und Brasilien wollen in Strafsachen enger zusammenarbeiten. Für einen bereits 2009 geschlossenen Vertrag machte der Bundestag aber erst am Donnerstagabend, 15 Jahre später, einhellig den Weg zur Ratifizierung frei. Grund dafür sind unter anderem die miserablen Zustände in brasilianischen Haftanstalten und die Sorge, dass etwa die Auslieferung eines Verdächtigen nach Brasilien menschenrechtliche Standards unterlaufen würde, wie es in der Begründung des beschlossenen Regierungsentwurfes (20/11474) heißt. Inzwischen sieht die Bundesregierung Fortschritte in diesem Bereich, zudem werde im Einzelfall entschieden.

### Längere Umrechnung der **Löhne für Ostrenten**

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag (20/11150) der Gruppe Die Linke an die Ausschüsse überwiesen, in dem die Abgeordneten eine Umrechnung der Löhne für Ostrenten bis zum Jahr 2030 fordern. Sie verlangen unter anderem, den Umrechnungsfaktor solange fortzuführen, bis die durchschnittlichen Löhne im Osten das durchschnittliche Westniveau erreicht haben werden, beziehungsweise bis das erste neue Bundesland einen höheren Durchschnittsverdienst erreicht haben werden wird als ein beliebiges altes Bundesland, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2030.

# Nicht mehr in Europa

### ASYL CDU/CSU und AfD fordern, die Verfahren künftig in sichere Drittstaaten zu verlagern

ie Migrationspolitik hat den Bundestag auch in der zurückliegenden Woche gleich in mehreren beschäftigt. Den Anfang machte dabei am Donnerstag die Aussprache über einen CDU/CSU-Antrag (20/11949), das "Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts"

Unionsfraktion für ein Drittstaatsmodell, bei dem "jeder in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt wird und dort ein Asylverfahren durchlaufen soll, der nach festzusetzenden Stichtag in der EU Asyl beantragt". Im Falle eines positiven Ausgangs werde der sichere Drittstaat vor Ort Schutz gewähren, schreibt die Fraktion weiter. Bei ei-

zu machen. Darin wirbt die

nem negativen Ausgang solle der Antragsteller in sein Herkunftsland zurückkehren oder aber zurückgeführt werden.

"Dazu wird mit dem sicheren Drittstaat eine umfassende vertragliche Vereinbarung getroffen, die eine weitreichende Partnerschaft zwischen der EU und dem Drittstaat in allen Bereichen begründet", heißt es in der Vorlage ferner. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, Gespräche zwi-

schen der EU und Ruanda sowie weiteren Staaten anzustoßen, um über die Implementierung eines sicheren Drittstaatsmodells zu verhandeln. Zudem soll EU-Staaten nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion ermöglicht werden, sichere Drittstaatenmodelle auch im Rahmen bilateraler Vereinbarungen umzusetzen. Kurzfristig sollen zudem laut Vorlage zur Verringerung irregulärer Migration nach Deutschland bis

»Ich bin dafür,

das Thema

**Drittstaaten-**

Abkommen

ernsthaft zu

prüfen.«

Stephan Thomae

zu einem funktionierenden Außengrenzschutz Grenzkontrollen an den Binnengrenzen erfolgen.

**»Sauteuer«** In der Debatte betonte Thorsten Frei (CDU), seine Fraktion wolle in der Migrationspolitik "Humanität und Begrenzung" und glaube, dass dies am besten über das Konzept sicherer Drittstaaten erreicht werden kann. Um ungesteuerte Migration zu

vermeiden, bei der Schlepperbanden entscheiden, wer in Deutschland Aufnahme finde, wolle sie Aufnahmeverfahren und Schutzgewährungen außerhalb Europas. Sebastian Hartmann (SPD) wandte sich gegen solche Drittstaatsverfahren. Beim Ruanda-Modell, das in Großbritannien angewandt worden sei, seien Kosten von 1,8 Millionen Pfund pro Asylbewerber errechnet worden. Das sei "sauteuer".

Gottfried Curio (AfD) befand, dass Verfah- anschließend in diesen Staaten auch Zuren und Unterbringung auch in Drittstaaten wie Ruanda möglich seien. Dies zeigten Großbritannien und Dänemark. Dabei müssten nicht nur neue Asylbewerber in Drittstaaten gebracht werden, sondern auch abzuschiebende.

Lamya Kaddor (Grüne) sagte, der Sachstandsbericht der Bundesregierung zu Asylverfahren in Drittstaaten zeige, dass die Auslagerung der Verfahren unpraktikabel und viel zu teuer sei. Auch sei umstritten, ob die Verfahren rechtlich möglich wären. . Stephan Thomae (FDP) sagte, Ruanda wolle sich von Großbritannien viel Geld dafür bezahlen lassen, wenige Flüchtlinge aufzunehmen. Er glaube nicht, dass dieses Modell funktionieren werde, sei aber dafür, Drittstaatsabkommen ernsthaft zu prüfen. Dies werde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) derzeit auch getan. Diese Abkommen könnten indes nur ein Baustein sein, um Migration zu begrenzen. Einen AfD-Antrag zu einem Drittstaatsmodell (20/11962) überwies der Bundestag ohne Aussprache an die Ausschüsse. Darin dringt die AfD-Fraktion darauf, sichere Drittstaaten "als Kooperationspartner für Asylverfahren und Abschiebungen" zu gewinnen. Die Bundesregierung fordert sie in der Vorlage auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Asylverfahren künftig in sicheren Drittstaaten außerhalb der EU durchgeführt werden können und als schutzberechtigt anerkannte Asylbewerber

flucht finden".

AfD für Enquete-Kommission Einen weiteren AfD-Antrag (20/11957) auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zu "kulturellen Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland" überwies das Parlament ebenfalls zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. Bernd Baumann (AfD) beklagte in der Debatte über diesen Antrag, dass sich kulturelle Parallel-

### **KOMPAKT**

### Die Anträge von CDU/CSU und AfD

- Die CDU/CSU plädiert in ihrem Antrag dafür, dass ieder in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt wird und dort ein Asylverfahren durchlaufen soll, der nach einem bestimmten Stichtag in der EU Asyl beantragt.
- Die AfD fordert gleichfalls, dass Asylverfahren in sicheren Drittstaaten außerhalb der EU durchgeführt werden können. In einem weiteren Antrag dringt sie auf eine Enquete-Kommission zu "kulturellen Differenzen als mögliche Ursache von Integrationsproblemen bei Zuwanderern in Deutschland".

gesellschaften immer rasanter ausbreiteten. Es handle sich um Gegengesellschaften, "die unserer Kultur feindlich gegenüberstehen". Dabei gehe es nicht um die Ausländer an sich, sondern um Migranten aus bestimmten Herkunftsgebieten mit fremden Männlichkeitsvorstellungen und einer viel zu hohen Gewaltbereitschaft.

Gülistan Yüksel (SPD) betonte dagegen, kulturelle Unterschiede seien nicht pauschal Ursache für Integrationsprobleme, Ein Blick auf die bisherige Integrationspolitik zeige die Fehler der Vergangenheit. Statt Menschen vollumfänglich in die Gesellschaft aufzunehmen, seien Zugewanderte bloß als Arbeitskräfte auf Zeit gesehen worden.

Nina Warken (CDU) warnte, die Integrationsfähigkeit Deutschlands sei durch unkontrollierte Zuwanderung an ihre Grenzen gelangt. Der AfD warf sie vor, gar nicht an einer Integration interessiert zu sein, sondern lediglich "auf populistische Art und Weise auf Wählerfang zu gehen".

Lamya Kaddor kritisierte, der AfD-Antrag basiere auf einer "ethnopluralistischen Grundvorstellung" und ziele primär auf Menschen türkischer und arabischer Herkunft. Keine seriöse Partei könne dies mittragen, befand die Grünen-Abgeordnete. Muhanad Al-Halak (FDP) warf der AfD vor, Muslime unabhängig von der Staatsbürgerschaft deportieren zu wollen. Er sei es leid, dass die AfD "wieder einmal alle

über einen Kamm schert".

## Ȇbelste Beleidigungen gegenüber Polizeibeschäftigten«

ULI GRÖTSCH Der Polizeibeauftragte des Bundes über seine Erfahrungen in den ersten 100 Tagen im Amt

Herr Grötsch, nach gerade mal 100 Tagen im Amt haben Sie diese Woche dem Bundestag Ihren ersten Bericht als Polizeibeauftragter des Bundes vorgelegt. War das schon genug Zeit für substanzielle Aussagen?

Es war genug Zeit für einen guten Start. Wir haben den Bericht ganz bewusst "100-Tage-Bericht" genannt, weil ich nun ein bisschen mehr als 100 Tage im Amt bin und glaube, für die kurze Zeit einiges vorzuweisen habe.

An Sie können sich Bürger wenden, die sich von Polizeibeamten falsch behandelt fühlen, aber auch Polizisten, die auf Missstände in ihren Dienststellen oder Fehlverhalten von Kollegen hinweisen wollen. Wie viele Eingaben hat Sie denn schon erreicht?

Mehr als 130 Eingaben haben wir schon bekommen, von denen ein Teil in der Bearbeitung ziemlich umfangreich ist. Wir freuen uns natürlich über die hohe Frequenz, die wir schon haben.

### Um welche Themen geht es dabei?

Es ist das ganze Leben. Etwa 70 bis 80 Prozent kommen aus der Bevölkerung, aber das dreht sich gerade: Wir merken - und das war bei meinen Kollegen in den Ländern genauso -, dass es sich gerade stark in Richtung Eingaben aus den Polizeibehörden des Bundes verlagert.

Zur Themenpalette Ihrer Arbeit zählt auch das Problem rechtsextremen Gedankenguts bei den Polizeien des Bundes. Von welcher Dimension sprechen wir da? Wir haben im Moment zwei Eingaben, die sich ganz konkret auf Rechtsextremismus



Uli Grötsch ist erster Polizeibeauftragter des Bundes beim Deutschen Bundestag.

dass ich bei meinen Reisen durch die Polizeibehörden des Bundes ausnahmslos Polizeibeamtinnen und -beamte treffe, die sich Sorgen um das Thema machen, und die mit allem, was sie haben, für die freiheitlich demokratische Grundordnung stehen.

beziehen. Mit ist aber wichtig, zu sagen,

### Sie hatten in den ersten Wochen Ihrer Amtszeit Sensibilität in den Polizeibehörden gegenüber diesem Thema angemahnt. Sehen Sie da ein Manko?

Ich sehe kein Manko, sondern die Notwendigkeit. Wir sehen – auch zuletzt bei der Europawahl -, dass sich Europa teils stark nach rechts gewendet hat. Von dort kommt immer, wie die Geschichte zeigt, müssen zuallererst Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sein, die die Demokratie verteidigen. Das ist in Deutschland so und das soll auch so bleiben

Es gibt immer mehr Gewalt gegen Einsatzkräfte, man denke nur an den Messerangriff in Mannheim, der einen Polizisten das Leben kostete. Inwieweit berührt diese Entwicklung Ihren Arbeitsbereich?

Diese Entwicklung berührt meinen Arbeitsbereich jeden Tag. Ich bin sehr viel in den Polizeibehörden unterwegs und

höre jeden Tag Berichte über übelste, teils sexualisierte Beleidigungen gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten; ich höre von massiv fehlendem Respekt gegenüber Polizeibeschäftigten. Dieses Thema halten auch die Bundesregierung und die Koalition im Bundestag ganz weit oben. Es verbindet alle demokratischen Akteure in diesem Land, dass es wichtig ist, sich in jeder Lebenslage mit Respekt zu begegnen, und dass man auch und gerade den Repräsentanten des Staates mit Respekt gegenübertritt. Und das sind nun mal in vielen Dingen zuallererst Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte.

### Sie sollen auch strukturelle Mängel, eine Gefahr für die Demokratie, und es so vorhanden, aufdecken. Wie hat man sich das vorzustellen?

Das kann auf zwei Wegen vonstattengehen: Zum einen durch Eingaben und Beschwerden, und davon habe ich schon jede Menge. Zum anderen auch durch eigene Wahrnehmungen, in erster Linie durch meine Besuche bei den Polizeibehörden. Es gibt eben trotz einer höchst professionell agierenden Polizei Verbesserungsbedarf, und daran arbeite ich - gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Polizeibehörden und dem Parlament.

Nennen Sie ein Beispiel dafür?

Das hat viel mit Personal- und Sachmittelausstattung zu tun, mit Arbeitsbedingungen, mit Arbeitsbelastung. Ein Beispiel: Die Bundesbereitschaftspolizei, die an manchen Stellen seit 2015 fortwährend die deutschen Binnengrenzen schützt, muss von dort aus, auch jetzt zur Europameisterschaft, quasi direkt zum Fußballstadion fahren, dann kurz nach Hause und wieder zurück an die Grenze - und das seit vielen Jahren. Das bringt einfach eine hohe Einsatzbelastung mit sich: ein großes Thema.

### Kritiker sehen in der Einrichtung Ihres Amtes eine Art pauschales Misstrauensvotum gegenüber der Polizei. Was entgegnen Sie denen?

Dass es genau das Gegenteil ist: Es ist ein Vertrauensvotum und die Gelegenheit für Polizeibeschäftigte, sich außerhalb des Dienstweges direkt an eine unabhängige Stelle wenden zu können. Also bei Weitem kein Misstrauensvotum oder Generalverdacht, sondern das Gegenteil.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Uli Grötsch (48) war von 2013 bis zu seiner Wahl zum ersten Polizeibeauftragen des Bundes im März 2024 SPD-Bundestagsabgeordneter und davor langjähriger Polizeibeamter.

ie Befunde klingen dramatisch. Nach einer Aufstellung der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gefährden die hohen Steuersätze für Unternehmen in Deutschland Wirtschaftswachstum und letztlich auch den Wohlstand. So beträgt der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz in Deutschland 29,94 Prozent, womit die Bundesrepublik zusammen mit Japan (29,74 Prozent) einen Spitzenplatz in der OECD belegt. Der Durchschnittssteuersatz unter den 38 OECD-Mitgliedstaaten beträgt 23,6 Prozent, der Wert für die EU-Länder liegt mit 21,13 Prozent noch niedriger. Frankreich etwa hat einen Durchschnittssteuersatz von 25,83 Prozent, in den USA sind es 25,77 Prozent. Höchste Zeit, meint die Unionsfraktion, durch Senkung der Steuern für Unternehmen wieder neuen Schwung in die Wirtschaft zu bringen.

In einem Antrag (20/11954), der am Freitag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen wurde, fordert die Union daher, ab 2025 unter anderem schrittweise die Steuerbelastung für thesaurierte Gewinne auf 25 Prozent abzusenken. Der Solidaritätszuschlag soll vollständig abgeschafft werden. Außerdem will die Union eine temporäre, stark degressive "Turboabschreibung". Davon verspricht man sich "signifikante Investitionsanreize über die bestehenden Abschreibungsmöglichkeiten hinaus". Verbesserungen soll es auch bei Verlustrückträgen und -vorträgen geben.

Weniger Bürokratie Für einen Abbau der Bürokratie im Steuerrecht soll unter anderem die Zuständigkeit für die Gründung, für Betriebsummeldungen und Betriebsaufgaben bei einer Behörde gebündelt werden. Damit sollen Hürden besonders für Start-ups abgebaut werden. Außerdem spricht sich die Unionsfraktion für eine EU-weite Harmonisierung des Quellensteuerverfahrens und für eine Reform der Grunderwerbsteuer aus. Das Besteuerungsverfahren soll digitalisiert und die Finanzverwaltung mit moderner KI-Technologie ausgestattet werden.

Zur Begründung ihres Antrags schreibt die Unionsfraktion, der Wirtschaftsstandort Deutschland habe in den vergangenen zehn Jahren substanziell an Attraktivität verloren. Daher müsse das Steuersystem einfacher, transparenter und gerechter werden. Auch bei der Höhe der Steuerlast sei Deutschland im internationalen Vergleich längst abgehängt worden. Wettbewerbsfähige Steuern für Unternehmen ermöglichten höhere Löhne, mehr Beschäftigung und stärkeres Wachstum.

Zustimmung erfährt die Union von der Wirtschaft: "Der Standort Deutschland hat einen der höchsten Steuersätze weltweit. Kurzfristige Entlastungen sind dringend notwendig", heißt es etwa vom Institut der deutschen Wirtschaft, das wie die Union auf eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags drängt, der rund 13 Milliarden Euro pro Jahr in die Staatskasse spült. Die Hälfte davon kommt von Unternehmen, der Rest muss von Besserverdienern und Kapitalanlegern bezahlt werden.

Das Institut der deutschen Wirtschaft weist außerdem darauf hin, dass die marode In-



frastruktur Deutschlands zunehmend ein Geschäftsrisiko sei. Das gelte nicht nur für Straßen und Brücken, sondern auch für Energienetze und die digitale Infrastruktur. Modernisierung und Ausbau müssen deutlich schneller vorangehen. Das kostet Geld, arden Euro rund 25 Milliarden Euro mehr Zinsen für die aufgenommenen Kredite bezahlen muss. Dass die Mischung aus höheren Ausgaben, geringeren Einnahmen und zudem einer die Kreditaufnahmen begrenzenden Schuldenbremse ein Problem ist, wurde auch am Freitag in einer Debatte des Bundestages über den Unionsantrag

Fritz Güntzler (CDU) erklärte, bei Steuereinnahmen von über einer Billion Euro seien Spielräume für Senkungen vorhanden. Im dritten Jahr der Ampelkoalition stecke Deutschland in einer tiefer Krise. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche liedem Jahr 2019 in diesem Jahr mit 37 Milli- produktion sei rückläufig: "Das können wir uns schlicht nicht leisten." Nur eine florierende Wirtschaft schaffe Spielräume zum Verteilen.

Parsa Marvi (SPD) nannte die Forderungen der Union nicht zukunftsgerichtet. Sie setzten auf das Prinzip Gießkanne und Hoffnung. Eine Gegenfinanzierung gebe es nicht. Katharina Beck (Grüne) sagte, die Koalition mache schon die ganze Zeit Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland, etwa durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Und die Koalition habe allein in diesem Jahr Steuern für Menschen und Unternehmen in einem Umfang von 45 Milliarden Euro gesenkt.

verlagerungen von Miele, Bosch und BASF. Die Steuersätze und Energiepreise seien zu hoch, das Internet sei zu schlecht. Hinzu komme der Fachkräftemangel.

Markus Herbrand (FDP) nannte die Forderungen der Union ein "Schuldeingeständnis der Antragsteller". Von Steuerreformen sei zu Regierungszeiten der Union keine Rede gewesen. Die Union habe auf Konsum gesetzt.. Hans-Jürgen Leersch

## Schwächelndes Wachstum

**WIRTSCHAFT** Die Union fordert ein Sofortprogramm

Inflation, Rezession, eine schwächelnde Konjunktur, Arbeitskräftemangel, Unternehmen, die ins Ausland abwandern - die Unionsfraktion sorgt sich um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Am Donnerstag hat der Bundestag erstmals einen Antrag von CDU und CSU (20/11950) mit dem Titel "Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit - Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm"

Darin fordert die Unionsfraktion die Bundesregierung unter anderem auf, noch vor der parlamentarischen Sommerpause Maßnahmen zu ergreifen. So solle das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsicherung eingeführt werden, um die Arbeitsaufnahme stärker zu fördern als Arbeitslosigkeit. Unternehmenssteuern sollen gesenkt werden. Die Antragsteller wollten

direkt über ihren Antrag abstimmen lassen - mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, Grünen und FDP entschied der Bundestag jedoch gegen die Stimmen der Opposition, den Antrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen. Federführend ist der Wirtschaftsausschuss.

Auf der Tagesordnung stand außerdem der Bericht des Wirtschaftsausschusses gemäß Paragraf 62 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages (20/11825) zu dem Antrag der Unionsfraktion für einen "Pakt für Wachstum und Wohlstand" (20/8413), der erstmals im September 2023 beraten und an den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden war. Der Regelung zufolge kann eine Fraktion zehn Sitzungswochen nach Überweisung verlangen, dass der Ausschuss dem Bundestag einen Bericht über den Stand der Beratungen erstattet.

## Mobilfunk auf dem Land

**DIGITALES** Union will bessere Mobilfunkversorgung

Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung auf, den Ausbau von Glasfaser und 5G-Infrastruktur als überragendes öffentliches Interesse zu definieren. Das geht aus einem Antrag der Abgeordneten (20/ 11953) hervor, den der Bundestag am Donnerstagabend erstmals debattiert hat und mit dem sich nun der Digitalausschuss eingehender befasst. Trotz Ankündigungen gelinge es der Bundesregierung nicht, zukunftsweisende Impulse im Bereich Mobilfunk zu setzen und bereits bestehende rechtliche Möglichkeiten umzusetzen, kritisiert die Fraktion.

Die Bundesregierung müsse eine Einigung beim geplanten Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz erzielen und den Bürgern im ländlichen Raum "eine Perspektive für eine bessere Mobilfunkversorgung in weißen Flecken" geben. Im Rahmen der anstehenden Mobilfunkfrequenzvergabe müssen die Bundesregierung zudem technische Parameter zur Präzisierung von Versorgungsauflagen stärker auf Nutzeranforderungen und das tatsächliche Nutzererlebnis ausrichten. Außerdem fordert die Fraktion, den Beschleunigungspakt zwischen Bund und Ländern vom November 2023 im Bereich Mobilfunk umzu-

Weiter fordern die Abgeordneten, den Vertrag mit der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) nicht auslaufen zu lassen, damit schon weiter fortgeschrittenen Projekte der MIG umgesetzt werden könnten. Darüber hinaus solle die Struktur und die Arbeitsweise der MIG evaluiert und angepasst

### Schutz vor Schienenlärm

VERKEHR EU-Vorgabe zum Verbot lauter Güterwagen

Die Novelle des Schienenlärmschutzgesetzes bringt zwar keine Vorteile mit sich - aus Sicht der Koalition sind damit aber auch keine Nachteile in Sachen Lärmschutz verbunden. Der am Donnerstagabend gegen die Stimmen von Union und Linken sowie bei Enthaltung der AfD angenommene Regierungsentwurf (20/11314, das nicht da ist, zumal der Bund gegenüber ge auf einem Höchststand, die Industrie- Klaus Stöber (AfD) erinnerte an Betriebs- 20/11995) setzt die europäische Vorgabe zur Reduzierung des Schienenlärms durch Güterwagen (TSI NOI) um. Das seit 2017 geltende Schienenlärmschutzgesetz verliert damit aufgrund des Anwendungsvorrangs von EU-Recht seine Geltung.

Während das bisherige Schienenlärmschutzgesetz ein Verbot lauter Güterwagen auf allen Strecken bestimmt, gilt dieses Verbot nach der TSI NOI ab dem Fahrplanwechsel am 14. Dezember 2024 nur noch auf den in der Richtlinie definierten sogenannten leiseren Strecken, zu denen alle Haupteisenbahnstrecken in Deutschland gehören.

Mit einer relevanten Zunahme des Schienenverkehrslärms sei trotz des dann räumlich begrenzteren Geltungsbereichs des Betriebsverbots nicht zu rechnen, heißt es in dem Gesetzentwurf. Hierfür spräche insbesondere die hohe Umrüstungsquote bei Bestandsgüterwagen. Aufgrund des seitens des Bundes von 2012 bis 2020 geförderten Umrüstungsprozesses seien Güterwagen, die auf dem deutschen Schienennetz Verkehrsleistung erbringen, nach Angabe des Nationalen Fahrzeug- und Umrüstregisters des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) seit 2020 zu 100 Prozent mit leisen Bremssohlen ausgestattet.

### **KURZ NOTIERT**

### 12.000 Euro steuerfreier **Zuverdienst für Rentner**

Ein Antrag der AfD-Fraktion (20/11294) für steuerfreie Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner in Höhe von 12.000 Euro wurde am Freitag in erster Lesung im Bundestag nach Redaktionsschluss debattiert. Vorgesehen war ein Überweisungsvorschlag an den federführenden Finanzausschuss sowie weitere Ausschüsse.

### Wassermanagement für die Spree abgelehnt

Keine Mehrheit hat am Donnerstag im Plenum ein Antrag (20/7585) der CDU/ CSU-Fraktion gefunden, mit dem diese ein Wassermanagementkonzept für die Spree und ihre Nebenflüsse verlangt hatte. Nach dem Kohleausstieg in der Lausitz drohe laut einem Bericht des Umweltbundesamtes Wasserknappheit in der Region. Das zu erwartende Defizit müsse unter anderem durch zusätzliche Speicher ausgeglichen werden, so eine Forderung.

### Wasserstoffhochlauf beschleunigen

Mit einem Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (20/11899) will die Bundesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen für den schnellen Auf- und Ausbau von Wasserstoff-Kapazitäten schaffen. So sollen unter anderem die Wasserstoff-Infrastrukturvorhaben im "überragenden öffentlichen Interesse liegen", damit ihnen bei Abwägungsentscheidungen besondere Bedeutung zukommt. Am Freitag nach Redaktionsschluss wollte sich der Bundestag in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf befassen.

### Kritik am »Päckchen«

AGRAR Ampel legt Vorschläge zur Entlastung der Landwirtschaft vor

Pünktlich zum Bauerntag 2024 hat die Bundesregierung ein lange versprochenes Agrarpaket (20/11946, 20/11947 und 20/ 11948) vorgelegt, doch weder auf dem Jahrestreffen der Landwirte noch in zwei Debatten, die in dieser Woche im Bundestag zur Landwirtschaftspolitik stattfanden, haben die Vorschläge überzeugt.

Wesentliche Teile des Pakets betreffen die Reform des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes (AgrarOLkG), mit der die Stellung der Landwirte in der Wertschöpfungskette verbessert werden soll - unter anderem ist ein Verbot von Retouren vorgesehen. Ein weiterer Punkt betrifft den Bürokratieabbau: Durch Erleichterungen im GAP-Konditionalitätengesetz wird auf die Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerfläche ab 2025 verzichtet. Eine wichtige Maßnahme ist auch die steuerliche Gewinnglättung für die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft. Damit sollen Gewinnschwankungen aufgrund von Wetterbedingungen abgefedert werden. Die Tarifglättung ist rückwirkend ab 2023 vorgesehen und soll für drei Jahre gelten. Zudem soll es eine zusätzliche Prämie für die Weidetierhaltung geben.

Kritik an dem Paket, das der Bauernverband ein "Päckchen" nennt, kommt auch von der CDU/CSU- sowie von der AfD-Fraktion. Die Union hat einen eigenen Antrag (20/11951) eingebracht und vor allem finanzielle Entlastungen für landwirtschaftliche Betriebe und steuerliche Belastungen

Zudem sollten die von der EU ermöglichten Erleichterungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eins zu eins umgesetzt werden. Die AfD-Forderungen (20/11958) sehen vor, die Abschaffung der Agrardieselrückerstattung zurückzunehmen, und die Dünge- und Pflanzenschutz-



Minister Cem Özdemir beim Bauerntag.

verordnungen sowie der Nutztierhaltungsverordnungen komplett zu überarbeiten. Steffen Bilger (CDU) kritisierte das von der Ampel vorgelegte Paket, sprach von "einem winzigen Pflaster auf eine viel zu große Wunde". Durch die Streichung des Agrardiesels werde den Bauern jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro genommen, dem stünden lediglich 50 Millionen Euro an Kompensation gegenüber, die durch die Tarifglättung reinkomme.

Frank Rinck (AfD) übte scharfe Kritik an den Vorschlägen der Ampel und am Unionsantrag. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden dazu beitragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte immer weiter abnehme. Er forderte, "die Landwirte endlich wieder nach guter fachlicher Praxis wirtschaften zu lassen". Renate Künast (Grüne) sprach davon, dass

die Ampel vor allem notwendige Änderungen für die Landwirte auf den Weg bringe. "In Ihren Anträgen steht kein Wort zur Zukunft der Landwirtschaft", kritisierte sie die Opposition. Dabei sei den Landwirten längst klar, dass sie auf die Klimaveränderungen reagieren müssten. Hochwasser. Spätfröste und Dürren seien seit Jahren Begleiter der Landwirte. Künasts Parteikollegin Anne Monika Spallek verwies auf die Entlastungen. So werde durch die Rücknahme von GLÖZ 8 die Streichung des Agrardiesels "bereits komplett kompensiert". Auch wenn die Betriebe die Flächen bereits stillgelegt hätten und auf den Brachen derzeit nicht produziert werde, erhielten die Betriebe "großzügige Ökoregeln von 1.300 Euro pro Hektar", das seien für einen 4000-Hektarbetrieb 96.000 Euro pro

Diese Rechnung brachte die CSU in Rage. Artur Auernhammer fragte, ob 4000-Hektar-Betriebe "die Zukunft der Grünen Landwirtschaft" seien, weil die Grüne Partei doch eigentlich für bäuerliche Landwirtschaft stehe.

Matthias Miersch (SPD) nannte den Unionsantrag "haltlos". Mit der Tarifglättung, dem Bürokratieabbau sowie dem Verbot unlauterer Handelspraktiken gehe die Ampel nun voran. Dazu sei die Union in den Großen Koalitionen nicht bereit gewesen.

Auch Gero Hocker (FDP) erinnerte daran, dass die Verantwortung der Landwirtschaftspolitik Jahrzehnte bei der Union gelegen habe. Es sei das Verdienst der FDP, dass das Glyphosatverbot nun aufgehoben worden sei und die Tarifglättung wieder eingeführt werde. Ina Latendorf (Die Linke) fehlt bei den Anträgen eine "tatsächliche" Entlastung der Landwirte, indem ihre Stellung in der Wertschöpfungskette gestärkt werde. Nina Jeglinski 🛮

## »Straße finanziert Straße«

VERKEHR II Union will mehr Geld für die Straße

Die Union wirft der Koalition vor, aus ideologischen Gründen den Verkehrsträger Straße zu vernachlässigen. In einem Antrag (20/11952) verlangen die Abgeordneten, den Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umzusetzen und die Straße als Hauptverkehrsträger zu stärken. Der Finanzierungskreislauf "Straße finanziert Straße" müsse



Die Union fürchtet, dass die Koalition Straßenbauproiekte nicht umsetzen will.

wieder eingeführt werden - die Einnahmen aus der Lkw-Maut also vollständig und zweckgebunden in die Straßeninfrastruktur fließen, heißt es in der Vorlage. Bei der Debatte am Donnerstag sagte Felix

Schreiner (CDU): "Diese Koalition möchte am liebsten gar keine Straßenbauprojekte mehr umsetzen." So werde die Verkehrsinfrastruktur an die Wand gefahren - die Schere zwischen Stadt und Land noch gröschließlich gezeigt: "Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer eins." Auf besagte Prognose bezog sich auch Dirk Spaniel (AfD). Der Güterverkehr auf der Straße werde danach um 50 Prozent bis 2050 ansteigen. Man dürfe also nicht die Straße - zu Gunsten der Schiene - verrotten lassen. "Das ist doch hanebüchener Unsinn", befand der AfD-Abgeordnete.

ßer. Die Langfristverkehrsprognose habe

Jürgen Berghahn (SPD) stimmte der Forderung nach einer raschen Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans zu. Nicht vergessen dürfe man aber, "dass wir die Last von 16 Jahren CSU-geführter Verkehrspolitik schultern müssen". Die Versäumnisse der Vergangenheit hole die Koalition jetzt auf. Dazu sei 2023 eine Priorisierung der Projekte vorgenommen worden. Die Umsetzung, so Berghahn, könne aber nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln gelingen. "In der aktuellen Situation die Schuldenbremse rigoros anzuwenden, ist falsch", befand er.

Auch Susanne Menge (Grüne) verwies auf marode Verkehrsnetze und einen "gigantischen Investitionsstau", den man von den Vorgängerregierungen geerbt habe. Statt sich diesen Realitäten zu stellen, träume die Union aber von neuen Autobahnen, die sie "zu Lasten der Steuerzahler" über Öffentlich-Private-Partnerschaften realisieren wolle. "Das ist Politik für Banken und Fondsgesellschaften, die sich über staatlich garantierte Renditen freuen", sagte Menge. Bernd Reuther (FDP) sieht in dem Antrag der Union "ein Dokument des Scheiterns". Es werde aufgezählt, was zu tun in der Vergangenheit versäumt wurde. Die aktuelle Bundesregierung, so Reuther, setze den Bundesverkehrswegeplan um. Dort fänden sich Straßen-, Schienen- und Wasserstra-Götz Hausding

### Friedenspreis für Applebaum

Die polnisch-amerikanische Historikerin und Journalistin Anne Applebaum erhält den diesjährigen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Applebaum gilt als eine der wichtigsten Analytiker autokratischer Herrschaftssysteme und große Expertin der osteuropäischen Geschichte. Schon früh warnte sie vor einer Expansionspolitik Russlands unter Wladimir Putin. "Mit ihren so tiefgründigen wie horizontweitenden Analysen der kommunistischen und postkommunistischen Systeme der Sowjetunion und Russlands" habe sie "die Mechanismen autori-



Anne Applebaum

tärer Machtergreifung und -sicherung offengelegt", heißt es in der Begründung der Jury. "In einer Zeit, in der die demokratischen Errungenschaften und Werte zunehmend kaund attackiert werden, wird ihr Werk zu einem eminent

wichtigen Beitrag für die Bewahrung von Demokratie und Frieden.

Für ihre Bücher wie "Der Gulag", "Der Eiserne Vorhang", "Roter Hunger" und "Die Verlockung des Autoritären" wurde Applebaum bereits mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Pulitzer-Preis 2004 und in diesem Jahr mit dem Carl-von-Ossietzky-Preis.

Die 1964 in Washington D.C. als Kind jüdischer Eltern geborene Applebaum studierte Russische Geschichte und Literatur an der Yale University sowie Internationale Beziehungen in London und Oxford. Nach Tätigkeiten als Auslandskorrespondentin in Polen sowie für mehrere britische und amerikanische Zeitungen wurde sie 2022 Direktorin des "Transitions Forum" am Londoner Legatum Institute. 2017 nahm sie eine dauerhafte Professur an der London School of Economics and Political Science an. Sie ist mit dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski verheiratet. Der mit 25.000 Euro dotierte Friedenspreis wird seit 1950 vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels verliehen. Traditionell wird er zum Abschluss der Frankfurter Buchmesse überreicht, in diesem Jahr am 20. Oktober.

### **KURZ REZENSIERT**



Marcel Lewandowsky:

**Was Populisten** wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern und wie man ihnen begegnen sollte. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2024; 336 S., 20 Euro.

Wahlerfolge und Umfrageergebnisse der AfD haben die Diskussion um den Rechtspopulismus verstärkt. Dessen Wähler haben oft keine besonders ausgeprägte Parteibindung, halten sich aber für die wahren Demokraten. In ihrem Selbstverständnis als "schweigende Mehrheit" wenden sie sich gegen eine angeblich abgehobene wirtschaftliche und kulturelle Elite. Das ist kein rein deutsches Phänomen: Donald Trump in den USA, Giorgia Meloni in Italien oder auch die österreichische FPÖ bedienen ähnliche Denkmuster.

Der Kölner Politikwissenschaftler Marcel Lewandowsky beschreibt plastisch die Versuche der Populisten weltweit, gesellschaftliche Debatten zu dominieren. Besonders erfolgreich sind diese Interventionen beim kontroversen Thema Migration, wo sich einfache Rezepte von rechts schleichend auch in anderen Parteien etablieren – was der Autor vehement kritisiert. Eindringlich warnt er vor den Folgen, wenn Populisten an die Macht kommen, und verweist auf das Beispiel Ungarn. "Ist das Wahlrecht angepasst, das Verfassungsgericht auf Linie und die Medien unter Kontrolle, schwinden die

Chancen auf einen Machtwechsel." Als Gegenstrategie ruft der Autor zur "Stunde der Pluralisten" auf. Demokratisch orientierte Akteure sollten trotz aller Differenzen ihre Gemeinsamkeiten betonen und so "populistische Einstellungen deaktivieren", fordert er. Es bleibt aber vage, wie diese "Mammutaufgabe" in der Praxis gelingen soll. "Kurzfristige parteipolitische Taktiken" seien jedenfalls keine Lösung. "Die Populisten werden nicht aus einer Laune heraus gewählt, sondern aus Überzeugung." Die meisten ihrer Unterstützer werde man nicht "ad hoc zurückgewinnen können". Viele Argumente hat man in der Flut neuerer Veröffentlichungen zum Thema Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bereits irgendwo gelesen. So bleibt nach der Lektüre auch ein bisschen Ratlosigkeit zurück. Thomas Gesterkamp



Papst Franziskus I. auf dem Petersplatz in Rom im Oktober 2017 während der wöchentlichen Generalaudienz

## Auf antiwestlichem Kurs

### PAPSTUM Statt als Reformer erweist sich Franziskus I. als konservativer als von vielen erhofft

römisch-katholische Kirche befindet sich auf antiwestlichen Kurs, und der könnte sich unter den Nachfolgern des derzeitigen Papstes Franziskus noch verschärfen. Diese These vertritt der Journalist Michael Meier in seinem orientierende Ukraine. Ber-Buch "Der Papst der Enttäuschungen. Wa- goglio zeige Sympathie für rum Franziskus kein Reformer ist". Nicht den russischen Patriarchen nur innerkirchlich habe sich Franziskus, mit bürgerlichem Namen Jorge Mario Bergoglio, Veränderungen verweigert, die viele Katholiken im Westen, aber durchaus auch in anderen Erdteilen, sehnlichst wünschen: Priesteramt der Frau, Aufhebung des Pflichtzölibats für Geistliche, Kommunion für wiederverheiratet Geschiedene, gleichgeschlechtliche Ehe. Auch weltpolitisch habe sich der derzeitige Bischof von Rom auf die Seite der Gegner des Westens geschlagen.

"Der Papst fraternisiert gern mit Staatsklerikern antiwestlich ausgerichteter Religionsgemeinschaften", schreibt Meier. In der Tat kommt man nach der Lektüre des Buchs zu dem Schluss: Franziskus, der Armut predigt und als Anwalt des globalen Südens auftritt, lehnt den westlichen Lebensstil ab. Meier beschreibt, wie der Vatikan-Chef Angriffe auf diesen unzureichend

verurteilt. Der Autor verweist auf Franziskus Reaktion nach dem islamistischen Terrorakt gegen tanzende Jugendliche in Israel im Oktober 2023, gemeinsame konservative Positionierungen mit dem islamischen Geistlichen Ahmed al Tayyeb oder die russische Invasion in die sich Richtung EU

Kyrill und eine Romantisierung Groß-Russlands im Sinne Putins.

Es sei kein Wunder, dass sich die griechisch-katholische Kirche der Ukraine "verraten" gefühlt habe vom Papst, als dieser 2016, also nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Putin, bei einem Treffen mit dem Mos-

kauer Patriarchen Kyrill auf eine Verurteilung der damaligen russischen Aggression verzichtete. Nicht minder schlimm dürfte für die Kirche, der gut vier Millionen Gläubige angehören, gewesen sein, dass auch keine Verurteilung der 1946 erfolgten Zwangsfusion mit der Orthodoxie erfolgte. Dabei lässt sich die Außenpolitik des Vatikans kaum trennen von den innerkirchli-

chen Diskussionen. Auch hier zeigt Franziskus kaum Interesse an westlichen Errungenschaften, die beispielsweise in den protestantischen Kirchen, aber auch der anglikani- Lehramt und Dogma stellt, dieses aber schen Kirche, verwirklicht sind. Parlamentanicht antastet." So treffe sich der Papst zwar rismus und demokratische Strukturen sind mit Homosexuellen, lehne aber die liturgi-

gen Geist zur "Hauptperson

der Synode" erklärt, der

Mehrheitsentscheide und

Parlamentarismus überwin-

den solle. "Solche Äußerun-

gen in Zeiten des zuneh-

menden Autoritarismus und

Demokratieabbaus sind

kaum die Botschaft, an der

Kirche und Welt genesen

»Der Papst fraternisiert gern mit Staatsklerikern antiwestlicher Religionen.« Michael Meier

> können", findet Meier. Die Absage an den Westen findet sich auch bei sexuellen Freiheiten und der Gleichberechtigung von Frauen. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat der Vatikanstaat bis heute nicht unterzeichnet.

Die Erzählung, dass das Oberhaupt der römischen Kirche Reformen wolle, aber an den Strukturen innerhalb der vatikanischen Gemäuer scheitere, ist für den Buchautoren

dabei eine Mär: "Franziskus als Seelsorger und Hirte, der im Einzelfall Gnade vor Recht ergehen lässt, Barmherzigkeit über für ihn keine primären Ziele. Das habe sche Segnung gleichgeschlechtlicher Bezie-Franziskus beim Thema Sy- hungen ab. "Man mag diesen Umgang mit nodalität gezeigt. Denn dort Homosexuellen barmherzig nennen, glaubhabe Franziskus den Heili- würdig aber ist er nicht, sondern doppelzüngig", schreibt Meier. Den Zölibat halte Franziskus für nicht ursächlich für Sexualstraftaten und Übergriffe durch Priester. "Missbrauchsbischöfe oder solche, die vertuscht haben, sanktioniert er nur selten,

manche schützt er gar vor Strafverfolgung."

**Nicht reformierbar** Franziskus verzichtet zwar auf manchen Protz seiner Vorgänger. Trotzdem seien alle Hoffnungen auf liberale Reformen der Kirche vergebens, diese sei "in ihrer Substanz schlicht nicht reformierbar", so Meier. Selbst bei Wohlwollen gegenüber dem Katholizismus und Respekt vor seinen sozialen und kulturellen Leistungen bei der Prägung und Entwicklung (West-)Europas führt einen Meiers Buch letztlich zur Frage, inwieweit nicht nur dieser Papst, sondern Teile der römisch-katholische Amtskirche insgesamt im Widerspruch zu den Werten des Westens stehen.

Anzeige

Michael Meier gelingt eine überzeugende Argumentation, seine These belegt er schlüssig mit anschaulichen Beispielen. Dabei ist es ihm gelungen, ein gut lesbares, lebendiges Buch zu verfassen, das nicht nur für Katholiken interessant ist, die am Reformprozess ihrer Kirche Interesse haben, sondern auch für Leser, die den Vatikan und die Kirche als wichtige (welt-)politische und gesellschaftliche Akteure betrachten.

Für die Debatte über politischen Autoritarismus und reaktionäre gesellschaftliche Strömungen liefert Meier einen ergänzenden Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden sollte. Denn eine antiwestliche Kirche stellt auch innenpolitisch eine Herausforderung dar. Stephan Balling



Michael Meier:

Der Papst der Enttäuschungen. Warum Franziskus kein Reformer ist.

Herder, Freiburg 2024, 208 S., 20,00 €

## Statussymbol der kreativen Klasse

**GESELLSCHAFT** Philipp Hübl enttarnt moralische Empörung als Selbstdarstellung

Für die Menschen in der westlichen Hemisphäre ist das "Zeitalter des Moralspektakels angebrochen", die Alltagsmoral unterscheidet sich fundamental von einer universellen Ethik der Menschenrechte. Diese und ähnlich kritische Feststellungen von Philipp Hübl sind für "woke" Aktivisten pure Provokation. Mit genau dieser Absicht verfasste der Philosoph sein Buch "Moralspektakel". Hübl hält der neuen digitalen Öffentlichkeit den Spiegel vor und betont, dass es ihr in der Regel nicht um die Sache selbst gehe, sondern schlicht um Selbstdarstellung. Moral werde dann zum Spektakel, so definiert es Hübl, wenn "moralische Begriffe und Urteile nicht eingesetzt werden, um Probleme des Zusammenlebens zu lösen, echte Missstände zu beseitigen und für die Gerechtigkeit zu sorgen". Stattdessen gehe es nicht selten um andere soziale Funktionen - um Statussymbole und Gruppenzugehörigkeit, vor allem aber um Macht und Einfluss.

Zu den Spielarten des Moralspektakels zählt der Autor eine Einschüchterungskultur, "die manchmal missverständlich Cancel Culture genannt wird". Menschen, deren Wertvorstellungen nicht opportun erschienen, mit Argumenten aber nicht widerlegt werden könnten, würden öffentlich nicht nur unter Druck gesetzt. Vielmehr würden verschiedene Initiativen darauf abzielen, die Lebensgrundlage der unliebsamen Personen zu zerstören. Dieses Moralspektakel, so betont Hübl, existiere in allen Branchen und Lebensbereichen. Mit eindrücklichen Beispielen belegt er, wie es funktioniert. Auf eine schlichte Formel gebracht lautet seine These: Statusspiel + digitale Medien = Moralspektakel. Es sei Ausdruck einer "fundamental veränderten öffentlichen Diskussionskultur", in der die Debatten nicht nur inhaltlich, sondern emotional polarisiert sind. Für Kompromissbereitschaft und Zwischentöne bleibe da nur wenig Platz.

Hübl zeigt zudem auf, welche Teile der Gesellschaft dafür besonders empfänglich sind. Ausgerechnet höher gebildete Men-

PHILIPP HÜBL MORAL SPEKTAKE Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht

Philipp Hübl:

Moralspektakel. Wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht. Siedler Verlag, München 2024; 336 S., 26,00 €

schen - Hübl nennt sie die "kreative Klasse" - scheinen ihre politische Haltung stärker als andere moralisch aufzuladen. Insbesondere Intellektuelle neigten dazu, Fakten zu ignorieren, sobald sie ihrem Weltbild widersprechen. Es sei kein Zufall, dass globale Studien vor allem in reichen demokratischen Gesellschaften den Hang zur moralischen Empörung beobachten können. Der Grund: Dort gebe es die geringsten materiellen Sorgen, stattdessen stehe das Streben nach Selbstverwirklichung im Vordergrund.

Kritik an postkolonialer Theorie In der zweiten Hälfte seines Buches analysiert der Philosoph die negativen Seiten des Phänomens: "Im hohen Ton über Moral" zu reden anstatt "soziale Konflikte zu lösen". Überzeugend kritisiert Hübl zudem das anti-aufklärerische Denken in der sogenannten postkolonialen Theorie, insbesondere deren Haltung gegen den Universalismus der Menschenrechte. Diese seien schließlich nicht "westlich", nur weil sie im Westen entwickelt wurden. Vielmehr handle es sich um universelle Rechte, stellt er klar.

Philipp Hübls höchst empfehlenswertes, gut geschriebenes Buch gehört zu den klügsten Neuerscheinungen dieses Jah-Aschot Manutscharjan ■

### Neue Perspektive zur Wahlrechtsdebatte

Nicht Proporz, sondern Repräsentation im Fokus



Die Quadratur des Wahlrechts Das Bundeswahlgesetz zwischen Demokratietheorie, Staatsrecht und Parteiinteressen

Von Martin Stark 2024, 429 S., brosch., 104,–€ ISBN 978-3-7560-1666-2 E-Book 978-3-7489-4509-3

Welche Anforderungen an das Wahlsystem ergeben sich in einer parlamentarischen, repräsentativen Demokratie? Die Arbeit liefert unter Berücksichtigung von Demokratietheorie und Staatsrecht Antworten. Erstmals erfolgt eine Gesamtdarstellung der Debatte zum Wahlrecht seit dem Parlamentarischen Rat.

**≧ e Library** nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de Alle Preise inkl. Mehrwertsteue



IM BLICKPUNKT Das Parlament - Nr. 27 - 29. Juni 2024

# »Die Koordinierung fehlte«

**AFGHANISTAN** Der Untersuchungsausschuss, der die letzten Monate des Afghanistan-Einsatzes beleuchtet, will nach der Sommerpause die damals politischen Verantwortlichen vernehmen. Ein Streitgespräch zwischen den Obleuten der SPD, Jörg Nürnberger, und der Union, Thomas Röwekamp, zu den bisherigen Erkenntnissen

Thomas Röwekamp (CDU)

**ZUR PERSON** 

Jörg Nürnberger (links im Bild) ist seit 2021 Abgeordneter des Bundestages. Der Sozialdemokrat und Jurist aus Bayern ist Mitglied im EU- und Verteidigungsausschuss und Obmann im Untersuchungsausschuss Afgha-

Thomas Röwekamp (rechts im Bild) ist ebenfalls Jurist und seit 2021 Mitglied des Bundestages. Der Christdemokrat aus Bremen gehört dem Verteidigungsausschuss an und ist für seine Fraktion Obmann im Untersuchungsausschuss.

Der Untersuchungsausschuss hat bisher 80 Mal getagt. Was war bisher die überraschendste Erkenntnis für Sie?

Röwekamp: Neu war für mich die Erkenntnis, dass es bis kurz vor dem Zusammenbruch keinen Plan für die Evakuierung unserer Ortskräfte gab.

Nürnberger: Ich will es schärfer formulieren. Die Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts lief, bis kurz vor dem Fall Kabuls, immer nach den seit Jahren eingeübten Regularien. Man war nicht in der Lage, auf die Verschärfung der Krise kurzfristig und angemessen zu reagieren. Bis zum Ende herrschte die jeweils eigene Ressortsichtweise. Ohne Kompromissbereitschaft. Eine Erkenntnis für mich ist, dass es weitgehend an Koordinierung

Die USA haben die Partner, darunter Deutschland, in die Verhandlungen mit den Taliban nicht eingebunden. Ein Zeuge des Auswärtigen Amtes hat die Entscheidungsfindung der USA eine Black Box genannt. Teilen Sie diese Einschätzung?

Nürnberger: Der Begriff ist richtig. Dritte waren nur am Rande über den Ablauf und die Inhalte der Gespräche in Doha informiert. Dass man mit den Taliban, ohne die beteiligten Dritten einzubinden, zu einer tragfähigen Vereinbarung kommen wollte, war falsch. Das war eine Fehlleistung der Trump-Administration.

Röwekamp: Beide US-Präsidenten, Trump und Biden, legten die Priorität ausschließlich auf den Abzug der eigenen Truppen. Sie haben weder die gewählte afghanische Regierung einbezogen, noch haben sie an die Partner gedacht. Aber die ganze Infrastruktur, die Bewachung der Green Zone, die Möglichkeiten den Flughafen noch zu nutzen et cetera aren an die Präsenz der Amerikaner geknüpft. Keines der Partnerländer wollte Afghanistan so verlassen, die Mission war nicht beendet. Solche Abhängigigkeiten von einem einzelnen Partner dürfen nicht wieder entstehen. Das ist auch ein Auftrag an die künftige gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik.

Objektiv gesehen lief bei der ehemaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer alles richtig. Wie haben sich andere Minister verhalten?

Nürnberger: Bei allen Ministerien gab es positive und negative Seiten, auch dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) ist insgesamt wenig vorzuwerfen.

Röwekamp: Die Bundeswehr ist geordnet aus dem Land raus. Eine logistische und politische Großleistung. Die Soldatinnen und Soldaten haben angesichts des Stresses, der Gewalt und den Ängsten teilweise Übermenschliches geleistet. Die Bundeswehr hat nicht nur in ihrer eigenen Ressortlogik gedacht, sondern sich sehr früh um die Frage der Ortskräfte und der Evakuierung der Schutzbedürftigen gekümmert, was nicht ihr Kernauftrag war. Hier gab es die Bereitschaft, über die eigenen Ressortgrenzen hinaus Verantwortung zu übernehmen.

> Neu war für mich die Erkenntnis, dass es bis kurz vor dem Zusammenbruch keinen Plan für die Evakuierung unserer Ortskräfte gab.

Andere Minister haben aber nicht so

Nürnberger: Als Kabul fiel, lief in Deutschland der Bundestagswahlkampf auf Hochtouren. Manch handelnde Person kandidierte schon nicht mehr. So auch die damalige Bundeskanzlerin, Angela Merkel. Daher werden wir im Herbst die Motivationslage genau erfragen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Ministerien wegen der Bundestagswahl nicht alles dafür taten, den Menschen in Kabul zu helfen?

### **STICHWORT**

engagiert gehandelt.

### 1. Untersuchungsausschuss

- Auftrag Der im Juli 2022 eingesetzte Ausschuss untersucht den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener
- Zeitraum Betrachtet wird der Zeitraum vom Abschluss des Doha-Abkommens zwischen der US-Regierung und den Taliban im Februar 2021 bis zum Ende des Mandats zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan am 30. September 2021.
- Enquete Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan seit 2001 soll die ebenfalls 2022 eingesetzte Enquete-Kommission des Bundestags ziehen.

Röwekamp: Ich habe bisher keine Anhaltspunkte dafür. Es ist aber nicht auszuschließen, dass es politische Fehlentscheidungen gab. Zum Beispiel die Entscheidung des Auswärtigen Amtes (AA), sich nicht frühzeitig auf eine große Zahl von ausreisewilligen Ortskräften vorzubereiten. Es gab genügend Hinweise, dass wir es mit dem bisherigen Visaverfahren nicht schaffen würden. Ich nehme wahr, dass das AA sich entschieden hatte, mit Billigung der Hausspitze, nicht frühzeitig zu planen, weil es fürchtete, das falsche Signal für die Stabilität Afghanistans zu senden. Im Rückblick war das eine falsche Einschätzung. Natürlich war auch das BMZ bis zum Schluss davon überzeugt, dass es weiterhin im Rahmen der humanitären Hilfe im Land aktiv bleiben könne und hat keinen Worst-Case-Plan gehabt. Das darf sich nicht wiederholen.

Nürnberger: Man muss sagen, dass alle beteiligten Ministerien in der Krise immer wieder am Bundesinnenministerium (BMI) scheiterten. Aus Gründen, die wir noch nicht vollständig kennen. Bis zuletzt blieb das BMI der Auffassung, dass das langwierige Ortskräfteverfahren (OKV) das richtige Verfahren für die Aufnahme der Schutzberechtigten sei. Diese Entscheidung des BMI und des damaligen Ministers Horst Seehofer ist eine politische Entscheidung und kritikwürdig.

Röwekamp: Da widerspreche ich. Alle sind davon ausgegangen, dass das OKV

ein gutes Verfahren war. Das war es auch tik habe keine Rolle gespielt. Das BMI fast bis zum Schluss. Das Problem war, dass das OKV nie für eine große Zahl von Ausreisewilligen gedacht war. Ich sage, dass es umgekehrt das AA war, welches sich zu sehr darauf verlassen hat, dass es zum Visa-on-arrival-Verfahren kommt, wenn der Druck steigt.

Die Obleute für SPD und Union im Untersuchungsausschuss, Jörg Nürnberger (li.) und Thomas Röwekamp

### Waren da nicht auch migrationspolitische Bedenken am Werk?

Röwekamp: Das BMI war stets darauf bedacht im OKV sicherzustellen, dass gefährdete Personen Schutz bekommen. Deswegen die Betonung auf die individuelle Gefährdungsfeststellung. Es wollte aber auch sicherstellen, dass keine Sicherheitsgefährdung für Deutschland entsteht. Das BMI hat die Einzelfälle zügig bearbeitet. Die Ausreise scheiterte dann häufig an der fehlenden Visaausstellung.

Nürnberger: Ich muss Herrn Röwekamp widersprechen. Eine Krisenvorsorge hat beim BMI nicht stattgefunden, vielleicht auch aus den Gründen, die Sie in Ihrer Frage formuliert haben. Das muss noch festgestellt werden. Die USA agierten pragmatisch und flogen die Menschen zunächst in Drittstaaten aus, wo sie erstmal sicher waren. Hätte sich Deutschland vorbereitet, hätten wir das möglicherweise auch so machen können. Ich finde es angesichts der bisherigen Einblicke schwierig zu behaupten, Migrationspoli-

und auch der Minister persönlich haben sich noch im Juli 2021 dafür eingesetzt, Abschiebeflüge nach Afghanistan durchzuführen. Da war die Lage bereits sehr kritisch. Da fragt man sich schon, ob da nicht wahlkampftaktisch entschieden wurde. Das müssen wir noch sehr intensiv hinterfragen.

© DBT/Lorenz Huter/photothek

Röwekamp: Wir reden über die Abschiebung einiger gefährlicher Straftäter in ihr Heimatland in einer Zeit, wo das AA die in Afghanistan lebenden deutschen Staatsangehörigen noch nicht zur Ausreise auffordern wollte. Entweder ist die Lage so gefährlich, dass ich nicht abschieben kann. Dann muss ich mich um die eigenen Staatsangehörigen kümmern. Oder aber die Lage ist doch nicht so gefährlich, dann kann ich Straftäter zurückführen. Zu sagen, ich schiebe nicht ab, aber evakuiere auch nicht, ist aus meiner Sicht unlogisch.

Nürnberger: Die Entscheidung nicht zu evakuieren, oblag nicht nur dem AA, sondern allen beteiligten Ministerien. Die Reaktionen der Ministerien waren der Situation nicht angemessen. Es gab zudem eine Lageeinschätzung, die der offensichtlichen Entwicklung der Lage nicht entsprochen hat. Selbst das BMZ hatte zum Teil bessere Informationen vorliegen als unser Nachrichtendienst. Der musste später zugeben, dass

aus Mangel an Informationen aus der Fläche, die Basis für korrekte Lageeinschätzungen sehr dünn geworden war. Noch am 13. August 2021 hatte es im Krisenstab geheißen, die Lage sei stabil. Damit waren die handelnden politischen Personen mit ihren Entscheidungen relativ allein gelassen worden.

Verschiedene Ressorts hatten sich sich gegenseitig blockiert. Warum machte die Bundeskanzlerin nicht von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch?

Röwekamp: Weil es keine Situation gab, in der sie hätte eingreifen müssen. Es gab die klare Zuständigkeit des AA. Sie tat es, als es um die Frage ging, ob wir es im Notfall schaffen, alle auszufliegen. Da kam das Thema Charterflüge auf. Diese wurden dann nicht zur Verfügung gestellt, weil die Menschen, die ein Visum hatten, mit Linienflügen ausreisen konnten. Diese Bilder vom Flughafen Kabul sind ja erst entstanden, als die Taliban Kabul eingenommen haben. Es gab davor keinen Grund für die Kanzlerin ein-

Die Ressorts hatten sich aber über Monate gegenseitig blockiert.

Röwekamp: Es gab aber keine politisch eskalierte Situation. Die Anzahl der Gefährdungsanzeigen hatte bis Juni 2021 das System nicht überfordert.

Nürnberger: Das sehe ich anders. Ressortegoismen hätten viel früher zugunsten einer gemeinschaftlichen Lösung eingehegt werden müssen. Gefährdete Menschen mussten erst ein pakistanisches Visum beantragen, um in Islamabad ein deutsches Visum zu beantragen. Das war auch dem Kanzleramt bekannt. Wir müssen noch erfragen, inwieweit die Kanzlerin tatsächlich informiert war und wie sie sich informieren ließ. Sie hätte im Gespräch mit ihren Kabinettskollegen darauf hinwirken können, Lösungen zumindest vorzubereiten.

Die jetzt in Deutschland lebenden ehemaligen afghanischen Ortskräfte haben eine befristete Aufenthaltsdauer. Hat Deutschland langfristig eine Verantwortung oder werden sie in einigen Jahren ausgewiesen?

Röwekamp: Nein, wir werden jeden Einzelfall zu prüfen haben. Es wird sicher niemand zurückgeführt werden, der als Ortskraft für uns gearbeitet hat und mittlerweile rechtstreu hier lebt.

Nürnberger: Das kann ich unterstrei-

Das Gespräch führte Cem Sey.

ei Wahlveranstaltungen lässt sich Jordan Bardella, Chef der rechtspopulistischen Partei Rassemblement National (RN), wie ein Popstar feiern. Doch bei der Pressekonferenz in Paris verkündet ein Plakat schlicht "L"Alternance commence" (Der Machtwechsel beginnt) für die Neuwahlen zum Parlament in Frankreich. Fraktionschefin Marine Le Pen ist gekommen und lässt den 28-Jährigen das Parteiprogramm erklären: ein nationalistischer Blick auf Handelsbeziehungen, weniger Einzahlungen in den EU-Haushalt, Kampf gegen Immigration, Rücknahme der Rentenreform, weniger Mehrwertsteuer auf Energie, keine Bodentruppen für die Ukraine.

**EUROPA UND DIE WELT** 

Damit wollen die Rechtspopulisten an die Macht kommen und den Premierminister im Amtssitz Matignon stellen. Unter einer Bedingung: Er könne nur "bei einer absoluten Mehrheit Premierminister werden", sagt Bardella. Denn nur dann hätte er die Macht, sein Programm durchzusetzen. Wenn nicht, wären die Entscheidungen in der Nationalversammlung blockiert, wie unter Emmanuel Macron. Der Präsident hat seit den Parlamentswahlen 2022 nur die relative Mehrheit und konnte seine Projekte kaum durchsetzen.

Nach den Europawahlen und dem Triumph der Rechtspopulisten entschied Macron sich für Neuwahlen. Er wollte nicht als schwacher Präsident dastehen und hoffte darauf, dass sich Politiker von links und rechts mit ihm verbünden, um RN zu verhindern. Oder im schlimmsten Fall, dass sich die extreme Rechte mit einem Premierminister diskreditiert. Weltweit stieß seine risikoreiche Entscheidung auf Unverständnis. Medien in Frankreich und im Ausland schreiben schon über die "verlorene Wette". Er habe Frankreich destabilisiert. Einige Politiker der Republikaner stimmten einer Allianz mit RN zu und könnten deren Reihen verstärken.

Außerdem entstand links der Mitte das Bündnis Nouveau Front Populaire (NFP, Neue Volksfront) aus Linken, Kommunisten, Sozialisten und Grünen. Bisher deutet alles darauf hin, dass Macron und sein Mehrheitsbündnis Sitze verlieren und bei der Abstimmung Ende Juni auf dem dritten Platz hinter den Rechten und den Linken landen wird.

Laut einer Elabe-Umfrage kommt RN auf 36 Prozent, die Volksfront auf 27 Prozent, Macrons Lager nur auf 20 Prozent, auch andere Umfragen sehen die Le-Pen-Partei bei weit über 30 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen kam der RN auf 89 Abgeordnete. Um die absolute Mehrheit zu erreichen, müsste er 289 von 577 Mandaten erlangen. Doch das dürfte schwierig werden. In der Nationalversammlung könnten der RN und Verbündete nach Hochrechnungen, basierend auf den Umfragen, auf 250 bis 280 Sitze kommen, das Mehrheitsbündnis von Präsident Macron auf 90 bis 110 statt derzeit 245, und die vereinte Linke auf 150 bis 170 Sitze von bisher 153, die konservativen Republikaner (LR) und Verbündete auf 35 bis 45 von 74.

Widerstand im Land Im gesamten Land werden Proteste von Gewerkschaften und Linksparteien organisiert. Bei den Demonstrationen kam es immer wieder zu Ausschreitungen. Für Aufsehen sorgte auch, dass die Spieler der französischen Fußballnationalmannschaft Kylian Mbappé und Marcus Thuram während der gerade ausgetragenen UEFA-Fußballeuropameisterschaft sich gegen den RN aussprachen. Thuram erklärte: "Wir müssen kämpfen, damit RN nicht an die Macht kommt." Mbappé stimmt ihm zu.

Präsident Macron schießt mit heftiger Kritik gegen die Konkurrenz von links und ultrarechts und warnt, Frankreich drohe ein



Marine Le Pen hat Jordan Bardella für den Posten des Premierministers ins Rennen geschickt.

© picture-alliance/abaca/LafargueRaphael

"Bürgerkrieg". Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire kritisiert die Pro- view mit "Le Monde" klang seine Antwort gramme, sieht sie als Ruin für das Land. darauf verhalten, aber nicht ganz ableh-Auch Ökonomen haben beide Wirtschafts- nend. Sollte Macrons Rechnung aufgehen, programme unter die Lupe genommen. Das Fazit: Sie unterscheiden sich kaum und wären mit extremen Kosten für das

hochverschuldete Frankreich verbunden. Wird es ein linker oder rechtsnationaler Premierminister? Diese Frage steht im Raum, seit die Linken laut Umfragen die zweitstärkste Kraft abgeben. Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon von La France Insoumise (LFI) hat sich als Premierminister ins Spiel gebracht. Doch selbst beim Linksbündnis gilt der altgediente Politiker als zu radikal. Im Europawahlkampf setzte er auf eine pro-palästinensische Kampagne mit antisemitischen Tönen. Der erfolgreiche sozialistische Spitzenkandidat bei den EU-Wahlen, Raphaël Glucksmann, hat sich gegen ihn ausgesprochen. Bei den Linken wird immer wieder ein Name ins Gespräch gebracht, der die Nation einigen könnte:

Laurent Berger, bis vor einem Jahr Chef der

gemäßigten Gewerkschaft CFDT. Im Interwäre das ein Geniestreich, so Frankreichs Medien. Mit Glucksmann und Berger könnte er sich arrangieren.

Umfragen sind aufgrund des Systems in zwei Wahlgängen ungenau, wobei sich im zweiten Wahlgang oft Bündnisse in den Wahlkreisen ergeben, wenn sich in der ersten Runde drei Kandidaten qualifiziert haben. Die Umfragen geben in Prozenten nur das Ergebnis des ersten Wahlgangs wieder. Die Schätzungen für die tatsächlichen Sitze sind vage. Die Grünen haben schon erklärt, dass ihre Abgeordneten im zweiten Wahlgang verzichten werden, wenn sie auf Platz drei liegen und jene Partei empfehlen wollen, die im jeweiligen Wahlkreis gegen den RN antritt. Die Bildung einer stabilen Mehrheit wird aber in jedem Fall sehr kompliziert werden. Tanja Kuchenbecker

Die Autorin ist Korrespondentin in Paris.

**STICHWORT** Drei wahlentscheidende Blöcke

Rassemblement national Der rechtsextreme RN von Marine Le Pen hat die Europawahlen Anfang Juni mit 31,37 Prozent gewonnen. Umfragen sagen bis zu 36 Prozent voraus.

Nouveau Front populaire Der NFP wurde für die Neuwahlen gegründet, in ihm sind linke und linksextreme Parteien wie die Parti socialiste, La France insoumise, Les Ecologistes und die Parti communiste français vereint. Umfragen sehen das Bündnis bei 27 Prozent.

Ensemble An dritter Stelle liegt die Sammlungsbewegung, die aus Emmanuel Macrons Partei Renaissance und mehrerer kleineren Gruppierungen besteht. In Umfragen kommt das Bündnis auf 20 Prozent.

## **Schlammschlacht** ums Weiße Haus

**US-WAHL** Trump dominiert TV-Duell, Biden schwächelt

Joe Biden, US-Präsident

»Ich habe

noch nie

jemanden so

lügen sehen

wie diesen

Kerl.«

US-Präsident

Als Joe Biden und Donald Trump am Donnerstagabend zum ersten TV-Duell der US-Präsidentschaftswahl in der CNN-Zentrale in Atlanta antraten, trafen zwei einander offenkundig noch verhasstere Gegner als 2020 aufeinander: Hier ein anfällig wirkender Staats-Senior, der mit seinen 81 Jahren ein zweites Mal die Seele Amerikas retten will - vor Trump. Dort ein auf Krawall gebürsteter Populist, der mit 78 Jahren erneut ins Weiße Haus will, um sich für die Niederlage von vor vier Jahren

Der auf 90 Minuten begrenzte Schlagabtausch geriet über weite Strecken zu »Ich habe noch einer rückwärtsgewandten nie so viel Schlammschlacht, in der alte Zwistigkeiten domi-**Quatsch und** nierten, und in der Trump **Dummheit in** den entschieden robusteren Eindruck vermittelte. meinem Leben Beide Kandidaten für die gehört.« Wahl im November überzogen sich fortlaufend mit ehrabschneidenden Attacken und warfen sich wechselseitig vor, die schlechtes-

ten Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten zu sein beziehungsweise gewesen zu sein. "Ich habe noch nie jemanden so lügen sehen wie diesen Kerl", sagte Trump über Biden. Biden äußerte sich nahezu wortgleich: "Jedes Details, das er nennt, ist eine Lüge." "Ich habe noch nie so viel Quatsch und Dummheit in meinem ganzen Leben gehört", waren mehrfach benutzte Formulierungen des 46. US-Präsidenten, der von Beginn an massive Probleme hatte, die pausenlosen Angriffe Trumps auf geeignete Weise zu kontern. "Er wirkte fast durchgängig wie ein geprügelter Hund", sagte ein US-Kommentator.

Widerlegte Vorwürfe Trump deckte Biden auf allen Politikfeldern - von Wirtschaft über Einwanderung und Abtreibung bis zu außenpolitischen Konflikten - erneut mit vernichtender Kritik ein, die teil-

weise schon seit Jahren als unberechtigt entlarvt ist: Niemand auf der Welt respektiere Amerika noch. Das Land ähnele einer Dritte-Welt-Nation. Wirtschaftlich herausragende Vorarbeiten, die Trump bis 2020 geleistet haben will, seien durch Biden mutwillig zerstört worden. Der Angegriffene schüttelte mehrfach den Kopf, sagte leise "Das stimmt einfach nicht", und versuchte mit Zahlen und

Fakten den Gegenbeweis anzutreten. Unvorteilhaft für Amtsinhaber Biden wirkte sich dabei aus, dass er oft sehr fahrig redete und sich oft verhaspelte. Seine Stim-

me war durchweg heiser, angeblich wegen einer Erkältung, wie das Weiße Haus erklärte. Oft sah der frühere Senator und Vize-Präsident mit offen stehendem Mund zu, wie sein Kontrahent gegen ihn vom Leder zog. Biden wirkte manchmal entgeistert und schien mitunter den Faden verloren zu haben.

Zwischenzeitlich gingen die Angriffe unter Gürtellinie: Etwa als Biden Trumps Sex mit einem Porno-Star aufbrachte und ihn als "verurteilten Straftäter" bezeichnete. Trump bestritt die außereheliche Eskapade und konterte mit einem wütenden Seitenhieb auf Bidens Sohn Hunter, der gerade wegen eines Waffendeliktes verurteilt wurde. Er warf dem Amtsinhaber vor, selbst ein "Krimineller" zu sein, der von China bezahlt werde. Biden, so Donald Trump, lasse ihn juristisch verfolgen, weil er im November auf faire Weise nicht gewinnen könne. Dieser keilte zurück, dass Trump die Moral einer "Straßenkatze" besitze.

Panik bei Demokraten Demokratische Parteigänger zeigten sich in ersten Stellungnahmen alarmiert über Bidens Auftritt. "Er

> schien unvorbereitet, verloren und nicht stark genug, die ständigen Lügen von Trump zu parieren", äußerte sich etwa der demokratische Bürgermeister von San Antonio, Julián Castro. "Trumps Auftritt hatte mehr Power", urteilte ein demokratischer Abgeordneter. Der frühere Chef-Berater des demokratischen Präsidenten Barack Obama, David Axelrod, prophezeite sogar parteiinterne "Dis-

kussionen, ob Biden weitermachen wird". Damit bekommen unbestätigte Gerüchte neuen Auftrieb, Joe Biden könne noch vor oder auf dem Nominierungsparteitag in Chicago im August zur Aufgabe gedrängt werden.

Nach der Schreiorgie bei der ersten TV-Debatte vor vier Jahren zwischen den beiden Antipoden sollte diesmal der Einsatz der Stummschalt-Taste an den Mikrofonen für eine inhaltsstärkere und zivilisierte Diskussion sorgen. Der überwiegender Eindruck von US-Analysten: "Ziel total verfehlt."

Als Hauptgrund dafür wurde die Tatsache ausgemacht, dass die beiden CNN-Moderatoren auf jede Art von "fact-checking" verzichtet hatten. Trump konnte so unwidersprochen etwa behaupten, dass Biden Russlands Präsidenten Wladimir Putin zum Überfall auf die Ukraine ermutigt habe und unter ihm, Trump, der Krieg in Ga-

za nie ausgebrochen wäre. Trump durfte auch ohne jeden Beleg in die Welt setzen, dass die illegale Einwanderung an der Grenze zu Mexiko zu einer beispiellosen Verbrechenswelle geführt habe: "Sie töten unsere Bürger", behauptet er, obwohl Statistiken belegen, dass Asylsuchende weniger kriminell sind als Normal-Amerikaner. Auch Trumps Aussage, dass "alle

Gelehrten" und politischen Entscheider mit der Abschaffung des über 50 Jahre landesweit gültigen Rechts auf Abtreibung zufrieden seien, seit die Verantwortung dafür durch eine Entscheidung des Obersten Gerichts an die 50 Bundesstaaten gegangen ist, blieb unkorrigiert. Tatsache ist, dass bis heute in Umfragen zwei Drittel der Amerikaner das Ende von "Roe versus Wade" als falsch beklagen.

Unmittelbar nach der Debatte erklärte Trumps Kampagnenleitung den Ex-Präsidenten zum eindeutigen Sieger der Debatte. In E-Mails, Tweets und Video-Häppchen bombardierte das Trump-Camp seine Anhänger mit Spendenbitten. Dirk Hautkapp

> Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

## »Den Tories hören die Leute gar nicht mehr zu«

GROSSBRITANNIEN Bei den Unterhauswahlen am 4. Juli sagen Umfragen den Konservativen eine Niederlage voraus. Labour-Chef Keir Starmer könnte Premier werden

Die südenglische Hafenstadt Portsmouth entsendet zwei der insgesamt 650 Abgeordneten ins Unterhaus. Im Festsaal der privaten Mädchenschule Portsmouth High dreht sich an diesem sonnigen Iuniabend alles um den nördlichen Wahlkreis der Stadt: Die Mandatsbewerber, zwei Frauen und drei Männer, stellen sich anderthalb Stunden lang den Fragen des etwa 50-köpfigen Publikums.

Auf dem Podium sitzt auch jene Frau, deren Job auf dem Spiel steht. Seit 2010 hat Penelope "Penny" Mordaunt im Londoner Parlament als "sehr ehrenwertes Mitglied" für Portsmouth North amtiert, war Ministerin für Entwicklungshilfe und Verteidigung, zuletzt im Kabinett von Premierminister Rishi Sunak für das Gesetzesprogramm der konservativen Regierung zuständig. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde die Reservistin der Royal Navy bei der Krönung von König Charles III: Als "Lord President" hatte die 51-Jährige das zeremonielle Schwert zu tragen.

Wechselstimmung Die Prominenz aber, so suggerieren es die Umfragen, wird Mordaunt diesmal ebenso wenig vor dem Mandatsverlust bewahren wie bis zu zehn ihrer Kabinettskollegen. Landauf, landab kämpfen Konservative gegen die Wechselstimmung: Nach 14 Jahren Tory-geführter Regierungen wünschen sich viele Briten einen politischen Neuanfang. Es gebe keine Begeisterung für die Labour-Party unter Oppositionsführer Keir Starmer, glaubt Politikprofessor John Curtice von der Glasgower Strathclyde-Universität: "Aber den Tories hören die Leute gar nicht mehr zu." Das hat sich auch im Wahlkampf nicht geändert, im Gegenteil: Nur noch rund 21 Prozent der Wahlberechtigten bekennen sich zur Regierungspartei, die 2019 unter Boris Johnson 44 Prozent holte. Weil Labour durchschnittlich bei 41 Prozent notiert und auf der Insel das Mehrheitswahlrecht gilt, müssen Sunak und seine Leute mit einer krachenden Niederlage rechnen. Dementsprechend zielt der Wahlkampf auf ältere, rechts stehende Kernwähler: sichere Renten, ein Pflichtjahr für junge Erwachsene, Abschwächung der Klimaziele.

Zum Ende der Kampagne hämmert Sunak den Briten ein, sie sollten das Land nicht "der Labour-Party übergeben" (don't surrender to the Labour Party). Die emotionale Wortwahl - im Krieg steht ein surrender für die Kapitulation - verdeutlicht die Angst vor einer historischen Niederlage. Dazu passen die Warnungen prominenter Torys vor einer "Super-Mehrheit" für die Labour-Opposition. Dieser aus Amerika stammende Begriff



Keir Starmer (li.) und Rishi Sunak im TV-Duell am Mittwochabend.

hat im parlamentarischen System Großbritanniens keine Bedeutung: Jede Regierung hat schon mit einigermaßen solider Mandatsmehrheit im Unterhaus freie Bahn. Von einer "gewählten Diktatur" sprach daher einmal der 2001 verstorbene Verfassungsexperte und langjährige Justizminister Lord Hailsham, Dass die Briten kommende Woche überhaupt zur Urne schreiten, kam für

die meisten professionellen Beobachter überraschend. Eine Juli-Wahl bleibt im Vereinigten Königreich die große Ausnahme, als normal gilt ein Termin im Frühjahr oder Herbst. Nach den chaotischen Zeiten unter seinen Vorgängern Boris Johnson und Liz Truss wohnt Sunak erst seit Oktober 2022 hinter der berühmten schwarzen Tür von Downing Street Nummer Zehn. Wenigstens

© picture alliance | P. Noble

zwei Jahre werde er amtieren wollen, glaubten viele in Westminster. Mit seiner Entscheidung für den 4. Juli erwischte der Premierminister, in dessen Verantwortung die Festsetzung des Wahltermins fällt, nicht zuletzt seine eigene Partei auf dem falschen Fuß: In großer Hast mussten Kandidatinnen gefunden, Urlaubsreisen abgesagt, Werbematerial gedruckt werden.

Wollte der Premier vor allem die weit rechts stehende Reform-Bewegung in Verlegenheit bringen? Dieses Ziel hat er verfehlt: Den Demoskopen zufolge stammen die 15 bis 18 Prozent jener, die sich zur von Nationalpopulist Nigel Farage geführten "Reform UK" bekennen, beinahe ausschließlich aus dem konservativen Wählerpotenzial. Dass Farage den russischen Überfall auf die Ukraine der Erweiterung von EU und Nato anlastet, könnte ihn allerdings zuletzt noch Stimmen patriotischer Briten kosten.

Betrügerische Wetten Allerdings hat der Premierminister genau diese Klientel nachhaltig verärgert, indem er am 6. Juni das internationale Gedenken zum 80. Jahrestag des alliierten Einmarsches in der Normandie zugunsten eines Wahlkampftermins schwänzte. Zuletzt standen die Tories zudem wegen eines Wettskandals im

Kreuzfeuer: Offenbar hatten mehrere Parteimitglieder mit Wetten auf den Wahltermin Geld gewonnen. Die Aufsichtsbehörde ermittelt wegen Insidergeschäften.

Oppositionsführer Starmer wirkt bei Werbeauftritten häufig etwas unbeholfen, erkennbar ist für den Anwalt und früheren Leiter der englischen Staatsanwaltschaft der Kontakt mit der Bevölkerung eher anstrengend. Auch im Fernsehen macht Starmer selten bella figura. Alles nicht so wichtig, glauben die Demoskopen. Ihr Fazit: "Schlechter als die Tories kann es Labour auch nicht machen." Dass Starmer in den Medien als "Langweiler" gilt, scheint seinem Team gerade recht zu sein. Ihr Mann stehe für Stabilität, Seriosität, planmäßiges Handeln - mit "Wir brauchen den Wechsel und einen Neuanfang", macht sich der Sozialdemokrat den bewährten Slogan aller Oppositionsparteien zu eigen.

In Portsmouth trägt Ministerin Mordaunt Gleichmut zur Schau. Immerhin dürfen, egal welcher Couleur, Amtsinhaber mit einem Bonus von bis zu fünf Prozent rechnen. Ob das aber reicht? "Man muss immer weitermachen", sagt sie. Zuversicht klingt anders. Sebastian Borger

> Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London



Von keinem anderen Land in Europa gehe derzeit so viel Unsicherheit und so viel Unklarheit aus wie von Deutschland, so die Kritik von Oppositionsführer Merz (rechts im Bild) am Kurs von Kanzler Scholz.

### Marine bleibt vor Libanon

BUNDESWEHR I Die Bundeswehr wird ihren Einsatz im Rahmen der UNIFIL-Mission (United Nations Interim Force in Lebanon) vor der libanesischen Küste fortsetzen und dafür weiterhin bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten entsenden. Für den entsprechenden Antrag (20/11411) der Bundesregierung stimmten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung 535 Abgeordnete, 88 votierten mit Nein, es gab drei Enthaltungen. Aufgabe des Einsatzes bleibt demnach die Unterstützung bei der Sicherung der libanesischen Grenzen und die Verhinderung von Waffenschmuggel.

In der Debatte gingen die Abgeordneten vor allem auf den Krieg in Gaza und die Angriffe der libanesischen Hisbollah-Milizen auf Israel ein. UNIFIL solle und könne dazu beitragen, eine ungewollte Eskalation zu verhindern, sagte Lamya Kaddor (Grüne). Eine gewollte Eskalation der Hisbollah an der Grenze zu Israel werde die Mission aber nicht stoppen können. Roderich Kiesewetter (CDU) warb für den Einsatz, der dabei helfe, die Staatlichkeit im Libanon wieder herzustellen. Nils Schmid (SPD) betonte, dass das Mandat weiter ein wichtiger Schlüssel zur Ermöglichung von Gesprächen zwischen Israel und dem Libanon sei. Peter Heidt (FDP) forderte schärfere Sanktionen gegen den Iran als eigentlichen "Drahtzieher hinter der Hisbollah". Gegen den Einsatz sprach sich Hannes Gnauck (AfD) aus. Die Präsenz der Bundeswehr trage nicht zur Stabilität bei. Die Mission sei nicht nur ineffektiv, sondern auch extrem gefährlich.

# Scholz verordnet Zuversicht

### **EUROPA** Kanzler spricht von Vertrauenskrise - und macht es sich zu einfach, findet die Opposition

igentlich soll es eine Ausblick sein auf die Gipfeltreffen von Europäischer Union und Nato. Dazu sprach Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch in einer Regierungserklärung zwar auch im Bundestag, doch warf er wie die Abgeordneten in der Debatte zunächst einmal den Blick zurück auf die Europawahl, deren Ergebnisse in Deutschland - Stimmenverluste für die Ampel-Par-

teien und Zuwächse an den politischen Rändern – fraktionsübergreifend als Zäsur bewertet wurden.

»Wachstumsturbo« Scholz selbst bezeichnete das Ergebnis der Wahl als "Einschnitt" für Europa. Es habe eine klare Auswirkung, dass so viele Krisen gleichzeitig

Vertrauen und Sicherheitsgefühl infrage gestellt hätten. "Wir müssen dafür sorgen, dass Zuversicht wieder wächst in Deutschland und Europa." Dazu gehöre die

ßeren und im Sozialen, sagte Scholz. Damit war er beim Haushalt 2025 gelandet, über den die Bundesregierung derzeit verhandelt. Es dürfe "keine Einschnitte geben bei der sozialen Gerechtigkeit, bei Gesundheit, Pflege oder Rente", sagte Scholz. Ziel

müsse aber auch sein, dass die Wirtschaft

Stärkung der Sicherheit im Inneren, im Äu-

wieder schneller wachse. Die Koalition werde mit dem Haushalt einen "Wachstumsturbo" auf den Weg bringen.

Scholz ging zudem auf die Skepsis gegenüber der militärischen Unterstützung der Ukraine ein, die im Ergebnis der Europawahl zum Ausdruck gekommen sei. Er wies aber ausdrücklich die vom russischen Präsidenten Putin gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand zurück, zu denen

> der Verzicht der Ukraine auf die Halbinsel Krim und die Ukraine dies überleben würde und dass daraus ein dauerhafter Frieden in Europa werde, "der muss schon sehr viel Russia Today schauen", sagte Scholz. "Putin setzt weiter voll auf Krieg und Aufrüstung. Darüber darf niemand hinwegsehen."

In diesem Punkt hatte Scholz die Zustimmung von Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU). In der Ukraine gehe es um die Frage, ob Demokratien im 21. Jahrhundert gegen die Aggression von Autokratien bestehen können. Merz kritisierte aber, dass Scholz grundsätzlich "immer noch unfähig und nicht willens zur Selbstkritik und zur Korrektur" seiner Politik sei. Scholz mache Krisen ver-

antwortlich für das Erstarken von Links-

und Rechtsradikalismus. Das sei aber die falsche Schlussfolgerung: "Sie sind dafür verantwortlich, dass die Probleme in unserem Lande nicht gelöst werden." Von keinem anderen Land in Europa gehe derzeit so viel Unsicherheit und so viel Unklarheit aus wie von Deutschland - dem Land, das eigentlich der europäische Stabilitätsanker sein und von dem Führungsverantwortung ausgehen müsste, sagte Merz. Deutschland habe an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Koalition werde nur noch von der Not auf weite Teile der Ostukra- zusammengehalten, habe keine Idee, keiine zählt. Wer glaube, dass nen Plan, kein Konzept mehr für Deutschland, werden nur noch vom Machterhalt zusammengehalten.

Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann warf Merz vor, das Land schlechtzureden und zu spalten. Sie wies insbesondere Merz' Kritik am neuen Staatsbürgerschaftsrecht zurück. Es gebe 20 Millionen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte, die sich zu diesem Land bekennen würden. "Für sie schaffen wir ein besseres und auch liberaleres Staatsbürgerschaftsrecht, wie es das in vielen anderen europäischen Ländern gibt."

»Klatsche« Der AfD-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla warf der Ampel vor, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nicht zu vertreten. "Nur wenn die Bürger abgeholt werden und sich auch wahrgenommen fühlen, werden sie auch die Institutionen und die Akteure dahinter akzeptieren." Dies geschehe aber nicht. "Das ist der Grund für Christian Dürr (FDP) äußerte klare Erwardie Klatsche, Herr Scholz, die sie bei der Europawahl bekommen haben."

In diese Kerbe schlug für das BSW auch Sahra Wagenknecht: "Herr Bundeskanzler, Ihr Verständnis von Demokratie ist wirklich bemerkenswert. Die Wähler erteilen Ihnen und der Ampel eine Abfuhr sondergleichen, und Sie machen einfach weiter, als wäre nichts passiert."

Auch Sören Pellmann (Die Linke) hielt Olaf kulisse und zur falschen Prioritätensetzung im Inneren, aber nicht zu mehr Frieden und Sicherheit."

tungen an die bisherige und designierte zukünftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU): Für die Bestätigung einer zweiten Amtszeit gebe es im Europaparlament nach "fünf mehr oder weniger verlorenen Jahren voller Planwirtschaft und Bürokratie" von den liberalen Parteien keinen Freifahrtschein. Statt Bürokratie wie beim alten "Green Deal" brauche es einen Deal für Bürokra-Scholz vor, weiter einen alten und falschen tieabbau und Wettbewerbsfähigkeit und Kurs fortzusetzen, insbesondere in puncto einen Deal zur Migration. Von der Leyens Sicherheit: "Aufrüstung führt nur zur Droh- erste Amtshandlung sollte die Abschaffung des "unnützen Verbrennerverbots auf europäischer Ebene" sein, forderte Dürr. Alexander Heinrich

### **STICHWORT**

Spitzenpersonal für EU und Nato

- **EU-Kommission** Nach der Einigung der Staats- und Regie rungschefs der EU-Mitgliedsländer soll Christdemokratin Ursula von der Leyen (Foto) Kommissionspräsidentin bleiben.
- Rat Neuer Präsident des Europäischen Rats soll der Sozialdemokrat und ehemalige portugiesische Premier António Costa werden, das Amt EU-Außenbeauftragten soll an die Liberale und bisherige estnische Premierministerin Kaja Kallas gehen.
- Nato Neuer Generalsekretär des Bündnisses wird der langiäh rige niederländische Premier und Liberale Mark Rutte.

Geostrategische Ziele Russlands in Afrika im Blick

AUSWÄRTIGES Söldnergruppen wie Wagner unterminieren friedensfördernde Ansätze der UN, warnen Experten



## Fortsetzung im Kosovo

BUNDESWEHR II Der Bundestag gibt grünes Licht für die Fortsetzung der Bundeswehreinsätze im Kosovo (KFOR) und Bosnien und Herzegowina (EUFOR ALTHEA). In namentlicher Abstimmung votierte am Donnerstag jeweils eine große Mehrheit der Abgeordneten für die entsprechenden Anträge der Bundesregierung (20/11565, 20/11413). Damit können wie zuletzt bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten für die Nato-geführte Sicherheitspräsenz im Kosovo und bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten für die EU-geführte Sicherheitsoperation in Bosnien und Herzegowina entsendet werden.

Zu den Aufgaben im Kosovo gehören laut Antrag neben der Unterstützung zur "Entwicklung einer stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Republik Kosovo" die Unterstützung des Aufbaus der Kosovo Security Force als "demokratisch kontrollierte, multiethnisch geprägte Sicherheitsorganisation und anderer Akteure im Rahmen der Sicherheitssektorreform (SSR) als Vorbereitung der weiteren Einbindung in euro-atlantische Struktur".

Ziel bleibe zudem eine "umfassende, nachhaltige, rechtsverbindliche Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien" und eine politische, rechtsstaatliche und wirtschaftlich-soziale Stabilisierung Kosovos und die Unterstützung der EU-Annäherung, so die Bundesregierung.

Gleiches gilt für Bosnien und Herzegowina, mit dem die EU, wie im März beschlossen, Beitrittsgespräche aufmehmem will. Die Umsetzung der für einen EU-Beitritt notwendigen Reformen erfordere neben politischem Willen eine stabile Sicherheitslage, heißt es in der Vorlage. Aufgabe der Bundeswehr ist dort unter anderem die Ausbildung der bosnischen Streitkräfte.

## »Dynamik nicht gesehen«

»Sie sind dafür

verantwortlich,

dass die Pro-

bleme im Land

nicht gelöst

werden.«

Unionsfraktionschef

### **AFGHANISTAN** BND-Vertreter resümiert Lageeinschätzung

Der Mann, der am späten Donnerstagabend vor dem Untersuchungsausschuss Afghanistan aussagt, macht einen zerknirschten Eindruck. Das hat berechtigte Gründe. Denn Werner Ader leitet die Abteilung LB beim Bundesnachrichtendienst (BND). Es ist ihm bewusst, dass die Berichte seiner Abteilung den Fall der afghanischen Hauptstadt Kabul am 15. August 2021 nicht vorausgesehen haben. Gleichzeitig empfindet er die harsche Kritik, sowohl öffentlich als auch innerhalb des BND, die seine Abteilung trifft, unangemessen und ungerecht.

Vor den Ausschussmitgliedern sagt er, er könne nicht abschließend erklären, warum seine Abteilung nicht voraussehen konnte, dass Kabul am 15. August 2021 fallen würde. "Ich finde, meine Mitarbeiter haben nichts falsch gemacht", sagt er. "Wir haben keinen grundsätzlichen methodischen Fehler gemacht. Aber im Laufe der ersten Augustwoche gab es eine Bewegung: Wir haben diese Dynamik nicht gesehen.

Andererseits habe seine Abteilung lange darauf hingewiesen, dass in Afghanistan eine langsame Erosion stattfand, führt Ader aus. Deswegen seien er und seine Kollegen auch der Schwarzmalerei bezichtigt worden. Im Nachhinein sei natürlich intern diskutiert worden, wo der Fehler gelegen habe. "Manche meinen, wir hätten in den Formulierungen deutlicher werden müssen, andere wiederum sagen, wir hätten den 'worst case' in den Vordergrund stellen müssen."

Mit den Ergebnissen der internen Revision. die die Leitung des BND umgehend nach dem Fall Kabuls in Auftrag gegeben hatte, sei er nicht zufrieden, gibt der 64-jährige Jurist zu. Aber vor allem scheint er sich über die Aussagen des damaligen Bundesaußenministers Heiko Maas (SPD) zu ärgern. Maas habe für das Desaster in Kabul den BND beschuldigt. Die Entscheidungen, die aufgrund des Lagebildes des BND getroffen worden seien, hätten zu katastrophalen Ergebnissen geführt, habe er gesagt. Dabei sei ihr Lagebild nur eines unter vielen gewesen und er glaube aus Erfahrung nicht, dass irgendein Ressort sich auf den BND allein verlassen würde.

Auch der ehemalige Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Jens Plötner, sagte am Donnerstag aus. Plötner zeichnete ein Gesamtbild, das darauf hindeutet, dass die Zusammenarbeit mit den USA nach der Unterzeichnung des Doha-Abkommens sehr schwierig war. Die Kooperation beider Länder über die Nutzung des US-Stützpunktes in Ramstein hingegen sei "ein Lichtblick in dem gesamten Chaos" Einsatz privater Sicherheits- und Militärdienstleister in bewaffneten Konflikten. Wobei von einem privaten Unternehmen im klassischen Sinne aus Sicht von Expertinnen und Experten nicht die Rede sein kann. Bei einer öffentlichen Anhörung des

Die russische Wagner-Gruppe ist das be-

kannteste Beispiel aus jüngster Zeit für den

Auswärtigen Ausschusses stellten sie klar, dass die Wagner-Gruppe - trotz aller Dementis der russischen Regierung - in deren Auftrag und auf deren Rechnung gearbeitet hat. Das gilt erst recht für das nach dem Tod von Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin aus den Wagner-Söldnern gebildete Afrika-Korps, das dem russischen Verteidigungsministerium untersteht.

Die russische Regierung habe lange ein politisches Versteckspiel betrieben, indem sie die Wagner-Gruppe "tolerierte, registrierte und sponserte, gleichzeitig aber behauptete, für deren Aktionen nicht verantwortlich zu sein", sagte Professor Herbert Wulf vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Essen/ Duisburg. Die Wagner-Gruppe sei so aber zu einem "Staat im Staate" geworden. Durch die Umetikettierung zum Afrika-Korps werde sie nun der "außenpolitischen Ideologie untergeordnet". Wulf nannte dies eine "russische Söldnerdiplomatie".

Professor Anja Jakobi, Leiterin des Instituts für Internationale Beziehungen am Department für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig, verwies darauf, dass die politische Nähe zur russischen Führung zwar lange bestritten worden sei. Durch die Restrukturierung zum sogenanntem Afrika-Korps werde aber deutlich, "wie eng die Verbindung war". Jakobi forderte begriffli-



"Wagner"-Söldner 2023 in der Ostukraine

che Klarheit: Ein "privater Akteur" in Autokratien und in liberalen Demokratien "meint etwas anderes". Das Label "Privater Akteur" dürfe daher nicht gleichgesetzt werden. Jakobi sieht Deutschland aufgefordert, multilaterale Instrumente wie Friedensmissionen langfristig weiterzuentwickeln und so zu gestalten, "dass sie als erfolgreiche Beispiele zur Konfliktbewältigung gelten können". Im Moment seien sie das jedoch "nicht unbedingt".

Antiwestliches Fundament Das Afrika-Korps, so Susanne Conrad, Referentin für Recht und Sicherheit in der Abteilung Subsahara-Afrika bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, diene dazu, die geostrategischen Ziele Russlands in Afrika "kohärent zu verfolgen". Es gehe darum, die westliche Einflusssphäre in Afrika durch eine russische zu ersetzen und die Sicherheit in Europa über die südliche Nachbarschaftsperipherie zu destabilisieren. Mit Erfolg, wie Conrad befand: Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren habe der russische Staat es erreicht, ein antiwestliches Fundament in der südlichen Nachbarschaft der Nato zu

Mischung aus paramilitärischer Kampfeinheit und Informationskrieg, finanziert durch die Ressourcenausbeutung

afrikanischer Staaten, habe sich also für Moskau bezahlt gemacht, sagte Conrad. Insbesondere der politische und militärpolitische Einfluss Frankreichs und der USA sei in Teilen Westafrikas signifikant zurückgedrängt worden. Conrad forderte eine internationale Kontrolle und ein politisches Regelwerk der internationalen Gemeinschaft, um dem menschenverachtenden und kriminellen Verhalten des russischen Einflusses in Afrika entgegenzuwirken.

Reputationsverlust Söldnergruppen wie Wagner unterminierten die friedensfördernden Ansätze der Vereinten Nationen in den betroffenen Regionen, betonte Andreas Wittkowsky vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). Deren Anwesenheit erhöhe das Risiko von Menschenrechtsverstößen sowie von gewaltsamen Rekrutierungen in der Zivilbevölke-

Laut Wittkowsky sind die UN-Missionen in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik in ihrer Bewegungsfreiheit durch die Anwesenheit der russischen Söldner eingeschränkt. Die Sicherheit des UN-Personals sei gefährdet. Im Ergebnis führe all dies zu einem "Reputationsverlust der UN in der örtlichen Bevölkerung", beklagte der Götz Hausding 12 KEHRSEITE Das Parlament - Nr. 27 - 29. Juni 2024

### **AUFGEKEHRT**

### Von Masken und Moneten

ankings sind in der Politik mindestens so wichtig wie beim Fußball. Meist geht es um den beliebtesten Politiker (Pistorius), den fleißigsten Abgeordneten (n.n.) oder die klügste Nachwuchshoffnung (Generation Z). Jüngst ist ein neues Themenfeld aufgepoppt, ein Ranking der politischen Misserfolge, messbar in Euro, sodass auch Oma Hilde sofort weiß, wie viel Rente im Feuer steht.

Der frisch gekürte Spitzenreiter im Ranking "Geldvernichtung" ist der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), der in der Corona-Pandemie massenhaft Masken kaufen ließ nach dem Motto: Über Geld spricht man nicht, das hat man. Millionen Masken sollen für fantastische Summen über den Tresen gegangen sein. Geschätzter Akutschaden für den stets strauchelnden Bundeshaushalt nach Aussage der Grünen: bis zu 3,5 Milliarden Euro.

Ob Spahn, der mal eine Banklehre gemacht hat, coronabedingt plötzlich nicht mehr rechnen konnte? Wenigstens ist er ein Macher mit unerschütterlichem Selbstvertrauen, eine Art Ronaldo der Politik, leider auch gesegnet mit einer fatalen Tendenz zum Eigentor. Um auf Oma Hilde zurückzukommen, sie sucht nach den Beruhigungspillen, die zwischen die Sofaritze ge-

Gerade erst hatte sie sich von der Meldung erholt, dass der Bund 243 Millionen Euro Schadenersatz an die geplanten Betreiber der gescheiterten Pkw-Maut zahlen muss, nachdem Verkehrsminister Andi Scheuer (CSU) die Lage falsch einschätzte. Das Fazit fällt differenziert aus: Scheuer hat erkannt, dass Politik doch nicht so seins ist, Spahn deutete an, er würde wohl wieder so handeln. Zum Glück hat er sich längst selbst vergeben. Oma Hilde ist zum Schnaps übergegangen.

### VOR 30 JAHREN...

### Der Mann mit dem Ruck

1.7.1994: Roman Herzog wird Bundespräsident. Die Worte klingen so aktuell wir vor 30 Jahren: Am 1. Juli 1994 mahnte Roman Herzog im Berliner Reichstag, demokratiefeindliche Entwicklungen schon im Keim zu ersticken. Die Bevölkerung rief er zu Zivilcourage auf, um be-



Bundespräsident a.D. Richard von Weizsäcker (l.) gratuliert seinem Nachfolger Roman Herzog nach dessen Vereidigung.

drohte Ausländer zu schützen. Den "Verbrechern", die ausländische Mitbürger angriffen, gehe es darum, eine Atmosphäre der Gewalt zu schaffen. Herzog weiter: "Die Frage der deutschen Nation, die wir aus guten Gründen lange Zeit ganz tief gehängt haben", dürfe man jetzt "nicht irgendwelchen Rattenfängern überlassen." Das letzte was man brauchen könne, seien "nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen". Fünf Wochen nach seiner Wahl trat der CDU-Politiker an jenem Tag die Nachfolge von Richard von Weizsäcker im Amt des Bundespräsidenten an. Herzog war das erste gesamtdeutsch gewählte Staatsoberhaupt. Der damals 60-Jährige hatte sich im dritten Wahlgang gegen den SPD-Kandida-

ten Johannes Rau durchgesetzt. Bei seiner Rede anlässlich seiner Vereidigung forderte Herzog weiter, junge Menschen müssten wieder verstärkt zur Leistung angehalten werden. An die Ostdeutschen appellierte er, ihre Freiheitserfahrungen stärker einzubringen: Die früheren DDR-Bürger hätten sich die Demokratie selbst erkämpft; das sei "mehr als das Hambacher Fest und die Paulskirche zusammen"

Im Gedächtnis sollte jedoch eine Rede Herzogs aus dem Jahr 1997 bleiben, bei der er forderte, es müsse "ein Ruck" durch Deutschland gehen. Damit hatte er zu mehr Reformbereitschaft und Änderungswillen in der Republik aufgerufen. Herzog blieb bis 1999 im Amt, sein Nachfolger wurde der fünf Jahre zuvor unterlegene Rau. Herzog starb am 10. Januar 2017 in Jagsthausen. Benjamin Stahl

### **ORTSTERMIN: AKTION DIGITALES DENKMAL**



Geschichte muss nicht nur in staubigen Archiven stattfinden, sondern kann auch im digitalen Raum lebendig gehalten werden. Bei der Aktion #everynamecounts kann jeder über das Internet dabei helfen, dass die Opfer von NS-Verbrechen nicht in Vergessenheit geräten.

## Gegen das Vergessen

Auf dem Bildschirm erscheint eine gelblich-braune Karte mit Das ist das Vorhaben der Arolsen Archives, früher bekannt herbergen die Arolsen Archives. Im gleichnamigen hessieinem schwarzen Rand. Sie ist mit Zahlen und Worten bedruckt - in der typischen kantigen Schrift einer Schreibmaschine, die darauf schließen lässt: Dieses Dokument stammt aus einer anderen Zeit. "Efraim Traube" steht auf der Karte und die Häftlingsnummer des polnischen Juden: 132499. Das Dokument mit Informationen über Traube wurde bei seiner Ankunft im Konzentrationslager Gusen von Mitarbeitern des KZ oder der Gestapo ausgestellt und beinhaltet alle Informationen, die für die KZ-Verwaltung wichtig waren. Was mit Traube nach seiner Ankunft im KZ passierte, ist nicht weiter bekannt; sein Schicksal ist nicht auf der Karte notiert. Bei den Dokumenten anderer Inhaftierter ist das anders, dort ist zum Teil der Todestag oder der Grund für die Haft vermerkt.

"Das kann ganz schön emotional werden", sagt Martha. Gemeinsam mit Lina stehen die beiden 15-jährigen Schülerinnen hinter einem Laptop im Bundestag und erklären vorbeikommenden Abgeordneten oder Mitarbeitern die historischen Dokumente und wie sie digitalisiert werden können. Denn genau darum geht es: Irgendwann in der Zukunft soll der Name und die Geschichte eines jeden Opfers des Holocausts über ein paar Klicks im Internet zu finden sein.

als Internationaler Suchdienst, das am vergangenen Dienstag ihre Arbeit im Bundestag vorstellten. Im Rahmen der Aktion #everynamecounts (auf Deutsch: "jeder Name zählt") können Menschen weltweit online auf die bereits eingescannten historischen Dokumente des Archivs zugreifen. Anschließend können Freiwillige die Informationen der Dokumente wie Name, Geburtsdatum oder Beruf in einer Onlinemaske eingeben. Jeder, der dabei helfen möchte, braucht lediglich einen Bildschirm und eine Internetverbindung

Martha sagt: "Manchmal entdeckt man, dass ein Häftling genauso alt war, wie man selbst oder denselben Geburtstag hatte." Diese persönlichen Verbindungen machen die Arbeit nicht nur emotional, sondern wecken oft auch das Interesse an den einzelnen Schicksalen. Iris Fehlemann-Heindörfer, die bei den Arolsen Archives im Bereich der Datenpflege arbeitet, erklärt: "Um sicherzustellen, dass die eingegebenen Daten auch stimmen, wird jedes Dokument von drei verschiedenen Nutzern bearbeitet. Stimmen alle drei Einträge überein, werden die Daten direkt übernommen". Andernfalls müsse ein Team des Archivs die Angaben erneut überprüfen. Es ist eine Mammutaufgabe: Hinweise zu etwa 17,5 Millionen Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus be- everynamecounts.arolsen-archives.org

schen Bad Arolsen lagern rund 30 Millionen Dokumente, darunter Häftlingskarten aus den Konzentrationslagern oder Fragebögen der Internationalen Flüchtlingsorganisation. Würde man allein die überlieferten Dokumente aus den Konzentrationslagern und anderen NS-Haftorten übereinanderlegen, wäre der Papierstapel so hoch wie die Zugspitze. Am Ende des Aktionstages im Bundestag wurden zahlreiche Namen von NS-Opfern in die Datenbank eingepflegt. Abgeordnete wie die Bundestagsvizepräsidentinnen Petra Pau (Die Linke) und Yvonne Magwas (CDU) halfen mit.

Die Digitalisierung der Dokumente ist mehr als nur eine technische Aufgabe - sie ist ein Auftrag, ein weltweit digitales Denkmal zu schaffen. "Wie viele Dokumente wir heute geschafft haben, haben wir nicht gezählt", erzählt Lina. Das sei aber auch nicht so wichtig. Denn hinter jedem Dokument steht eine Person mit einem Leben, das durch die Nazis zerstört wurde. Lina sagt: "Jeder, der bei der Digitalisierung hilft, trägt dazu bei, dass diese Menschen nicht verges-

Informationen zur Aktion Weitere

**LESERPOST** 

### Zur Ausgabe 22-23 vom 25.5.2024, zum **Ergebnis der Europawahl:**

Der Ampel ist von einer Mehrheit des Volkes gesagt worden, dass man sie nicht mehr will und ehrlich gesagt, auch schon vorher nicht mehr haben wollte. Wenn ich jetzt Kanzler oder Ampel-Mitglied wäre, und ich wüsste dass eine Mehrheit im Volk mich nicht

Zur Ausgabe 25-26 vom 15.6.2024, "Womehr will, dann würde ich den Hut nehmen und gehen. Insoweit bin ich für vorgezogene Neuwahlen im Bund. Allerdings hat uns Bundeskanzler Olaf Scholz bislang gut heraus halten können vom Ukraine-Krieg und große Besonnenheit dabei gezeigt. Ich weiß nicht, ob ein "Hau drauf" Friedrich Merz das genauso gut machen würde. Eher nicht. Ich bin etwas gespalten. Eine satte Mehrheit im Volk will die Am-

pel nicht mehr. Aber Olaf Scholz zeigt gerade beim Ukraine-Krieg Fingerspitzengefühl, Feinfühligkeit und Besonnenheit. Für mich kann das so bleiben.

Ulrich Hübner-Füser, Bottrop

che der Entscheidungen" auf Seite 1: Selenskyj kam, sah, sprach und fast alle der von uns gewählten Volksvertreter lagen ihm zu Füßen; nur ein kleiner Teil von aufrechten Volksvertretern blieb diesem Schauspiel fern. Russland muss verlieren, so das Credo von Selenskyj, das heißt dann wohl im Umkehrschluss für mich, dass diese Kriegstreibereien ungestüm weitergehen sollen. Weiterhin soll auch deut-

werden. Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland will das alles längst auch Russland mit am Tisch sitzt.

Riggi Schwarz, Büchenbach

### Zur Ausgabe 22-23 vom 25.5.2024,

"Mehr Schein als Sein" auf Seite 10: Wenn man die Details nicht anschaut, ist oberflächlich vieles in Ordnung. Geht man jedoch genauer vor, sind die Widersprüche zwischen Demokratie und Kapitalismus greifbar. Beides beißt sich und entwickelt sich in der gärenden Mischung. Wohin ist fragwürdig. Die Spaltung der Gesellschaft Europa.

sches Geld in der Ukraine verbrannt ist jedenfalls voll im Gange – gerade wegen der Politik der "Verantwortlichen" und der Medien. Weniger ist oft nicht mehr. Für mich heißt daher das Mehr gewesen! Das aber ist nicht im Zauberwort bedingungsloser Frieden, Plan der wachstumsorientierten Gemit Friedensverhandlungen, bei denen sellschaft. Die Frage stellt sich, wer wann und wie gezündelt hat. Der Sauerteig geht auf!

Herbert Kleiner, Argenbühl

### Zur Ausgabe 22-23 vom 25.5.2024, "Weil es um etwas geht" auf Seite 1:

Die Titelüberschrift "Weil es um etwas geht" verharmlost total die Auswirkungen der Europawahl 2024. Es muss vielmehr richtigerweise heißen: "Weil es um viel geht"! Demokratie statt Autokratie und Rechtsruck in

> Dieter Barth, Münster-Wolbeck

### **SEITENBLICKE**



### Haben Sie Anregungen, Fragen oder **Schreiben Sie uns:**

**Das Parlament** Platz der Republik 1 11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von "Das Parlament" erscheint am 06. Juli.

### **LIVE UND ZUM NACHSEHEN**

Topthemen vom 03. - 09.07.2024

75 Jahre NATO (Do) , EU-Richtlinie erneuerbare Energien (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

### **PERSONALIA**

### >Heinz Lanfermann † Bundestagsabgeordneter 1994-1996, 2005-2013, FDP

Am 21. Juni starb Heinz Lanfermann im Alter von 74 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Oberhausen wurde 1975 FDP-Mitglied und gehörte von 1990 bis 1996 dem NRW-Landesvorstand an. Von 2003 bis 2011 war er Landesvorsitzender in Brandenburg und Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Dem NRW-Landtag gehörte er von 1988 bis 1994 an. Von 1996 bis 1998 amtierte Lanfermann als beamteter Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Im Bundestag engagierte er sich im Rechts- sowie im Gesundheitsaus-

### >Hans-Werner Bertl

### Bundestagsabgeordneter 1994-2005,

Hans-Werner Bertl begeht am 2. Juli seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Solingen, SPD-Mitglied seit 1972, wurde 1983 Vorsitzender des dortigen Parteivorstands und gehörte von 2006 bis 2008 dem SPD-Landesvorstand in NRW an. Von 1979 bis 1989 war er Ratsherr in Solingen. Bertl wirkte im Forschungsausschuss, im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Wirtschaftsausschuss mit.

### >Heinz Rother

### Bundestagsabgeordneter 1990-1994,

Am 3. Juli wird Heinz Rother 85 Jahre alt. Der Ingenieur aus Hettstedt/Kreis Mansfeld-Südharz trat 1963 der CDU in der DDR bei. 1990 war er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Rother gehörte dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an.

### >Klaus-Peter Schulze Bundestagsabgeordneter 2013-2021,

Am 3. Juli wird Klaus-Peter Schulze 70 Jahre alt. Der Diplom-Lehrer aus Döbern/Kreis Spree-Neiße trat 1993 der CDU bei und gehörte von 2003 bis 2007 dem brandenburgischen Landesvorstand an. Von 1994 bis 2002 war er Beigeordneter des Landkreises Spree-Neiße und von 2002 bis 2013 Bürgermeister der Stadt Spremberg. Schulze wirkte im Umwelt- sowie im Tourismusausschuss mit.

### >Horst Seehofer

### Bundestagsabgeordneter 1980-2008,

Horst Seehofer wird am 4. Juli 75 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Ingolstadt trat 1971 der CSU bei, war von 1994 bis 2008 stellvertretender und danach bis Anfang 2019 Vorsitzender seiner Partei. Von 1989 bis 1992 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und von 1992 bis 1998 als Bundesminister für Gesundheit. 2005 übernahm Seehofer das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der CSU bei den Landtagswahlen 2008 beerbte er Günter Beckstein im Amt des Ministerpräsidenten und Erwin Huber auf dem Stuhl des Parteivorsitzenden. 2017 wechselte Seehofer in die Bundespolitik und war von 2018 bis 2021 Bundesminister für Inneres, Bau und Heimat. Mit seinem Namen als Gesundheitsminister sind mehrere Reformen zur Reduzierung der Kosten im Gesundheitswesen verbunden, allen voran das "Gesundheitsstrukturgesetz" sowie das "Beitragsentlastungsgesetz".

### >Dankward Buwitt

### Bundestagsabgeordneter 1990-2002,

Am 6. Juli vollendet Dankward Buwitt sein 85. Lebensjahr. Der Kaufmann aus Berlin trat 1968 der CDU bei, war von 1981 bis 1997 Kreisvorsitzender von Neukölln und von 1984 bis 1989 Mitglied des Landesvorstands sowie von 1991 bis 1993 stellv. Berliner CDU-Vorsitzender. Von 1975 bis 1991 gehörte er dem Abgeordnetenhaus an und stand von 1984 bis 1989 an der Spitze der CDU-Fraktion. Buwitt wirkte unter anderem im Finanz- und im Haushaltsausschuss mit.

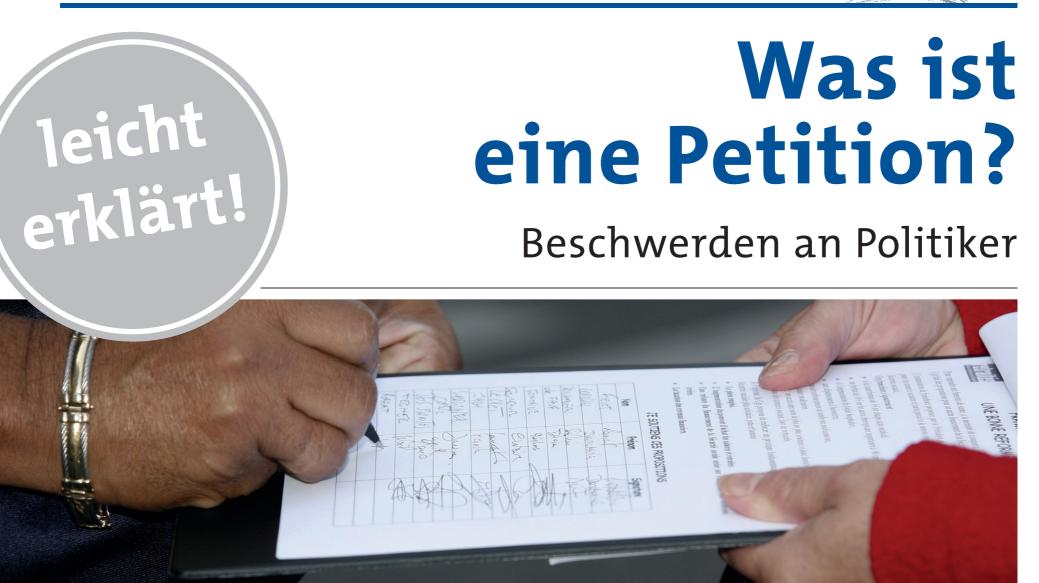
### >Peter Rzepka Bundestagsabgeordneter 2002-2009,

Am 7. Juli wird Peter Rzepka 80 Jahre alt. Der Steuerjurist aus Berlin schloss sich 1967 der CDU an und war von 1971 bis 1975 Bezirksverordneter in Tempelhof. Von 1975 bis 1983 sowie von 1995 bis 2002 gehörte er dem Abgeordnetenhaus an. Rzepka arbeitete im Finanzausschuss mit.

### >Jochen-Konrad Fromme

### Bundestagsabgeordneter 1998-2009,

Jochen-Konrad Fromme wird am 8. Juli 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und frühere Hildesheimer Kreisdirektor aus Haverlah/Kreis Wolfenbüttel trat 1972 der CDU bei, gehörte von 1990 bis 2010 dem niedersächsischen Landesvorstand und von 2006 bis 2010 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbands Braunschweig dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1989 bis 2011 amtierte er als stellvertretender Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU. Fromme engagierte sich im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss.





### Worum geht es?

Diese Woche ging es im Bundes-Tag auch darum:

Beschwerden und Bitten an Politiker.

Das Fach-Wort dafür ist: Petition.

Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was ist eine Petition?
- Wer darf eine Petition schreiben?
- Wie macht man das?
- Was passiert danach?
- Wie oft gibt es Petitionen?

### Was ist eine Petition?

Das Wort Petition kommt aus der Sprache Latein.

Es bedeutet etwa:

Mit einem Brief um etwas bitten. Oder: sich beschweren.

Wir benutzen dafür in diesem Text meistens dieses leichtere Wort: Beschwerde.

Das sind Gründe für eine solche Beschwerde an den Bundes-Tag:

- eine Beschwerde über ein Gesetz
- eine Beschwerde über ein Amt
- eine Bitte, dass etwas geändert wird

Beschwerden sind also dafür wichtig:

Den Politikern schreiben, was einem nicht gefällt.

### Wer darf eine Beschwerde schreiben?

Eine Beschwerde ist ein wichtiges Recht für alle Menschen in Deutschland.

Jeder Mensch in Deutschland darf das machen.

Diese Dinge sind dabei egal:

- wie alt man ist
- ob man eine wichtige Aufgabe hat
- ob man einen deutschen Pass hat

Eine Beschwerde kann man an alle Ämter und Parlamente in Deutschland schicken.

Auch an den Bundes-Tag und die Bundes-Ämter.

Zum Beispiel die Bundes-Ministerien.

Bundes-Ministerien haben immer eine bestimmte Aufgabe für ganz Deutschland.

Zum Beispiel: Wirtschafts-Ministerium.



In diesem Text wird erklärt: So funktionieren diese Beschwerden und Bitten.

## Wie schreibt man eine Beschwerde?

Für eine Beschwerde muss man einen Antrag schreiben.

Das geht mit einem Brief. Oder im Internet.



Dafür gibt es beim Bundes-Tag eine besondere Internet-Seite.

Auch viele andere Ämter haben solche Internet-Seiten.

Das muss alles im Antrag stehen:

- Der Name von der Person, die den Antrag schreibt.
- Die Adresse von der Person, die den Antrag schreibt.
- Die Unterschrift von der Person, die den Antrag schreibt.
- Eine genaue Erklärung, worum es in der Bitte oder Beschwerde geht.

## Was macht der Bundes-Tag mit Beschwerden?

Der Bundes-Tag ist eine Gruppe von Politikern.

Sie werden von den Bürgern in Deutschland gewählt.

Ihre Aufgabe ist:

Sie machen die Gesetze für alle Menschen in Deutschland.

Wer mit einem Gesetz unzufrieden ist, darf das machen:

Sich in einer Petition über das Gesetz beschweren.

Oder um eine Änderung im Gesetz bitten.

Oder sich über ein Bundes-Amt beschweren.



Wenn der Bundes-Tag einen Beschwerde-Antrag bekommt, kümmert sich eine bestimmte Arbeits-Gruppe darum.

Diese Arbeits-Gruppe heißt so: **P**etitions-**A**usschuss.

Die Abkürzung dafür ist: PA.

Es gibt klare Regeln, wie Beschwerden bearbeitet werden müssen.

### Was macht der PA?

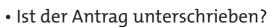
Der PA bearbeitet die Anträge immer auf die gleiche Weise.

Und zwar ungefähr so: Zuerst bekommen ein paar Mitarbeiter vom PA den Antrag.

Ihre Aufgabe ist: Sie machen eine erste Überprüfung vom Antrag.

Dabei achten sie auch auf folgende Dinge:

- Ist der Antrag an das richtige Amt geschickt worden?
- Stehen der Name und die Adresse der Person im Antrag, die ihn geschrieben hat?



• Ist die Beschwerde oder Bitte gut genug beschrieben?

Sie sprechen auch mit dem Amt, an das die Bitte oder Beschwerde gerichtet ist.

Das Amt kann dann etwas dazu sagen.

Oder sie sprechen mit den Leuten, die für ein bestimmtes Gesetz zuständig sind.

## Nicht jeder Antrag hat eine Chance auf Erfolg



Das machen die Mitarbeiter vom PA auch:

Sie schauen, ob ein Antrag eine Chance auf Erfolg hat.

Vielleicht hat ein Antrag keine Chance auf Erfolg.

Das sagen die Mitarbeiter vom Ausschuss dann der Person, die den Antrag geschrieben hat.

Sie kann dann entscheiden, ob sie den Antrag lieber zurücknehmen will.

Manchmal lassen sich Anträge auch schnell beantworten.

Dann macht das für die Mitarbeiter wenig Arbeit.

Oft sind Beschwerden aber schwierig.

Dann muss der PA sich mehr Zeit dafür nehmen.



### Wie geht es dann weiter?

Der PA schaut sich die Beschwerde dann genau an.

Und er schaut nach: Wurden Fragen vielleicht schon vorher beantwortet?

Der PA kann auch Fach-Leute dazu befragen.

Und er kann auch mit Mitarbeitern von den Ämtern reden, über die sich jemand beschwert hat.

Meistens sind diese Gespräche nicht öffentlich.

Das heißt:

Nicht jeder kann dabei zuhören.

Bei ganz wichtigen Beschwerden gibt es aber auch öffentliche Sitzungen.

### Was sind öffentliche Sitzungen?

Bei öffentlichen Sitzungen vom PA können zum Beispiel Reporter zugucken.

Und sie können dann im Fernsehen und in Zeitungen darüber berichten.

Und noch etwas ist besonders an öffentlichen Sitzungen: Die Person, die den Antrag

geschrieben hat, wird eingeladen.

Sie kann dem PA dann noch mal persönlich von ihrer Bitte oder Beschwerde erzählen.

Öffentliche Sitzungen macht der Ausschuss nur bei ganz wichtigen Petitionen.

Der PA kann entscheiden, ob er eine öffentliche Sitzung machen will.

### Wann ist eine Beschwerde wichtig?

für eine öffentliche Sitzung ist, kann der PA entscheiden.

geschrieben hat, kann dafür etwas tun.

Er kann dem PA zeigen, dass das Thema viele Menschen wichtig finden.



Viele Menschen müssen den Antrag unterschreiben.

Damit eine Beschwerde besonders wichtig ist, müssen 50.000 Menschen unterschreiben.

Das sind etwa so viele Menschen, wie in ein großes Fußball-Stadion passen.

Ab Juli braucht man aber weniger Unterschriften.

Dann müssen nur noch 30.000 Menschen die Beschwerde unterschreiben.

Wenn so viele Menschen eine Petition unterschreiben, dann führt das meistens dazu:

Der PA sagt:

Diese Petition ist wichtig.

Dann kann es dafür eine öffentliche Sitzung geben.

### Was ist das Ergebnis?

Wenn der PA seine Arbeit gemacht hat, dann passiert das:

Er macht einen Vorschlag an den Bundes-Tag.

Zum Beispiel sagt der PA das:

- Die Bitte oder Beschwerde ist sinnvoll.
  - Die Bitte oder Beschwerde ist nicht sinnvoll.

Das Ergebnis gibt der PA an den Bundes-Tag oder das Bundes-Amt weiter, über das sich beschwert wurde.

Der PA kann auch vorschlagen, den Antrag noch an andere Ämter weiterzugeben.

Und zwar an Ämter, die auch mit diesem Thema zu tun haben.

Dass eine Beschwerde wichtig genug

Doch auch wer den Antrag



### Was macht der Bundes-Tag dann damit?

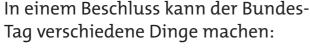
Der Bundes-Tag muss über den Vorschlag des PA abstimmen.

Wenn die Politiker vom Bundes-Tag zustimmen, dann wird daraus ein Beschluss.

Der Beschluss geht dann an die Bundes-Regierung.







- Er kann die Bundes-Regierung bitten, die Ideen aus der Petition in Zukunft zu beachten.
- Er kann auch sagen: Ihr müsst noch einmal über eure Entscheidung nachdenken.
- Er kann auch sagen: Das ist so wichtig, es muss sofort etwas passieren.

Das ist dabei wichtig: Die Bundes-Regierung muss sich nicht an den Beschluss vom Bundes-Tag halten.

Dann muss sie aber erklären: Deshalb machen wir das trotzdem anders.

### **Bericht vom PA**

Einmal im Jahr berichtet der PA: Das haben wir im letzten Jahr gearbeitet.

Diese Woche war das im Bundes-Tag ein Thema.

Im Jahr 2023 gab es 11.410 Beschwerden.

Das sind 46 Beschwerden an jedem Arbeitstag.

Das waren etwas weniger als noch im Jahr davor.

Bei 557 Beschwerden hat der PA entschieden:

Sie sind besonders wichtig.

Bei 10 Beschwerden haben mehr als 50.000 Menschen unterschrieben.

Die meisten Beschwerden kamen mit einem Brief an.

Immer mehr Menschen benutzen aber auch die Internet-Seite.

Über dieses Amt wurde sich am meisten beschwert: Sozial-Ministerium.

Das ist die Aufgabe vom Sozial-Ministerium: Soziales und Arbeit.



### Kurz zusammengefasst

Eine Petition ist eine schriftliche Bitte oder Beschwerde.

Man richtet sie an ein Amt oder zum Beispiel an den Bundes-Tag.

Jeder Mensch in Deutschland darf das machen.

Diese Beschwerde wird dann von einem **P**etitions-**A**usschuss bearbeitet.

Die Abkürzung dafür ist: PA.

Der PA gibt eine Empfehlung an den Bundes-Tag.

Der Bundes-Tag stimmt dann über die Empfehlung ab.

Und vielleicht ändert die Bundes-Regierung dann etwas.

Sie muss das aber nicht.

Diese Woche wurde im Bundes-Tag über die Beschwerden aus dem letzten Jahr berichtet.

Besonders viele Beschwerden und Bitten gab es dazu: Soziales und Arbeit.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte\_sprache



### **Impressum**

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker Titelbild: ©picture-alliance / BSIP/GODONG / GODONG. Piktogramme: Picto-Selector. ©Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), ©Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), ©Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), ©UN OCHA (www.unocha.org), ©Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 27/2024 Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Juli 2024.